

NEUE ZEIT

WOCHE NSCHRIFT FÜR POLITIK

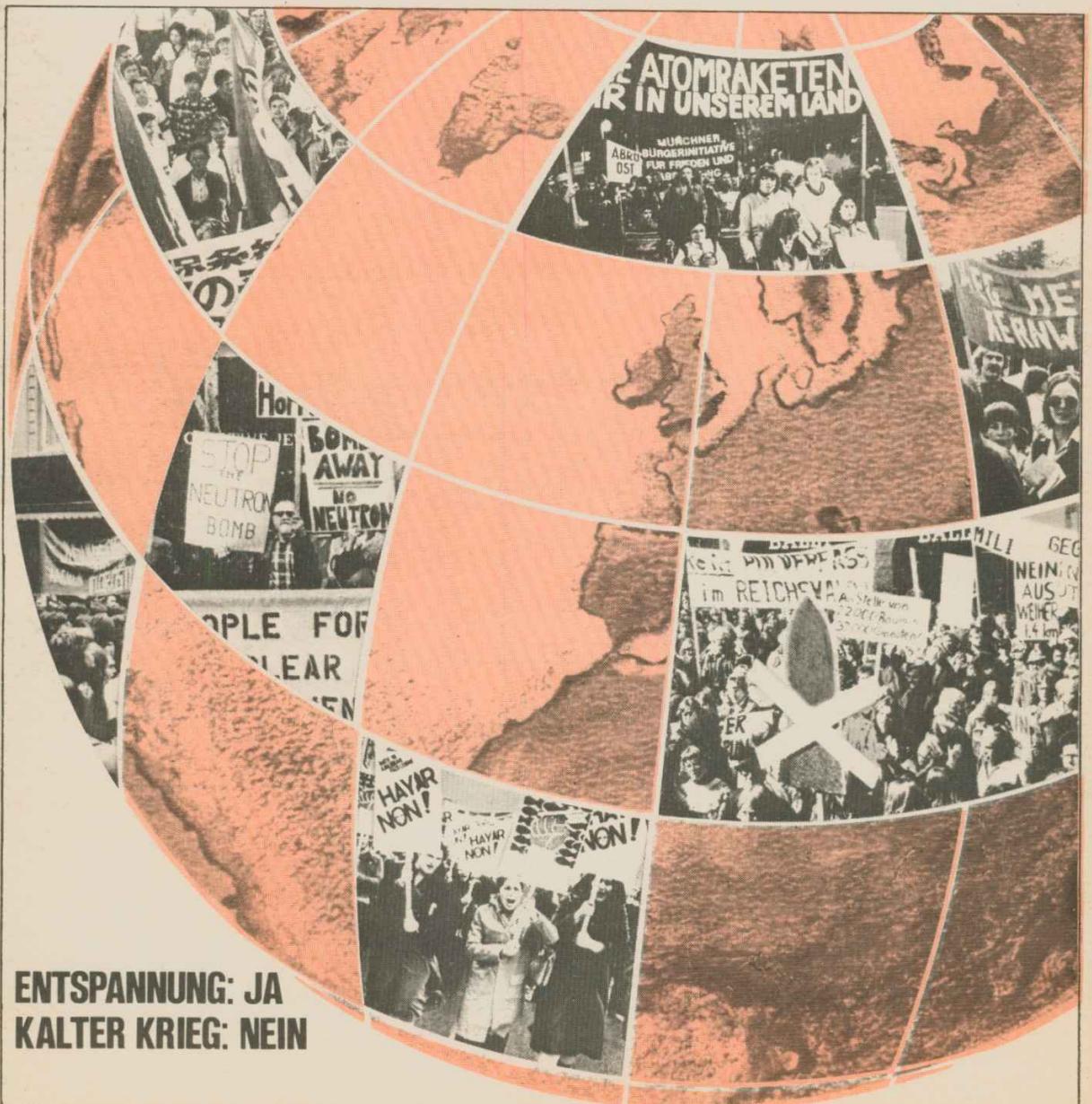
APRIL 1980

14

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
Hauptbibliothek
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

Datum

Unterschrift des Leiters



ENTSPANNUNG: JA
KALTER KRIEG: NEIN

Die Stadt Uljanowsk kennt heute die ganze Welt. Hier, in Zentralrußland, am Ufer der Wolga, wurde am 22. April 1870 dem Volksschulinspektor des Gouvernements Simbirsk Ilja Uljanow der Sohn Wladimir geboren, der später zum Führer der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, zum Begründer des ersten Arbeiter- und Bauernstaates werden sollte.

In Simbirsk, das am 9. Mai 1924 in Uljanowsk umbenannt wurde, verliefen Kindheit und Jugend Wladimir Uljanows, den heute alle als Lenin kennen. Dieser Name gehört für immer zur Geschichte der revolutionären und kommunistischen Bewegung der Völker der Welt. In jedem Jahr wird Uljanowsk von über 1 Million Touristen aus allen Erdteilen besucht, die die Lenin-Ge-



denkstätten kennenzulernen wollen.

Das moderne Uljanowsk mit seinen fast 500 000 Einwohnern ist ein großes Zentrum



Die Lenin-Gedenksäule am Platz 100jähriger Geburtstag W. I. Lenins

Lenin-Denkmal des Bildhauers M. Maniser in Uljanowsk

frum der Industrie, Wissenschaft und Kultur. Gut bekannt sind die Erzeugnisse des Uljanowsker Automobilwerks, die von den Arbeitern der Stadt hergestellten Elek-

frogeräte, Motoren und Werkzeugmaschinen.

Anlässlich des 110. Geburtstags W. I. Lenins finden in der Lenin-Gedenkstätte und in den Kultureinrichtungen der Stadt viele Veranstaltungen, darunter auch für Kinder und Jugendliche, statt.

Lesesaal im Haus des Buches



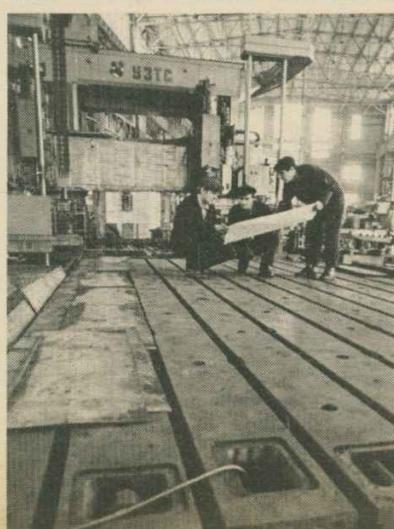
Diese Schule ist das ehemalige Gymnasium Lenins



Hier werden Meisterpiloten ausgebildet



Endfertigung im Automobilwerk



Endmontage im Werk für Schwer- und Spezialwerkzeugmaschinen

ZÜNDSCHEIN IM NAHEN OSTEN

„Ich bete dafür, daß die schwach glimmende Lunte, die wir angezündet haben, zu einer hellen Flamme des Friedens auflodern mag“, sagte Präsident Carter Ende März, anlässlich des ersten Jahrestags des ägyptisch-israelischen Separatvertrages. Hochtrabend, aber nicht wahr. Leider wirken alle Schritte Washingtons und seiner Partner in der Abmachung von Camp David eher wie eine glimmende Zündschnur, die droht, den Frieden zu sprengen und über die Völker des Nahen und Mittleren Ostens neues Unglück heraufzubeschwören.

Noch immer wird das leidgeprüfte Südlibanon mit Feuer und Schwert überzogen. Nach wie vor werden die Rechte und Interessen des palästinensischen arabischen Volkes mit Füßen getreten. Faktisch mit Segen der einflußreichen überseesischen Kreise schaltet und waltet Tel Aviv immer rücksichtsloser auf den okkupierten arabischen Territorien, die Ministerpräsident Begin herausfordernd „israelische Lande“ nennt. Es genügt nicht, daß dort eine israelische Siedlung nach der anderen gebaut wird; schon eröffnet man dort sogar Thoraschulen, während ein arabisches College im Osten von Jerusalem geschlossen wird.

Von einer „palästinensischen Autonomie“, für die die Kapitulanten in Kairo so gern Reklame machen, kann unter diesen Umständen keine Rede sein. Separatverhandlungen zwischen Tel Aviv und Kairo können noch so lange hinter dem Rücken und entgegen dem Willen der Palästinenser geführt werden, die unter Leitung der PLO für ihren eigenen selbständigen Nationalstaat kämpfen, aber sie enden unvermeidlich in einer Sackgasse, wie sehr sich das Weiße Haus auch bemühen mag, die Abmachung von Camp David zu retten, und darum schon zum x-ten Male seine Partner nach Washington zitiert. Eigentlich haben die Initiatoren von Camp David nie an eine gerechte, umfassende Nahostregelung, an die Befreiung aller von Israel 1967 okkupierten arabischen Gebiete gedacht. Ihr Ziel war, die militaristische Achse Kairo—Tel Aviv zu schaffen, die die imperia-

listischen USA-Interessen im Nahen und Mittleren Osten zu sichern hat, besonders nach dem Fall ihres früheren Gendarmen, des Schah-Regimes in Iran.

Auf die Bündnispartner von Camp David gestützt, eröffnete der USA-Imperialismus eine breite Offensive auf die Länder und Völker, die er eigenmächtig zur „Sphäre seiner Lebensinteressen“ rechnet. Die Pentagon-Strategen visieren das revolutionäre Iran, das den Schah gestürzt hat, die anderen erdöltreichen Territorien am Persischen Golf und das demokratische Afghanistan an. Flugzeugträger und Landungsschiffe der USA kreuzen im Indischen Ozean. Abgesandte des Weißen Hauses schauen sich nach neuen Militärstützpunkten und Brückenköpfen um.

Der nicht enden wollende Rummel um die erdachte „sowjetische Bedrohung“, um die afghanischen Ereignisse ist für Washington eine Art Rauchvorhang, hinter dem es seine Expansion in der ganzen nah- und mittelöstlichen Region sowie in ganz Asien zu erweitern trachtet.

Und doch folgt ein Versager auf den anderen, ob in Afghanistan, Iran oder der arabischen Welt.

Washington gibt sich jede Mühe: Es verspricht das Blaue vom Himmel, droht mit Kanonenbooten, spielt sich als Verfechter des Islam auf. Trotzdem ist es ihm nicht gelungen, auch nur ein einziges nah- oder mittelöstliches Land an seine antiarabische, antimoslemische Achse anzuschließen und für eine breitangelegte militärpolitische Allianz zu gewinnen.

Die Völker wollen selbständig über ihre Reichtümer, über ihre Geschicke verfügen. Asien und Afrika sind heute nicht das imperialistische, kolonialistische Reservat von einst. Die Staaten, denen die Unabhängigkeit teuer ist, haben Freunde, bei denen sie Hilfe und Unterstützung finden können.

Das Waffenrasseln, für welches man sich in Washington jetzt entschlossen hat, ist gefährlich. Natürlich sind die Probleme des Nahen und Mittleren Ostens nicht einfach. Eins steht jedoch fest: Auf militärische, gewaltsame Art lassen sie sich nicht lösen. Nur durch Zurückhaltung, durch Verzicht auf aggressive, expansionistische Absichten und Schritte, durch Nichteinmischung können Bedingungen für ihre umfassende und gerechte Beilegung unter Teilnahme aller interessierten Seiten herbeigeführt werden, einer Beilegung, wie sie den Interessen aller arabischen und der anderen Völker dieser Region, den Interessen aller Staaten entspräche.

Die vom Imperialismus verlegten Zündschnüre müssen ausgetreten werden. Erst dann könnte die helle Flamme von Frieden und Gerechtigkeit für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens auflodern.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 14 APRIL 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionsskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Zündschnur im Nahen Osten	1
N. Schischlin — Realismus, Zuversicht, Aktionsbereitschaft	5
Prinzessin Sisowath: Volk von Angkor ist dankbar (Interview)	7
In memoriam Ton Duc Thang	8
R. Tutschin — Guatemala. Im Reich des Terrors	9
R. Tapia — Chile. Der Hinauswurf	11
W. Dolgow — El Salvador. Erbitterter Kampf	11
Die Weltöffentlichkeit für Sicherheit und Abrüstung	
W. Schelepin — Die Konferenz auf Malta	12
Aufruf aus Brüssel	12
S. Irodow — Das Forum von Delhi	13
W. Kusnezow — „Solidarität“ — worin?	14
A. Matwejew — Tschad. Neue Kämpfe in N'Djaména	14
Notizen ◆ Glossen	16
Hier arbeitete Lenin	
J. Knorre — London: Leseckarte A 72453	18
M. Podwigin — Berlin: Der berühmteste Lésor	18
W. Petrenko — Persische Märchen aus dem Pentagon	20
R. Andreassian — „Lebensinteressen“ des Öl-Imperialismus	21
Biographisches: Julius Chan	22
J. Gudkow — USA. Der Tod im Ring	23
G. Baschirowa — Die Reichen reicher, die Armen ärmer	24
F. Filin — Sprache einer großen Kultur	26
J. Korschunow — Vom Leben lernen	28
M. Knjaskow — Lesotho. Insel im Meer des Rassismus	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



„Das Wettrüsten beenden!“, „Nein zu den Atomräketen!“ und „Entspannung bedeutet Frieden!“ — unter solchen Lösungen finden Massendemonstrationen in vielen Ländern statt. Die friedliebende Öffentlichkeit lehnt den Kurs Washingtons gegen die Entspannung, auf eine Rückkehr zum kalten Krieg ab. Die Bewegung gegen die gefährlichen Pläne des Pentagon und der NATO nimmt immer größere Dimensionen an.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

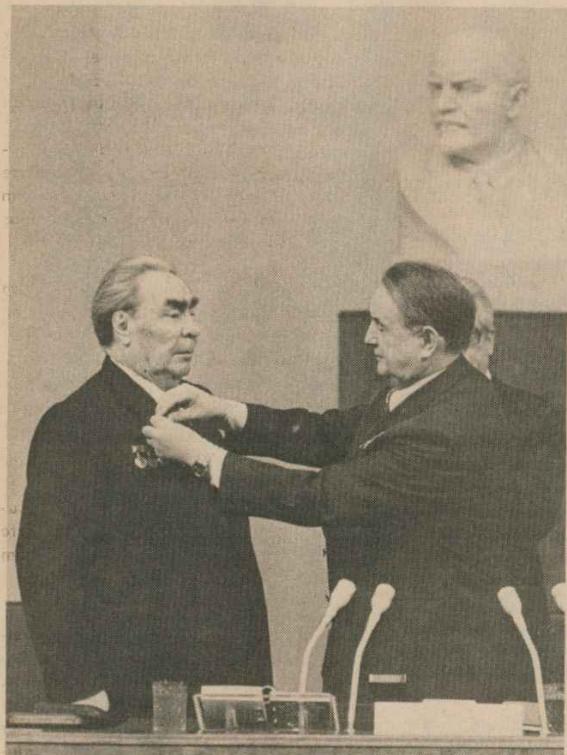
In Budapest ging am 27. März der XII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zu Ende. Der Parteitag wählte die Führungsorgane der Partei. Als Erster Sekretär des ZK der USAP wurde János Kádár wieder gewählt. Leonid Breshnew gratulierte im Namen des ZK der KPdSU und in seinem eigenen Namen herzlich János Kádár und wünschte ihm, den Kommunisten und allen Werktäglichen des brüderlichen Ungarn neue Erfolge beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, bei der Erfüllung der Parteitagsbeschlüsse (siehe S. 5).

Im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und in seinem Namen beglückwünschte Leonid Breshnew Nicolae Ceausescu zu seiner Wiederwahl zum Präsidenten der SR Rumänien. Alexej Kosygin gratulierte Ilie Verdet zu seiner Ernennung zum SRR-Ministerpräsidenten.

Leonid Breshnew richtete Grusschreiber an den Führer der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Ruholla Mousawi Khomeini, und an Präsident Abolhasan Banisadr zum ersten Jahrestag der Proklamierung der Islamischen Republik Iran am 1. April. Leonid Breshnew verlieh der Überzeugung Ausdruck, daß sich die sowjetisch-iranischen Beziehungen auch in Zukunft auf gutnachbarlicher und gleichberechtigter Grundlage zum Wohl unserer Länder und Völker entwickeln werden.

Vom 26. bis 30. März fand in Colombo der XI. Nationalkongreß der KP Sri Lankas statt. An ihm nahmen die Delegationen einer Reihe von Bruderparteien teil, darunter eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des ZK der KPdSU und ersten Sekretär des ZK der KP Armeniens, Karen Demirschian. Das ZK der KPdSU richtete an die Parteitagsdelegierten eine Grubbotschaft mit dem Wunsch für erfolgreiche Arbeit. In der Botschaft heißt es: Die Kommunisten der Sowjetunion schätzen hoch die engen brüderlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Sri Lankas, den Kampf der Kommunisten von Sri Lanka für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Vor 50 Jahren wurde die KP El Salvadors gegründet. Das ZK der KPdSU richtete an ihr ZK eine Grubbotschaft, in der es Solidarität mit der KP und mit allen demokratischen, antiimperialistischen Kräften bekundete sowie ihnen



Am 31. März fand im Sverdlow-Saal des Kreml eine Festversammlung der Werktätigen Moskaus statt, auf der Leonid Breschnew für seine Bücher „Das kleine Land“, „Wiedergeburt“ und „Neuland“, für seinen unermüdlichen Kampf um den Frieden der Lenin-Preis überreicht wurde.

Unser Bild:
Bei der Überreichung des Lenin-Preises

Foto: TASS

Erfolg im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat wünschte.

Die sowjetische Öffentlichkeit verfolgt zutiefst besorgt die Lage am Persischen Golf, die durch die Aggressionsakte der USA gegen den Iran und Afghanistan, durch die Verstärkung der US-Flottenverbände immer explosiver wird. Die Parlamentsgruppe der UdSSR, das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee der UdSSR und das Komitee der Sowjetfrauen gaben Erklärungen ab, in denen sie verlangten, die Einmischung der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten der Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu beenden und unverzüglich die US-Kriegsschiffe aus dem Raum des Persischen Golfs abzuziehen.

Am 27. März wurde in der Sowjetunion der automatische Raumfrachter Progress 8 gestartet. Das Flugprogramm sieht vor, verschiedene Güter zur wissenschaftlichen Orbitalstation Salut 6 zu schaffen. Am 29. März koppelte Progress 8 an die Station Salut 6 an, die schon zweieinhalb Jahre im Orbit ist.

Am 23. März fanden in der VR Polen Wahlen zum Sejm und zu den Volksräten der Wojewodschaften statt. An den

Wahlen zum Sejm nahmen 98,87% der Wähler teil. Für die Kandidaten der Einheitsfront des polnischen Volkes, der die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die Vereinigte Bauernpartei und die Demokratische Partei sowie andere gesellschaftliche Organisationen angehören, wurden 99,52% der Stimmen abgegeben. Ebenso stark wurden die Kandidaten der Einheitsfront des polnischen Volkes auch bei den Wahlen zu den Volksräten der Wojewodschaften unterstützt.

Vom 28. bis 31. März tagte in Valletta die Internationale Konferenz gegen imperialistische Militärstützpunkte, für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Die Konferenz wurde auf Initiative der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität zusammen mit der Labour Party Maltes einberufen (siehe S. 12).

Indien gab die volle diplomatische Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation bekannt. Der PLO-Vorsitzende Yasser Arafat stellte vom 28. bis 30. März Indien einen offiziellen Besuch ab und führte Gespräche mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi. In einer gemeinsamen Erklärung wird betont, daß die Lösung des Nahostpro-

blems auf dem vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, beruhen muß, um dem Volk von Palästina zu ermöglichen, in seine Heimat zurückzukehren, die Selbstbestimmung zu erlangen und seinen eigenen unabhängigen Staat zu bilden.

Der ehemalige Generalstabschef der Streitkräfte Ägyptens, General Saad ad-Din ash-Shazli, gab am 27. März in Damaskus die Bildung der Ägyptischen Patrioten Front bekannt, die Anhänger Nasses, die KP, die religiöse und unabhängige Opposition gegen das Sadatregime vereinigt. Saad ad-Din ash-Shazli ist der Generalsekretär der Front. Die Front wird für die Errichtung eines demokratischen Regimes in Ägypten kämpfen, um die verräterische Verschwörung mit Israel zu vereiteln, die US-Stützpunkte in Ägypten zu beseitigen und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zu befriedigen.

Am 28. und 29. März fanden in London Gespräche zwischen dem britischen Premierminister Margaret Thatcher und BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt statt. Die Gespräche waren von den Differenzen innerhalb des Gemeinsamen Marktes gekennzeichnet, die durch die Versuche Washingtons hervorgerufen werden, Westeuropa einen Kurs auf die Eskalation der Spannungen aufzuzwingen, wie durch Streitfragen bei der Verteilung der EG-Gelder. (Großbritannien verlangt eine Verringerung seiner Beiträge.) Die Gespräche brachten keine konkreten Ergebnisse.

Am 29. März wurde in Lusaka eine Tagung des Ministerrats von neun Ländern des zentralen und südlichen Afrika — Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Moçambique, Swasiland, Tansania, Sambia und Simbabwe — eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Schaffung einer Organisation für gemeinsame Aktionen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region.

In Maputo, der Hauptstadt Moçambiques, fand am 29. und 30. März eine Gipfelkonferenz der ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Kapverden, São Tomé und Príncipe statt. Ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde signiert.

Am 29. März wurde in Ankara das türkisch-amerikanische „Verteidigungsabkommen“ unterzeichnet. Es sieht insbesondere vor, daß die Türkei den USA

26 Militärstützpunkte, die das Pentagon in letzter Zeit provisorisch nutzen durfte, für fünf Jahre verpachtet. Dafür versprach Washington der Türkei Militär- und Wirtschaftshilfe (1980 über 450 Mio. Dollar) sowie Militärtechnik und Ausrüstung.



Mehr als 30 000 Amerikaner aus allen Landesteilen beteiligten sich an einer Antikriegsdemonstration in Washington, der größten Manifestation seit dem Vietnamkrieg.

Foto: TASS

Im Tschad hielten die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den Truppen der rivalisierenden militärisch-politischen Gruppierungen trotz des erzielten Waffenstillstandsabkommens an (siehe S. 14).

Am 22. März brach Bundesverteidigungsminister Apel zu einer zweiwöchigen Reise nach Japan, Neuseeland und Australien auf. Bei dem dreitägigen Aufenthalt in Tokio wurden Fragen erörtert, die sich aus der Anhebung der Rüstungsausgaben auf Verlangen der USA und aus der verstärkten Zusammenarbeit bei der Vervollkommenung der Technologie der Rüstungsproduktion ergeben (siehe S. 16).

Vom 23. bis 28. März hielt sich der britische Verteidigungsminister Pym zu einem offiziellen Besuch in der VR China auf. Die Seiten kamen bislang nicht über die vertraglichen Bedingungen für die Lieferung britischer Rüstungstechnik an China überein. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden. Es ist geplant, in London eine chinesische Sondervertretung „für Verbindungen zur Luftfahrtindustrie“ Großbritanniens einzurichten.

Am 27. März ereignete sich die größte Katastrophe auf einer zu Norwegen gehörenden Ölförderanlage in der Nordsee — im Ölfeld Edda, das vom US-Konzern Phillips Petroleum ausgebeutet wird. Auf einer künstlichen Versor-

gungsplattform war bei einem Orkan eine der fünf Stützen gebrochen. Die über 10 000 t schwere Anlage riß sich los, kenterte und liegt jetzt halb unter Wasser. 123 Menschen kamen ums Leben, 89 wurden gerettet.

Frankreich führte eine weitere unterirdische Atomexplosion auf dem Mururoa-Atoll durch. Nach 1975 hat Paris neuseeländischen Experten zufolge 29 Atomexplosionen in seinem Pazifik-Versuchszentrum durchgeführt.

Wegen des Scheiterns seiner vorher lautstark angekündigten Reise durch einige Pazifikländer hat Pinochet Außenminister Cubillos entlassen. Die Junta hat die diplomatischen Beziehungen zu den Philippinen, die den Besuch des chilenischen Diktators rückgängig gemacht haben, abgebrochen (siehe S. 11).

In Bolivien sind Meldungen der Nachrichtenagenturen zufolge nach zwei „außerordentlich gespannten“ Kabinetsitzungen alle 18 Minister zurückgetreten. Man nimmt an, daß die Forderung der Führer der Streitkräfte nach einer stärkeren Vertretung in der Regierung der Hauptgrund dafür war. Zugleich hatten die Linksparteien auf Veränderungen im Kabinett bestanden. Beunruhigt über die Aktivierung der Rechtsextremisten unterzeichneten die Vertreter der größten demokratischen Parteien und Massenorganisationen in La Paz den „Pakt über die Verteidigung der Demokratie“.

Am 24. März ermordeten Reaktionäre bei einer Messe den Erzbischof von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero (siehe S. 11).



Über 3300 Firmen und Betriebe aus 30 Ländern nahmen an der traditionellen Wiener Internationalen Messe teil. Die RGW-Staaten zeigten eine breite Produktpalette. TASS-Foto: Vor dem Ausstellungseingang.

Die jetzige komplizierte internationale Lage ist bedingt durch die kurzsichtige Politik Washingtons gegenüber den Ländern, die einen sozialistischen Entwicklungsweg gewählt haben, durch die Fehler Präsident Carters. Dazu gehören auch die Maßnahmen gegen die sozialistische Gemeinschaft, insbesondere die Attacken gegen die Hilfe der UdSSR an verschiedene Länder, und der fehlende Wunsch, auf friedlicher Grundlage die Beziehungen zu den fortschrittenen islamischen Regimes zu gestalten. Die Entfesselung eines neuen kalten Krieges stellt einen weiteren unwürdigen Versuch dar, die Leichtgläubigen für dummkopf zu verkaufen und den Friedenkampf zu behindern. Wir müssen alles tun, um Präsident Carter zu zwingen, seine aggressive Politik aufzugeben.

Michael KONDRATIUK
Edmonton, Kanada

Als die sowjetischen Truppen afghanischen Boden betraten, entfesselten die Massenmedien der Schweiz eine präzedenzlose Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, schürten die Kriegshetze. Doch die antisowjetischen Erfindungen zur „Afghanistanfrage“ werden von den Tatsachen selbst widerlegt ebenso wie die Verleumdungen der westlichen Massenmedien gegen die Patriotische Front von Simbabwe, gegen Vietnam und Kampuchea. So sieht die gelobte „Objektivität“ unserer Massenmedien aus. Wer unter ihren Einfluß gerät und den extremistischen „Gegenmaßnahmen“ gegen die UdSSR zustimmt, sollte einmal gründlich nachdenken und die Dinge mit der gebotenen Realität sehen.

Klaus MEYER
Glatbrugg, Schweiz

Ihre Zeitschrift sollte häufiger solche Dokumentarberichte bringen wie Lew Besymenskis „Geheimnisstufe drei“ (Heft 7, 8, 9). Für die Jugend ist es von großer Bedeutung, mehr über jene verbrecherischen Kriegspläne zu wissen, die der Imperialismus gleich nach Kriegsende verwirklichen wollte. Davon ist noch zuwenig bekannt.

W. KOJUSCHEW
Komsomolsk am Amur, RSFSR

REALISMUS, ZUVERSICHT, AKTIONSBEREITSCHAFT

Nach dem XII. Parteitag der USAP

Nikolai SCHISCHLIN

Wie János Kádár, Erster Sekretär des ZK der USAP, sagte, war der vor kurzem abgehaltene XII. Parteitag der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei ein hervorragendes politisches Ereignis im Leben des sozialistischen Ungarn. Zugleich gestaltete er sich zu einem internationalen Ereignis.

Die Entwicklung Ungarns wie auch jedes anderen sozialistischen Landes wird aufmerksam, ja ange-sichts der komplizierten Weltwirtschaftslage eifersüchtig verfolgt. Selbst die eifrigsten Optimisten in den westeuropäischen Ländern bringen den Mut lediglich zu der Behauptung auf, 1980 werde Europa (d. h. sein kapitalistischer Teil) nicht in die Fußstapfen der USA treten, die eine Rezession nicht vermeiden können. Aber die Perspektive Westeuropas nach diesem Jahr verliert sich in ziemlichem Nebel. So erhebt sich die Frage, wie die sozialistischen Länder in den 80er Jahren aussehen werden. Sie sind doch nicht von der Weltkonjunktur losgelöst und erleben Schwierigkeiten, die auf den Preisanstieg bei Rohstoffen, darunter bei Energieträgern, zurückgehen. Die Beschlüsse des XII. Parteitages der USAP antworten auf diese Frage.

Die internationale Bedeutung des Parteitages liegt auch darin, daß er wie jedes Forum der an der Macht stehenden kommunistischen und Arbeiterparteien in konzentrierter Form eine Vorstellung von den Methoden zur Lösung der Aufgaben beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vermittelt. Wesentlich ist, daß eine jede der herrschenden Bruderparteien dabei die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der neuen Gesellschaft berücksichtigt, zugleich aber die auftretenden Aufgaben schärfisch behandelt und ihren Beitrag zum wissenschaftlichen Kommunismus leistet, wodurch die revolutionäre Theorie bereichert wird.

Schließlich ergibt sich die internationale Bedeutung des Parteitages daraus, daß er in der Zeit einer marklichen Zuspritzung der Weltlage stattfand. Der Parteitag zeigte, wie die Länder der sozialistischen Gemeinschaft, in diesem Fall Ungarn, zu handeln beabsichtigen und welche nächsten und entfernten Ziele sie sich in den internationalen Angelegenheiten für die 80er Jahre setzen.

Der Rechenschaftsbericht des ZK der USAP und die viertägige Diskus-

sion auf dem Parteitag konzentrierten sich auf drei Grundprobleme: auf die Entwicklungsergebnisse des sozialistischen Ungarn, die innenpolitischen Aufgaben und den weiteren außenpolitischen Kurs.

Bilanz von 5 Jahren

In komprimierter Form waren sie im Rechenschaftsbericht des ZK dargelegt, den János Kádár verfasste. Er sagte: „Unsere Gesellschaft entwickelt sich im Einklang mit den perspektivischen Zielen, die vor 5 Jahren in unserer programmatischen Erklärung festgelegt wurden. Die Partei ging den vom XI. Parteitag vorgemerkteten Weg. Wir überwand den großen Schwierigkeiten und haben so in allen Lebensbereichen bedeutende Resultate erzielt. Unser Volk ist bei der Realisierung des Programms für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft vorangekommen. Unsere Heimat, die ungarische Volksrepublik, ist erstarkt.“

Die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Entwicklung Ungarns sind beeindruckend. Unter Einschluß des volkswirtschaftlichen Plans für dieses Jahr muß das Nationaleinkommen Ungarns in fünf Jahren die Kennziffern des vorausgegangenen Planjahrfünfts um 21–22%, die Industrieproduktion um 24–25% und die Agrarproduktion um 15–16% übersteigen. Man könnte mir einwenden, dieses Wachstumstempo sei mäßig. Doch wichtig ist, daß es sich eben um ein Wachstum, um einen sicheren Vormarsch handelt. Ungarn hat merkliche Errungenchaften in allen Sphären der materiellen Produktion. Seine Industriewaren sind auf dem sozialistischen Markt sehr gefragt, sie finden Absatz in kapitalistischen Industrieländern und in Entwicklungstaaten. Die vergessenschaftete Landwirtschaft deckt den Bedarf des Landes und liefert immer mehr Exporterzeugnisse.

Diese volkswirtschaftlichen Erfolge sind nicht zu trennen von den Beschlüssen, die das ZK der USAP und die Regierung in den letzten Jahren zur Vervollkommenung des Wirtschaftsmechanismus in der Industrie und zur Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft faßten. Auf dem XII. Parteitag sagte J. Kádár: „Ausgehend von den ökonomischen Gesetzen des sozialistischen Aufbaus und unseren Auf-

gaben, wenden wir die ökonomischen Hebel als notwendiges Mittel zur Leitung der Volkswirtschaft an. Im weiteren gilt es, zu erreichen, daß das System der materiellen Interessen hier noch mehr zur beschleunigten Entwicklung der effektiv arbeitenden Betriebe und Genossenschaften beiträgt und sie zur Aufdeckung von Reserven, zu einem rentablen Wirtschaften stimuliert.“

Auf der festen Basis der volkswirtschaftlichen Entwicklung konnte das sozialistische Ungarn den materiellen Wohlstand der Werktätigen beträchtlich erhöhen. Seit 1960 haben sich der Verbrauch der Bevölkerung und die realen Pro-Kopf-Einkünfte mehr als verdoppelt. Etwa die Hälfte der Einwohnerschaft des Landes zog in neue Wohnungen ein. Für die Beihilfen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds werden heute (in realem Wertausdruck) viermal soviel Mittel wie vor 20 Jahren bereitgestellt.

Eindrucksvoll sind die politischen Errungenchaften der Kommunisten. Mit Recht wurde auf dem XII. Parteitag konstatiert, daß die Lage im Lande stabil ist. Im Leben der Gesellschaft spielt die Partei die führende Rolle. Kennzeichnend für die Beziehungen zwischen Partei und Massen ist das gegenseitige Vertrauen. Wie J. Kádár hervorhob, ist die politische Einheit der ungarischen Gesellschaft eine große historische Errungenchaft und zugleich der wesentliche Faktor der erfolgreichen Entwicklung des Landes und seines steigenden internationalen Ansehens.

Die Kommunisten würdigten die Ergebnisse des vergangenen Zeitraums und befaßten sich eingehend mit den Problemen und Schwierigkeiten des Landes. Auf dem Parteitag war die Rede vom Vorhandensein unrentabler Betriebe, von einigen Disproportionen in der Entwicklung der Volkswirtschaft und vom Sinken der industriellen Wachstumsraten 1979. Auch sprach man über eine gewisse Verlangsamung bei der Hebung des Volkswohlstandes, über die unbefriedigende Entwicklung der industriellen Kooperation im Lande, über Mängel in den Methoden der Wirtschaftsregulierung. Das war eine offene, ehrliche Diskussion, in der gemäß den kommunistischen Traditionen alles beim richtigen Namen genannt wird und das berechtigte

Gefühl der Genugtuung über das Erreichte mit dem Bestreben verknüpft ist, morgen mehr und besser zu arbeiten als gestern.

Aufgaben des Landes

Das Morgen Ungarns, wie es sich anhand der Beschlüsse des XII. Parteitages der USAP abzeichnet, wird neue große Leistungen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bringen.

Im 6. Planjahr fünf soll das Nationaleinkommen um 15–17% erhöht werden. Das Hauptanliegen der volkswirtschaftlichen Entwicklung ist Verbesserung der Effektivität und Qualität der Produktion und höhere Konkurrenzfähigkeit im Ausland.

Die Industrie und das Bauwesen erzeugen 61% des Nationaleinkommens der Ungarischen VR. Schätzungsweise wird sich die Industrieproduktion differenzierter, unter besserer Erfassung der vorhandenen Bedingungen und Möglichkeiten entwickeln.

Das relativ mäßige wirtschaftliche Wachstumstempo in den bevorstehenden fünf Jahren wird es nach Ansicht der ungarischen Kommunisten ermöglichen, die Proportionen in der Volkswirtschaft auszugleichen, die Betriebe rentabel zu machen, alle Reserven zu mobilisieren und so die Bedingungen für die künftige beschleunigte Entwicklung der Volkswirtschaft zu schaffen.

Ebenso wie die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder stellt Ungarn sich die aktuelle Aufgabe, die materiellen und geistigen Ressourcen vernünftig und sparsam einzusetzen.

Was den Lebensstandard betrifft, so wird im 6. Planjahr fünf eine Zunahme der Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung um ca. 6% und die des Verbrauchs um 8% erwartet. In den Dokumenten des Parteitages heißt es: Arbeit, effektive Produktion und Wirtschaftsführung sind die einzige Quelle, um das erreichte Lebensniveau zu untermauern.

Die Kommunisten sind bestrebt, in den bevorstehenden Jahren die eigenen Möglichkeiten des Landes vollständiger zu nutzen und alle nationalen Ressourcen in den ökonomischen Kreislauf einzuschalten. Deshalb erachten sie es als notwendig, die vielseitige Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern weiterhin zu entwickeln und zu festigen. Das ist eine lebenswichtige Schlussfolgerung. Das Nationaleinkommen Ungarns kommt zur Hälfte aus dem Außenhandel. Fast ein Drittel des Außenhandelsumsatzes entfällt auf die UdSSR.

ein weiteres Viertel auf die anderen sozialistischen Länder.

Aus der UdSSR erhält Ungarn einen Großteil der notwendigen Energie, der Rohstoffe, Maschinen und Ausrüstungen. Mit sowjetischem Beistand werden besonders wichtige Investbauten, darunter das Kernkraftwerk in Paks, errichtet. Ungarn rechnet damit, in weiterer Vervollkommenung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern, in zunehmender und bedeutender Teilnahme an der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und an der Tätigkeit des RGW in den kommenden Jahren einen solchen Beschleuniger des Wirtschaftswachstums wie die enge Zusammenarbeit der Bruderstaaten bei der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben vollständiger zu nutzen.

Bei der Festlegung der Aufgaben für die Zukunft betonte der XII. Parteitag der USAP: Die Partei erachtete es stets als eine unerlässliche Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus, die ideologische Arbeit zu leisten, das kulturelle Niveau der Gesellschaft zu erhöhen, die Normen der sozialistischen Moral und Lebensweise zu formen und zu entwickeln. Die Kommunisten hielten es für notwendig, den ideologischen Kampf gegen Ansichten zu verstärken, die den marxistisch-leninistischen Idealen fremd sind. Auf dem Parteitag hieß es, daß der richtige Dienst an den nationalen Interessen ebenso un trennbar vom Internationalismus ist wie der Beitrag zum internationalen Fortschritt vom Dienst an den Interessen Ungarns und seines Volkes.

Der außenpolitische Kurs

Die Schlussfolgerungen des XII. Parteitages über die außenpolitischen Fragen klingen an die Rede Leonid Breschnew vor Moskauer Wählern an. Er sagte damals: „Faktisch sind alle wichtigen Entscheidungen zur Festigung des Friedens und zur Eindämmung des Wettrüsts, die in den letzten 10 Jahren von internationalen Foren angenommen wurden, sowie die wichtigsten Verhandlungen über diese Fragen Resultat der Initiativen der sozialistischen Länder. Ihre konkreten Vorschläge zu den Fragen der Abrüstung und internationalen Zusammenarbeit sind ein umfassendes, weitsichtiges und realistisches Programm zur Gewährleistung des Friedens in unserer Epoche. Für seine Realisierung werden wir beharrlich und unermüdlich kämpfen...“

Auf dem XII. Parteitag wurde die internationale Lage klar und prinzipiell analysiert, das Treiben der imperialistischen und hegemonistischen

Kräfte entschieden verurteilt und folgender genauer Schluß gezogen: „Der Zusammenschluß der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte, ihr aktives Handeln werden helfen, die Entspannung zu behaupten und die Entfaltung des Wettrüsts zu verhindern, um einen neuen Weltkrieg abzuwenden.“

Der Parteitag erklärte, daß das sozialistische Ungarn zusammen mit der UdSSR und den anderen Bündnispartnern aus dem Warschauer Vertrag für die politische Lösung der internationalen Streitfragen eintritt. Ungarn erfüllt seine Verpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag wirksam und setzt sein ganzes internationales Ansehen für die Friedenspolitik ein. Das zeigt sich in seinem konstruktiven Herangehen an die Lösung der Probleme der Einschränkung und Einstellung des Wettrüsts. Das kommt in seinen Aktivitäten auf dem europäischen Kontinent zum Ausdruck. Ebenso wie die anderen sozialistischen Länder wirkt es konsequent und ehrlich auf die Realisierung der Empfehlungen der Helsinki-Konferenz hin. Das zeigt sich in der aktiven nationalistischen Position Ungarns.

Die außenpolitischen Beschlüsse des XII. Parteitages sind ein weiterer Beweis dafür, daß die Länder der sozialistischen Gemeinschaft in diesem verantwortungsvollen Augenblick das Banner der Geschlossenheit und Einheit hochhalten. Sie sind fest entschlossen, die Zuspitzung der Weltlage zu überwinden, die Entspannung zu gewährleisten und alles zu tun, damit das Wettrüsten aufhört.

Die kollektive Position der sozialistischen Staaten im internationalen Leben ist ein Faktor von erstrangiger Bedeutung. Das beweist die ganze, jetzt nicht mehr so kurze Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft. Deshalb kann man mit Recht annehmen, daß die sozialistischen Länder in engem Zusammenwirken miteinander und mit allen friedliebenden Kräften, darunter mit realdenkenden politischen Kreisen in den kapitalistischen Staaten, es erreichen, daß die 80er Jahre ebenso wie die 70er im Zeichen der Entspannung stehen.

Insgesamt zeugen die Ergebnisse des XII. Parteitages der USAP davon, daß das ungarische Volk, das den marxistisch-leninistischen Weg in die Zukunft ausgewählt hat, diesen Weg unter Führung seiner bewährten Avantgarde, der USAP, konsequent weitergeht. In entscheidendem Maße sind damit die wichtigsten Züge des Parteitages der ungarischen Kommunisten verbunden: der Realismus, die Zuversicht, die Aktionsbereitschaft. ■

PRINZESSIN SISOWATH: VOLK VON ANGKOR IST DANKBAR

Ende März befand sich in der UdSSR auf Einladung des Verbandes der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und der Gesellschaft „UdSSR—Kampuchea“ eine Delegation der Gesellschaft für Kampucheanisch-Sowjetische Freundschaft. Der Delegation gehörte Prinzessin SISOWATH MONIVONG, Mitglied des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung, an. NZ-Beobachter Juri Tawrowski bat sie um folgendes Interview.

Wie gestaltete sich Ihr Leben unter dem Regime von Pol Pot/Ieng Sary?

Gleich in den ersten Tagen dieses Regimes wurde ich zusammen mit allen anderen Einwohnern von Phnom Penh in eine Dorfgegend verschickt. Unsere Familie geriet in die westliche Provinz Battambang. Dort haben wir alle — Erwachsene, Greise, Kinder — unter Aufsicht von Bewaffneten auf dem Feld gearbeitet. Mein Leben glich dem aller anderen Kampucheaner. Ich will nur sagen, daß unsere Familie vor Pol Pots Machtantritt 24 Personen zählte. Gegenwärtig sind zwei übriggeblieben, ich und mein 7jähriger Sohn. Mein Mann wurde erschossen, zwei Töchter starben vor Erschöpfung, die dritte ist verschollen.

Wie kam es, daß Sie sich zur neuen Macht bekennen und einen so hohen Posten innehaben?

Nicht auf Seiten der neuen Macht sein hieße die Mörder aus der Bande von Pol Pot, Ieng Sary und Khieu Samphan unterstützen. Das ist für mich undenkbar. Ich beherrsche mehrere Fremdsprachen und möchte diese Kenntnisse nutzen, um den Menschen in den anderen Ländern über das Los der Khmer zu berichten, dieser sanften, gastfreundlichen Menschen, die in den Strudel von Leid hineingerissen wurden. Mein Land und mein Volk haben viel zu sehr gelitten, als daß man darüber schweigen könnte. Die Menschen wissen gut von den Verbrechen Hitlers und seines faschistischen Regimes. Sie müssen auch von den Verbrechen Pol Pots und seines maoistischen Regimes wissen. Ich



möchte nichts so sehr, als diese Wahrheit zu erzählen. Nach Kräften will ich der neuen Macht helfen und möglichst viele Kampucheaner sowie Menschen guten Willens aus anderen Ländern für sie gewinnen.

Ich bin stolz darauf, daß die neue Macht mir den hohen Posten als ZK-Mitglied der Einheitsfront Kampuchea anvertraut hat. Das ist wirklich eine einheitliche Front aller patriotisch gesinnten Kampucheaner, die die Rettung der Khmer-Nation und die Wiedergeburt Kampuchea anstreben. Ich glaube der neuen Macht, häufig komme ich mit den Mitgliedern der neuen Regierung zusammen. Diesen Menschen kann man glauben. Die heutige Regierung in Phnom Penh vertritt in der Tat die Interessen aller Bevölkerungsschichten. Sie wollen in der Tat Kampuchea wiederauferstehen lassen, seine Freiheit und Unabhängigkeit behaupten und allen Khmer das Wohlergehen gewährleisten. Ich sehe, wie sehr sich die Regierungsmitglieder anstrengen, um alle Ressourcen und die ganze Hilfe zu mobilisieren, die aus der UdSSR, aus Vietnam und vielen anderen sozialistischen Ländern sowie von internationalen Organisationen kommt.

Heute kann Kampuchea auf eine friedliche und glückliche Zukunft hoffen. Mehr noch, wir glauben fest an unser schönes Morgen und wissen, daß es zur Vergangenheit keine Rückkehr mehr gibt.

Was könnten Sie über das Wirken Norodom Sihanouks sagen?

Prinz Sihanouk ist mein Cousin. Ich habe ihn geachtet, weil ich als Buddhistin die Älteren, besonders die Verwandten unter ihnen, zu achten habe. Aber die Ansichten

Sihanouks kann ich nicht achten. Wir haben völlig unterschiedliche politische Anschauungen. Norodom Sihanouk machte einen Fehler. Er glaubte, sein Volk zu wissen und zu lieben, auch von ihm geliebt zu werden. Doch stellte sich heraus, daß er nur sich selbst liebte. Wußte er denn nichts von den Leiden seines Volkes? Wußte er etwa nicht, wer hinter Pol Pot, Ieng Sary, Khieu Samphan und anderen Henkern steckte? Aber selbst nachdem er sich von ihrer Kontrolle befreit hatte, konnte Sihanouk nicht die richtige Wahl treffen. Er unterstützte die chinesischen Führer, d. h. die Leute, die Pol Pot und dessen Geissnungskumpeln in Peking empfangen und ihnen jeden Erfolg im Kampf gegen das vietnamesische und das eigene Volk gewünscht hatten. Die Verantwortung für alles, was wir durchgemacht haben, tragen die giftigen Spinnen aus Peking. Ich glaube, Sihanouk versteht das alles nicht schlechter als ich. Und doch hilft er Peking, ob er es will oder nicht. Früher hielten wir — ich und sehr viele andere Kampucheaner — Sihanouk für einen umsichtigen, erfahrenen Politiker. Vielleicht war er es. Aber heute ist er nicht mehr ein weiser Staatsmann, der um sein Volk besorgt ist. Gegenwärtig bringt er dem ausgeraubten, gequälten Volk keinen Nutzen. Im Gegenteil, er schadet ihm stark. Deshalb vertrauen die meisten Kampucheaner dem Prinzen nicht mehr.

Aber Sihanouk sagt bis jetzt, daß er Patriot und sein Hauptziel das Wohl Kampuchea sei.

Sihanouk ist ein Komödiant. Lange Zeit spielte er einen Politiker von Weltformat. Er tat das für das Publikum, hauptsächlich für die westlichen Presseorgane und Politiker. Er gehörte zur Elite, glänzte durch Esprit und Originalität und war zu vielem bereit, damit sein Name wieder einmal in der mondänen Chronik erwähnt wurde. Er war in sich selbst verliebt, berauschte sich an seiner Rolle als treusorgender Vater des kampucheanischen Volkes. Ich sage das alles nicht deshalb, weil er ein Norodom, ich aber eine Sisowath bin, also einem anderen Zweig der königlichen Familie angehöre. Wäre Sihanouk ein echter Patriot, würde er dem Volk beistehen, das jetzt seine Wiedergeburt erlebt, und ihm helfen. Als bekannter Mann könnte Sihanouk nicht wenig leisten. Aber er ist nicht der Mann dazu.

Wie beurteilen Sie die Veränderungen, die in Kampuchea nach dem 7. Januar 1979 eintreten?

Die Wandlungen sind gewaltig, in

Kürze lässt sich kaum etwas über sie sagen. Als ich in das befreite Phnom Penh zurückkehrte, war das noch eine Stadt des Schweigens, der Schemen. Überall war Verheerung und Schmutz. Der Tod lastete noch über der Hauptstadt. Heute lebt sie. Ach, hätten Sie das Fest zum Jahrestag der Befreiung in Phnom Penh an diesem 7. Januar, hätten Sie die Gesichter der Menschen gesehen! Das waren nicht mehr die Todesmasken, unter denen ich in den drei Jahren und acht Monaten des pekinghöriegen Regimes lebte. Das waren die altvertrauten fröhlichen und netten Khmer. Soldaten, Bauern, Arbeiter und Schulkinder zogen an der Tribüne vorbei. Ich war stolz auf mein Volk, das die Kräfte aufbrachte, um den Tod zu besiegen. Ich war Vietnam von Herzen dankbar, das meiner Heimat in der kritischen Stunde Hilfe brachte.

Ich bin in der Wirtschaft nicht sehr bewandert, und wenn Sie Zahlen und Fakten haben wollen, müssen Sie sich an jemanden anders wenden. Ich kann nur als kampucheanische Patriotin sprechen, und so sage ich: Die Veränderungen in Kampuchea sind gewaltig und unumkehrbar, und neue Erfolge bei der Wiedergeburt der Zivilisation von Angkor stehen uns bevor.

In Kampuchea ist jetzt ein akuter Mangel an qualifizierten Kräften zu verspüren: Die Pol Pot-Leute roteten ja in erster Linie die Intelligenz aus. Zugleich leben in verschiedenen Ländern Zehntausende kampucheanische Emigranten mit Hoch- bzw. Fachschulbildung. Das Land braucht diese Menschen, aber sie kehren aus verschiedenen Gründen nicht heim.

Die Politik unserer Front in dieser Frage ist absolut klar. Welche religiösen oder politischen Ansichten ein Mensch auch vertritt, ihm stehen alle Rechte zu. Von ihm wird nur eines gefordert: Er soll seine Heimat, sein Volk lieben und gegen ihre Feinde kämpfen. Wir kampucheanischen Intellektuellen wurden vom Volk großgezogen und aus seinen Mitteln ausgebildet. Nun müssen wir diese Schuld abtragen und durch Taten beweisen, daß wir unser Volk und unser Land lieben. Die Volksregierung läßt die Tür für alle Patrioten offen. Garantien? Sie sind da: das Programm der Einheitsfront, die amtlichen Erklärungen der führenden Regierungsmitglieder. Die Zweifler mögen von meinem Schicksal erfahren. Ich bin Prinzessin und Buddhistin. Trotzdem hat man mir einen verantwortungsvollen Posten anvertraut und alle im heutigen Kampuchea möglichen Bedingungen geschaffen, damit ich zum Wohl meines Volkes wirken kann. Gewiß, die

IN MEMORIAM TON DUC THANG



Am 30. März ist der Präsident von Vietnam Ton Duc Thang verstorben. Ein naher Freund und Mitsreiter Ho chi Minhs, widmete er sein ganzes Leben dem Kampf für die nationale Befreiung und Einheit der Heimat, dem Aufbau des Sozialismus auf vietnamesischem Boden.

Ton Duc Thang (geb. am 20. August 1888) schaffte sich schon in früher Jugend in den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die französischen Kolonialherren ein; er gehörte zu den Organisatoren der kommunistischen und Arbeiterbewegung in Vietnam. 1929 warfen die Kolonialbehörden ihn ins Gefängnis. Erst der Sieg der

Augustrevolution von 1945 brachte Ton Duc Thang die Freiheit.

Die vietnamesischen Kommunisten schätzten und achten Ton Duc Thang. Viele Jahre wurde er ins ZK der KP Vietnams gewählt. Die Partei betraute ihn mit verantwortungsvollen Funktionen: als Vorsitzender des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, als Vorsitzender des ZK-Präsidiums der Vaterländischen Front Vietnams, als Vizepräsident der Republik. Nach dem Tode Ho chi Minhs 1969 wurde Ton Duc Thang Präsident der DRV.

Ton Duc Thang war ein wahrer Internationalist. Bereits 1919 beteiligte er sich aktiv an einem Aufstand auf den Schiffen des französischen Geschwaders, das in die junge Sowjetrepublik eingedrungen war. Bis zu seinem Lebensende kämpfte er unermüdlich für die Solidarität und Freundschaft Vietnams mit den Völkern der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder, mit den Fortschrittskräften der ganzen Welt. In Würdigung seiner Verdienste wurde er mit dem Leninorden und dem Orden der Oktoberrevolution sowie mit dem Internationalen Leninpreis „Für Festigung des Völkerfriedens“ ausgezeichnet.

Die Menschen der Sowjetunion werden Ton Duc Thang stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Regierung wird den Heimkehrern nicht Luxusvillen mit Klimaanlagen oder Straßenkreuzer nebst Fahrer zur Verfügung stellen. Aber denkt ein richtiger Patriot jetzt daran?

Wie sieht es jetzt mit der Lebensmittelversorgung? Welche Rolle spielt die internationale Solidarität mit Kampuchea?

Ich habe die Hungersnot unter Pol Pot noch nicht vergessen, werde auch nie vergessen, wie meine Töchter starben. Hunger gehörte zum Pol Pot-Regime. Hunger herrschte in unserem Land auch dann, als sich diese Mörder im Gebirge an der Grenze zu Thailand verkrochen hatten. Sie hatten alles vernichtet, was zu vernichten, alles niedergebrannt, was niederzubrennen war. Die neue Macht bekämpft den Hunger und hat schon einige Erfolge erzielt. Doch immer noch sind wir auf Hilfe angewiesen. Diese uneigennützige humane Hilfe wird Kampuchea seit den ersten Tagen der Freiheit zuteilen. Als erste halfen uns Vietnam, die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Ein paar Monate später schalteten sich auch internationale Organisationen ein: der UNO-Kinderfonds,

das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, ferner private Wohltätigkeitsorganisationen wie die „World Vision“, OXFAM u. a.

Selbst die Verteilung dieser Hilfe war ein Problem, denn die Häfen und Flughäfen waren zerstört. Eisenbahnen und große Chausseeabschnitte in die Luft gesprengt. Zudem hatten wir kein ausgebildetes Personal. Dieses Problem haben wir gelöst. Numehr bleibt die Nahrungsmittelhilfe nicht in Depots liegen, sondern wird rasch über das ganze Land verteilt. Ich bin überzeugt, in absehbarer Zukunft wird unser Volk das Nahrungsmittelproblem selbst lösen. Vorläufig aber brauchen wir noch die Hilfe der internationalen Gemeinschaft. Deshalb möchte ich mich über Ihre Zeitschrift an die Regierungsmitglieder und einfachen Menschen, an die Gläubigen aller Weltreligionen und die Wohltätigkeitsvereine wenden. Sie alle haben Kinder, und Sie wissen, wie sehr ein Neugeborenes Sorge und Hilfe braucht. Auch unser Volk ist faktisch neugeboren, zählt nur etwas mehr als ein Jahr. Lassen Sie in Ihren großmütigen Anstrengungen bei der Hilfe für Kampuchea nicht nach! Das Volk von Angkor wird Ihre Menschlichkeit niemals vergessen!

IM REICH DES TERRORS

Ruslan TUTSCHNIN

Seit mehr als 25 Jahren herrscht Terror in Guatemala, dieser kleinen Republik mit 6,5 Millionen Einwohnern, die auf der Landenge zwischen Nord- und Südamerika liegt. Kein Tag, ohne daß im Chausseegraben, in Schluchten und Sträuchern oder auch auf belebten Straßen der Hauptstadt Tote gefunden werden. Mit MPis durchsiebte oder durch Foltern verstümmelte Leichen werden nicht selten von Hubschraubern aus ins Meer oder in Vulkankrater geworfen, damit die Verbrechen nicht ans Licht kommen.

Einer inoffiziellen Statistik zufolge wurden früher im Tagesdurchschnitt 5–6 Morde verübt. Jetzt sind es über 10. Die Behörden behaupten, es gebe keine politischen Häftlinge. Das hat etwas Wahres. Wie der ehemalige Vizepräsident Guatemalas Villagrán Kramer, der wegen Differenzen mit der Regierung zurücktrat, Mitte Februar sagte, hat Guatemala „keine politischen Häftlinge, sondern nur ermordete Politiker“. Im Januar zitierte die „New York Times“ die Äußerung eines prominenten Guatemalteken, mit dem Regime Unzufriedene hätten die Wahl „zu warten, bis sie umgebracht werden, auszuwandern oder unterzutauchen“.

Machwerk der CIA und des Pentagons

Guatemala geriet 1954 in den Schraubstock einer reaktionären Oligarchie, als mit energischem Da-zutun der nordamerikanischen CIA und des Pentagons die fortschrittliche Regierung Arbenz gestürzt wurde, die eine Bodenreform und andere wichtige soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen eingeleitet hatte. Um das Volk zu täuschen, gaben die Bourgeoisie und der Landadel dem politischen Leben im Land durch ein paar Zugeständnisse an das Volk einen verfassungsmäßigen Anstrich. Sie inszenieren sogar alle vier Jahre Pseudowahlen für die Präsidentschaft und ins Parlament, bei denen sich kaum unterscheidende Parteien den Rang abzulaufen suchen, und das in einer Atmosphäre der Willkür und bei gezückten Bajonetten der Armee.

Die kommunistische Guatemaltekische Partei der Arbeit und andere Linksorganisationen sind laut Verfassung verboten, mehr noch, der Wahlmechanismus ist gesetzlich so eingestellt, daß selbst bürgerliche liberale Gruppierungen vom Wahlkampf ausgeschlossen sind. Als die fortschrittlichen Politiker Colom Argueta und Fuentes Mohr bei den jüngsten Wahlen vor zwei Jahren versuchten, eine politische Opposition gegen eine Kreatur der Regierung, General Lucas García, zustande zu bringen, wurden sie von Agenten der Reaktion ermordet.

Da die Bevölkerung genau wußte, daß das Wahlergebnis im voraus festgelegt ist, gingen zwei von je drei Wahlberechtigten überhaupt nicht zu den Urnen. Der General, ein Latifundienbesitzer, der zu jener Zeit im Präsidentensessel saß, bekam selbst nach amtlichen Angaben nur etwa 15% der Stimmen.

Wenn Washington zu Gefallen hin und wieder eine „repräsentative Demokratie“ gemischt wird, so kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Regime eine Militär- und Polizeidiktatur ist. Die Tatsache, daß 80% des urbaren Bodens einem Prozent der Landesbevölkerung gehören, verdeutlicht die Kluft zwischen den wenigen Latifundienbesitzern und den notleidenden Bauernmassen dieses zurückgebliebenen Agrarlands. In die Verteilung des Grund und Bodens haben sich auch die höchsten Armeearmeecharakter eingeschaltet. Sie schützen mit Waffengewalt die Privilegien der Großgrundbesitzer und eignen sich auch selbst skrupellos bürgerlichen Besitz an.

Angehörige der Oligarchie greifen immer wieder selbst nach den kargen Parzellen der Bauern, die in manchen Gegenden noch vorhanden sind, besonders, wenn sich dort Erdöl und Nickel finden. Die Brü-

talität der uniformierten Großgrundbesitzer ist grenzenlos. In Guatemala hat man das Gemetzel im Dorfe Panzos nicht vergessen, das im Nordosten des Landes liegt. Im Mai 1978 tötete die Soldaten über 100 Bauern, die den ihnen entzogenen Grund und Boden zurückverlangten. Das geschah in einer Gegend, deren Erdölgeruch Profitjäger anlockte, darunter auch Präsident Lucas García — er hatte dort sein Auge auf einen riesigen Grundbesitz geworfen.

Zwei Pole

Seitdem der Militärklüngel die Regierung Arbenz stürzte und dem Auslandskapital Tür und Tor öff-



Alltägliche Straßenszene in der Hauptstadt Guatemalas

Foto aus „Pais“ (Spanien)

nete, nistet er sich in Dienstleistungen, Landwirtschaft und Bergbau ein, bestimmt über das politische Leben, und nun können sich die nordamerikanischen Geschäftsleute nicht genug über das „Investitionsklima“ in diesem Land freuen. Dutzende US-Gesellschaften haben alle Schlüsselbranchen der Wirtschaft wie mit Fangarmen umstrickt. Noch gieriger wurden sie, als große Ölviertel entdeckt wurden. Infolgedessen haben US-Konzerne im kleinen Guatemala rund 2 Mrd. Dollar investiert und schaffen Gewinne. Das Eindringen der US-Monopole hat besonders zugenommen, seitdem der Abbau von Nickelvorkommen begonnen hat. In dieser Branche gedenken sie, über 200 Mio Dollar zu investieren.

Zugleich wird die Notlage des Volkes immer schlimmer. Das Häuflein

einheimischer und ausländischer Ausbeuter lebt im Luxus, während das Gros der Bevölkerung in menschenunwürdigen Verhältnissen vegetiert, unter Arbeitslosigkeit, Hunger, Not und Krankheiten zu leiden hat. Eignen sich 5% der Landesbevölkerung über 34% des Nationaleinkommens an, so fristen die 70% der Werktäglichen in Stadt und Land mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von nur 42 Dollar ein Elendsdasein. Von den Kindern sind 75% unterernährt. Drei von je zwei Landesbewohnern können nicht lesen und schreiben. Diese tragischen Zahlen sind typisch für alle sozialen und wirtschaftlichen Lebensaspekte.

Eine Ausrottungsmaschine

Die Klassengegensätze sind derart auf die Spitze getrieben, daß sich die Militäroligarchie nur durch eine an Völkermord grenzende Willkür an der Macht halten kann. Es handelt sich nicht um Repressalien schlechthin, sondern um einen ausgeklügelten Massenterror.

Unter dem „verfassungsmäßigen“ Deckmantel hat man eine raffinierte Militär- und Polizeimaschinerie dafür aufgebaut, willkürlich Menschen zu ergreifen und zu vernichten. Ihre wichtigsten Bestandteile sind die staatlichen Unterdrückungsorgane. Es sind viele. Besonders grausam aber ist das sogenannte Kommando 6, eine Einheit der Geheimpolizei. Ihr obliegt die Ermordung besonders angesehener Regimegegner. Vor sechs Jahren wurde bei den Streitkräften das sogenannte Batallón modelo (Musterbataillon) aufgestellt. Es besteht aus ausgesuchten Banditen, die von Pentagonexperten gedrillt sind. Sie werden gewöhnlich gegen die größten Volksaktionen eingesetzt. Am 31. Januar d. J. überfiel diese Bande die spanische Botschaft, die friedlich von guatemaltekischen Bauern besetzt worden war, weil sie damit die Öffentlichkeit auf ihr tragisches Los aufmerksam machen wollten. Das „Musterbataillon“ der Regierung ließ auf dem Schauplatz der Ereignisse 39 verkohlte Leichen, darunter auch solche spanischer Diplomaten, zurück. Bald darauf wurde der Bauer Yuha, der einzige überlebende Zeuge des Massenmordes in der spanischen Botschaft, von Kugeln durchsiebt, aufgefunden.

Es gibt noch Sondertrupps, die Kaibiles, die nach dem Kriegsgott der Maya so benannt sind. Auch sie

werden von nordamerikanischen Experten für den Antiguerrillakrieg ausgebildet und werden größtenteils auf dem Lande gegen kämpfende Bauern eingesetzt.

„Berater“ aus den USA und aus Israel unterweisen die Gendarmen Guatamas in der Strafkampftaktik, im Sprengen von Demonstrationen, und nehmen sogar selbst am Verhören und Foltern politischer Häftlinge teil. Sie helfen der einheimischen Geheimpolizei auch, das Besitzeln „verdächtiger Personen“ zu perfektionieren.

Von den Hauptquartieren der staatlichen Straforgane ziehen sich unsichtbare Fäden zu erzreaktionären Terrorgruppierungen: zur „Todeskadron“, zur „Weißen Hand“, zur „Antikommunistischen Geheimarmee“ und zu anderen paramilitärischen Banden, die tagtäglich morden. Sie scheinen separat von den Behörden zu bestehen, gehören aber zum Unterdrückungsapparat des Militär- und Polizeiregimes, das sie bemüht und oft auch ausschickt, führende und aktive Mitglieder fortschrittlicher Organisationen umzu bringen.

Verbrechen ohne Ende

Die Tyrannie in Guatemala hat schon unzählige Verbrechen begangen. Ermordet wird jeder, den man einer regierungsfeindlichen Betätigung oder gar einer Unterstützung von Guerillas verdächtigt. Nicht selten werden alle Männer eines Dorfes umgebracht, in dem Guerillas Zuflucht gefunden hatten. In den ersten Monaten dieses Jahres allein sind dort über 2000 Patrioten ermordet worden, in den letzten 25 Jahren der Militär- und Polizeiregierung über 60 000, darunter solche wie der namhafte Funktionär der Oppositionspartei Einheitsfront der Revolution Jiménez Cahus und noch neun andere Führer dieser Partei. Eins der neuesten Opfer des Rechtsterrors war im März der angesehene Wissenschaftler Alfonso Figueroa, der an der Nationaluniversität ein Lehramt ausübte. Er wurde im Zentrum der Hauptstadt von faschistoiden Banditen vor den Augen seiner Frau ermordet.

Der Presse zufolge fielen in den letzten Tagen diesen Banditen und den staatlichen Repressivorganen 35 Personen, darunter Gewerkschafter und Studentenführer, zum Opfer.

Die stimmgewaltigen „Schützer der Menschenrechte“ in Washington finden jedoch kein verurteilendes Wort für die Anstifter dieser und

ähnlicher Verbrechen. Umgekehrt, sie leisten Guatemala militärische und sonstige Hilfe. Nach dem Sieg der Revolution in Nikaragua und beim Anwachsen des Befreiungskampfes in El Salvador erhoffen sich die USA viel von der Diktatur in Guatemala als einem Gendarmen im mittelamerikanischen Raum. Wie die US-Zeitschrift „Nation“ schreibt, ist Guatemala jetzt der erste Anwärter auf die Rolle des regionalen „Stabilisators“ anstelle des Regimes von Somoza.

Die Behörden Guatamas bleiben Washington nichts schuldig. Ende März teilten Vertreter eines Koordinationsorgans der revolutionären Organisationen von El Salvador auf einer Pressekonferenz in Mexiko City folgendes mit: In Guatemala, in der Nähe der Grenze El Salvadors, wird ein 5000 Mann starkes Söldnerheer zusammengestoppelt. Es besteht aus einheimischen Ultras, konterrevolutionären Emigranten aus Kuba und versprengten Soldaten aus der Nationalgarde Somozas. Die Banden, die man für einen Einfall in El Salvador drillt, werden von nordamerikanischen und israelischen Beratern angeführt.

Das Volk ist ungebrochen

Das Volk Guatamas beantwortet die Eskalation der Gewalt mit einem von Jahr zu Jahr stärker werdenden Widerstand. Trotz des strengen Verbotes der Regierung und der massiven Repressalien kommt es im Land immer wieder zu Streiks, Demonstrationen und anderen Massenaktionen gegen die Willkür des Militärs und der Polizei. Auf dem Lande besetzen landlose Bauern Gütländerien. In vielen Gegenden greifen bewaffnete Guerillas mit Erfolg Kasernen und Polizeireviere an.

Die Partei der Arbeit bemüht sich unablässig um einen Zusammenschluß aller fortschrittlichen, antikolonialistischen Kräfte auf dem Boden eines gemeinsamen Programms für Aktionen gegen das diktatorische Regime. Damit hat sie schon viel erreicht: Voriges Jahr bildete sich die Demokratische Kampffront gegen die Repressalien in Guatemala aus den repräsentativen Volksorganisationen und demokratischen Körperschaften.

Das Volk Guatamas schaltet sich immer tatkräftiger in den revolutionären Prozeß ein. Es ist fest entschlossen, der verhafteten, vom Imperialismus hochgepäppelten Oligarchie ein Ende zu bereiten.

DER HINAUSWURF

Raúl TAPIA, chilenischer Journalist

Schon einige Stunden, nachdem Pinochet Chile verlassen hatte und zu seiner offiziellen Auslandsfournée aufgebrochen war, die eigentlich über 10 Tage dauern sollte, flogen ungezählte faule Eier und Tomaten. So drückten die Einwohner der Fidschi-Inseln (die Hauptstadt Suva war das erste Ziel des Faschistenchefs) ihre Empörung über den ungebetenen Gast aus. Seine Reise, die als ein „neuer Schritt in Richtung auf einen politischen und wirtschaftlichen Fortschritt im Pazifikraum und in Südostasien“ bezeichnete,

Inseln rief alle Gläubigen auf, einen „Gebetstag für das chilenische Volk, dem man alle Menschenrechte genommen hat“, durchzuführen. Die Studenten der Universität von Suva erklärten, sie wollten den Pinochet-Besuch verhindern. Gegen die Politournee wandten sich ferner die 16 bedeutendsten gesellschaftlichen Organisationen der Philippinen, darunter der Kongreß der Gewerkschaft der Philippinen, der Rat der philippinischen Arbeiter, die Vereinigung der Landarbeiter und das Solidaritätskomitee der Filipinos mit dem chilenischen Volk, die den geplanten Besuch als Beleidigung der nationalen Würde anprangerten.

Nichtsdestoweniger propagierte die faschistische Regierung weiterhin ihre bevorstehende diplomatische Aktion. Anfang März wurden in Santiago die Botschafter und Missionschefs aller Länder zusammengetrommelt, mit denen Chile diplomatische Beziehungen unterhält. Man suchte ihnen zu suggerieren, die chilenische Regierung sei jetzt durchaus respektabel und ihr Chef gelte als hervorragender Staatsmann.

Die Reise begann. 4000 Demonstranten bereiteten Pinochet mit Gattin und Begleitung (drei Minister, hohe Beamte und Offiziere) am internationalen Flughafen der Fidschis einen gebührenden Empfang. Die Demonstranten protestierten in Sprechchören gegen die chilenischen „Gäste“ und zwangen sie, im Flughafenhotel Unterschlupf zu suchen.

Da wurde dem chilenischen Oberfachistin mitgeteilt, daß die philippinische Regierung seinen Besuch in Manila am 24. März rückgängig gemacht hat.

Nach seiner Rückkehr brach der Diktator in ohnmächtiger Wut unverzüglich die diplomatischen Beziehungen zu den Philippinen ab. Zudem feuerte er Außenminister Cubillos und gab dann eine Umbildung des Außenministeriums und neue Repressalien bekannt.

Die so laut angekündigte und skandalös gescheiterte Auslandstournee des Faschistenchefs zeigte ein weiteres Mal, daß es der blutbesudelten faschistischen Junta, die sich mit Hilfe Washingtons ein „liberales“ Image verschaffen will, nicht gelingt, die Weltöffentlichkeit zu betrügen.

Ob diese Lektion in Santiago gebrüllt hat? Wohl kaum. Es heißt, im Herbst wolle Pinochet Japan und einige Länder Südostasiens besuchen. Der nächste Hinauswurf ist schon vorprogrammiert. ■



Zeichnung des bekannten kubanischen Karikaturisten René de la Nuez (aus einem Album, das der Künstler unserer Redaktion geschenkt hat)

net wurde, den die chilenische Regierung unternommen hat“, mußte abgebrochen werden. Und der Diktator mußte mit leeren Händen die Heimreise antreten.

Anfangs war gemeldet worden, Pinochet wolle die Fidschi-Inseln, die Philippinen, Papua-Neuguinea, Hongkong und Tahiti besuchen. Dann ließ es, ein offizieller Besuch sei nur auf den Fidschis und den Philippinen beabsichtigt, sonst aber könnten nur Privatbesuche oder technische Stops gemacht werden. Später ließ der Premierminister der Fidschi-Inseln verlauten, in seinem Land könne gleichfalls nur ein technischer Halt gemacht werden, und offiziell würden die Chilenen nur mit dem britischen Generalgouverneur zusammentreffen können.

Noch bevor Pinochet in Santiago die Gangway hinaufkletterte, hatten Gewerkschaften und Studentenorganisationen der Länder, die er „beehren“ wollte, eine breite Protestkampagne eingeleitet. Der Kirchenrat der Fidschi-

ERBITTERTER KAMPF

In El Salvador hat sich die Lage erneut zugespitzt. Einige Tage standen die Werktäglichen in einem Generalstreik, den das Koordinationsorgan der revolutionären Massenorganisationen aus Protest gegen den Mord am Erzbischof von San Salvador, Oscar Arnulfo Romero, und gegen den von den Faschisten geschürten Terror ausgerufen hatte.

Romero wurde von Faschisten der Gruppierung „Union Weißer Krieg“ bei einer Messe ermordet, weil er für soziale und wirtschaftliche Veränderungen, für demokratische Freiheiten eingetreten war. „Der gemeinsame Feind unseres Volkes“, sagte er, „ist die Oligarchie, die immer unersättlicher wird und an die ich eindringlich appelliere: Nehmt die Ringe von den Fingern, sonst kommt der Tag, da ihr ohne Hände sein werdet.“

Im Februar hoffte Romero an den US-Präsidenten einen Brief gerichtet, in dem er diesen aufforderte, die Militärhilfe an die herrschenden Kreise El Salvadors einzustellen.

Der Mord an Romero zeugt davon, daß die Reaktion, gestützt auf die imperialistischen Kreise der USA, vor nichts halt macht, um ihre Herrschaft in El Salvador zu bewahren. Die Fäden der Verschwörung führen nach Washington. Gerade aus den USA treiben Waffen und Rüstungsgüter für die Militärclique von El Salvador und die rechtextremen Terroristen ein. Meldungen der Auslands presse zufolge werden jetzt Pläne für eine Söldnerinvasion aus den Nachbarländern Guatemala und Honduras ausgearbeitet. Kürzlich unterzeichnete die internationale Entwicklungsbehörde der USA mit der aus Militärs und Zivilisten bestehenden Junta zwei Abkommen, denen zuliege sie mit 13 Mio Dollar unterstützt wird.

Wie nun sucht Washington seine Handlungen zu rechtfertigen! Einer Erklärung von Außenminister Vance vor dem Senatsausschuß für Äußeres zufolge lehnen die USA „radikale“ Veränderungen in El Salvador ab und treten für eine solche Lösung der Probleme des Landes ein, die den amerikanischen Interessen gerecht würde.

Das Volk steht jetzt in erbittertem Kampf gegen die Oligarchie. Shafic Jorge Handal, der Führer der salvadorianischen Kommunisten, verließ in einem Interview für die mexikanische Zeitung „Excelsior“ seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Volk von El Salvador die einheimische Reaktion besiegen wird, obgleich sie sich der Unterstützung von außen, von imperialistischen Kreisen, erfreut.

W. DOLGOW

DIE WELTOFFENTLICHKEIT FÜR SICHERHEIT UND ABRÜSTUNG



DIE KONFERENZ AUF MALTA

Die repräsentative Internationale Konferenz gegen imperialistische Militärstützpunkte, für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, die Ende März in Valletta, der Hauptstadt Maltes, auf Initiative der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität und der regierenden Labour Party Maltes stattfand, tagte, zu einer Zeit, da diesseits und jenseits des Atlantik einflußreiche Kräfte die Welt erneut in den kalten Krieg stoßen wollen. Die Vertreter von etwa 50 Parteien, nationalen Befreiungsbewegungen und gesellschaftlichen Organisationen aus 25 Ländern Europas, Asiens und Afrikas analysierten eingehend die derzeitige Verschärfung der internationalen Lage und ihre möglichen Folgen und wiesen nach, daß der Imperialismus, vor allem der US-Imperialismus, allein die Schuld an den entstandenen Spannungen trägt.

Auf der Konferenz wurden die Versuche der US-Administration entschieden verurteilt, die positiven Prozesse in der Welt rückgängig zu machen und den Gang des gesellschaftlichen Fortschritts zu bremsen, um so die eigenen hegemonistischen Ziele zu erreichen.

Mit großer Genugtuung wurde die Erklärung des sowjetischen Delegationsleiters, Alexander Dsassochow, des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Sowjetischen Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees, aufgenommen, daß die UdSSR in dieser komplizierten Lage ihren prinzipiellen Kurs des Kampfes für Frieden und internationale Sicherheit, für gleichberechtigte Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker fortführt und fortführen wird.

Bestandteil der Globalstrategie des Imperialismus ist, wie Nouri Abdel Razzak, stellvertretender Generalsekretär der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation, in seinem Bericht betonte, die Stationierung von Truppen und Rüstungen auf fremden Territorien, die Ausweitung des Netzes der Militärstützpunkte. Das stellt eine direkte Bedrohung für Frieden und Sicherheit der Völker dar, für die Unabhängigkeit vieler souveräner Staaten, besonders jener, die über Naturressourcen, insbesondere Öl, verfügen.

Im Mittelmeerraum und in den

Anliegerregionen sind besonders akute militärische Spannungen zu konstatieren, sagte der Generalsekretär der KP Maltes, Anthony Vassalo. Die NATO-Strategen wollen hier ein neues Aufmarschgebiet schaffen und noch verheerendere Vernichtungswaffen stationieren. Der Türkei wurde ein neues Stützpunktabkommen aufgezwungen. Griechenland wird unter Druck gesetzt. Zypern soll ein „nicht versenkbaren Flugzeugträger“ werden. Nach wie vor hegt Israel Aggressionsgelüste gegen die arabischen Völker. Unter dem Schutz von Camp David wird die US-Militärpräsenz in Ägypten ausgeweitet.

Unter den vorrangigen Aufgaben für eine Normalisierung der Lage im Mittelmeerraum wurden die gerechte und dauernde Regelung der Nahost- und der Zypernkriebe sowie die Annahme effektiver Maßnahmen genannt, um eine weitere Ausbreitung der Atomwaffen zu verhindern. Die Konferenzteilnehmer begrüßten in der Generaldeklaration Leonid Breshnews Vorschlag für den gleichzeitigen Abzug aller kernwaffenbestückten U-Boote und Kriegsschiffe

der UdSSR und der USA aus dem Mittelmeerraum, dafür, diese Region in eine Zone des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu verwandeln.

Von allen unterstützt wurde der Gedanke, den Raum des Indischen Ozeans zu einer Zone des Friedens zu erklären. Die gefährlichen militärischen Pläne des Imperialismus und seine aggressiven Aktionen im Indik zu vereiteln, von der US-Regierung die Beseitigung ihrer Militärstützpunkte auf fremden Territorien und den schnellstmöglichen Abzug der US-Kriegsschiffe aus dem Indischen Ozean, vor allem aus dem Raum des Persischen Golfs und des Arabischen Meeres, zu verlangen — das ist der Wille der Völker, der auf dem Forum von Valletta deutlichen Ausdruck gefunden hat.

Das besondere Interesse galt der Rede des Delegierten Afghanistans, Abdul Sami Gafari, der berichtete, wie sein Volk die Errungenschaften der Aprilrevolution verteidigt und festigt. Wir sehen in unserem Kampf, erklärte er, einen Teil der gemeinsamen Anstrengungen jener, die gegen Unterdrückung und Ausbeutung auftreten.

Die Teilnehmer des Forums bekundeten ihre volle Solidarität mit der afghanischen Revolution und prangerten die Verleumdungskampagne gegen das demokratische Afghanistan an. Niemand kann, wie mir Maurice Suckerman, Sprecher der



AUFRUF AUS BRÜSSEL

Am 20. und 21. März tagte in Brüssel das Internationale Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. An der Tagung nahmen die Vertreter der Öffentlichkeit aus 21 Ländern und von 10 internationalen Organisationen teil, die ihre Besorgnis über die in letzter Zeit erfolgte ernste Verschlechterung der internationalen Lage bekundeten und erklärten, sie wollten alles für die Entspannung tun.

Auf der Tagung wurde das Kommuqué für die Fortführung der Entspannung und der Zusammenar-

beit in Europa verabschiedet. Dort heißt es insbesondere, daß die Versuche, die Ergebnisse der Entspannung, die durch die Bemühungen aller KSZE-Teilnehmerstaaten erzielt worden sind, zunehme zu machen, die Pläne für die Stationierung neuer Atomraketen systeme in Europa, die Verletzung bereits geschlossener Abkommen und der Stopp laufender Verhandlungen die normale Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen, humanitären und sportlichen Beziehungen untergraben.

Der 35. Jahrestag des Sieges über den Faschismus verlangt von der Menschheit die entschiedensten Aktionen für die Bewahrung des Friedens, für die Konsolidierung der politischen Entspannung und

Französischen Vereinigung für Freundschaft und Solidarität mit den Völkern Afrikas, sagte, einem ganzen Volk das Recht zu verwehren, sich selbst gegen die massive Einmischung von außen zu verteidigen und hierzu die Hilfe eines befreundeten Landes, der UdSSR, in Anspruch zu nehmen.

Die Intensivierung des antiimperialistischen Kampfes wird ihren Niederschlag in so bedeutenden internationalen Veranstaltungen finden wie in der Konferenz anlässlich des 25. Jahrestages des historischen Treffens von Bandung, das die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz proklamierte, und in der außerordentlichen Konferenz zum Indischen Ozean und zum Persischen Golf.

Das Forum trat zu seiner Abschlußsitzung in der Aula des internationalen Mittelmeerzentrums zusammen, das die Malteser erst vor kurzem in einer alten Ritterburg von Valletta eingerichtet haben. Dort trafen sich neben den Gästen Vertreter der Öffentlichkeit Maltas — von Parteien, Gewerkschaften, Jugendverbänden und der Armee. Die Tagung gestaltete sich zu einer beeindruckenden Demonstration der Solidarität mit dem mutigen Volk und mit der Regierung Maltas, das vor einem Jahr die Engländer mit ihrem größten Marine- und Luftwaffenstützpunkt im Mittelmeerraum vor die Tür setzte.

W. SCHELEPIN

Eigenbericht

Valletta, im März



DAS FORUM VON DELHI

Die Internationale Konferenz für Frieden und Sicherheit in Asien, die am 25. März in Delhi zu Ende ging (siehe Heft 13), appellierte an die Weltöffentlichkeit, eine breite Kampagne für den unverzüglichen Abzug der US-Kriegsflotte aus der Region des Persischen Golfs einzuleiten und den Völkern dieser Region volle Unterstützung angesichts der in Vorbereitung befindlichen militärischen Intervention zu erweisen. Die Teilnehmer des Forums von Delhi traten ferner für die Beseitigung der imperialistischen Militärstützpunkte im Raum des Indischen Ozeans ein.

Die Deklaration für Frieden und Sicherheit in Asien war das wichtigste Schlußdokument des Forums. Dort fand die tiefe Besorgnis der Friedenskräfte über die Verstärkung der militärischen Macht des Imperialismus in der ganzen Welt, insbesondere über den beispiellosen militärischen Aufmarsch der USA im Indischen Ozean und im Persischen Golf ihren Ausdruck. In der Deklaration heißt es, daß die US-„Eingreiftruppe“ jeden Augenblick den Befehl zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten des Indik-Raums, zur Destabilisierung der demokratischen Regierungen und zur Unterdrückung der revolutionären

und Befreiungsbewegungen erhalten kann.

Die Konferenz verurteilte die Lieferungen amerikanischer und chinesischer Waffen an Pakistan und verwies auf die sich daraus ergebenden Gefahren für die Sicherheit Indiens und der anderen Staaten Südasiens. Die Verschwörung USA—China untergräßt die Stabilität in Asien.

In einer Resolution zu Afghanistan heißt es, daß die USA und ihre Verbündeten die Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes völlig beenden sowie seine Sicherheit und Souveränität respektieren müssen.

In der Resolution zum Iran wurde entschieden gegen die amerikanische Politik des Drucks und der Wirtschaftsblockade protestiert. Die Konferenz, heißt es in der Resolution, unterstützt die nachhaltige Forderung des Volkes des Irans, die Verbrechen des Schahs gegen das Volk und die Beteiligung des US-Imperialismus daran zu untersuchen.

In einer Resolution zu Vietnam, Kampuchea und Laos verlangten die Delegierten die unverzügliche Beendigung der militärischen Provokationen Chinas gegen Vietnam sowie aller Akte der Aggression, der Einmischung und der Subversion gegen Laos und Kampuchea. Die Konferenz appellierte an alle Länder, die Regierung der VR Kampuchea anzuerkennen, ihr den legitimen Platz in der UNO und in anderen internationalen Organisationen zurückzugeben.

Der Präsident des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, betonte mir gegenüber, daß die Konferenz von Delhi eines der repräsentativsten Foren der friedliebenden Öffentlichkeit der letzten Zeit war. Es hat die Entschlossenheit der Völker Asiens zur Verteidigung der Entspannung und die Kraft der internationalen Solidarität mit den Völkern des Iran und Afghanistans demonstriert, hat die allseitige Unterstützung für die heroischen Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea in ihrem Kampf gegen die chinesischen Expansionisten und die US-Imperialisten bekundet. Die Konferenz, sage Romesh Chandra, war ein guter Auftakt für die Ausweitung der weltumfassenden Bewegung gegen die Umtriebe des Imperialismus und der Reaktion in den 80er Jahren, dafür, weitere Millionen Menschen in diese Bewegung einzubeziehen.

S. IRODOW
Eigenbericht

Delhi, im März

„SOLIDARITÄT“ – WORIN?

Genscher warnte, daß diejenigen, die glauben, Europa könne seinen Platz zwischen den USA und der Sowjetunion sichern, sich bald „zwischen den Stühlen“ wiederfinden werden. Diese Behauptung des bundesdeutschen Außenministers wird jetzt in den Reden westeuropäischer Politiker und in der Presse ausgewalzt, meist flankiert von Vorwürfen und sogar von Beschuldigungen gegen die UdSSR, weil sie angeblich einen Keil zwischen die Partner auf beiden Seiten des Atlantiks treiben und deren „Solidarität“ erschüttern wolle.

Zumindest ist es merkwürdig, derartiges von jenen zu hören, die das Weiße Haus bei seinen gegen die UdSSR und gegen das demokratische Afghanistan gerichteten Aktionen, die dem gesamten Komplex der Ost-West-Beziehungen Schaden zufügen, nicht einmal vorher informiert hat. Die jetzigen amerikanisch-westeuropäischen Konsultationen aber erinnern eher an US-Befehle und bisweilen an eine Kopfwäsche, die der Boss den Seinen verabreicht. Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten, erklärte, die westeuropäische Politik der „rhetorischen Einheit und der substantiellen Passivität“ sei für das Weiße Haus nicht akzeptabel. Entweder in Washingtons Fußstapfen marschieren oder sich reuig an die Brust klopfen, da die Gefahr besteht, den durchlauchten Schutz des obersten Lehnsherrn zu verlieren.

Die US-Administration ignoriert einfach, daß die Verbündeten ja ihre eigene Meinung haben können — zu ihrer spezifischen Lage wie dazu, was der Entspannung dienlich sein kann und was nicht. Sie sucht alle um jeden Preis auf einen gefährlichen Weg zu locken, der den zwischenstaatlichen Beziehungen, den Handels- und Wirtschaftskontrakten, den bestehenden Verbindungen in Wissenschaft, Kultur und im humanitären Bereich Abbruch tut.

Welche „Solidarität“ verlangt nun Washington von den Verbündeten? Zumindest werden von ihnen — wir zitieren einen redaktionellen Artikel der „New York Times“ — „größere militärische Anstrengungen verlangt, was es ermöglichen würde, einige amerikanische Truppen und Ausrüstungen freizusetzen und diese in den Raum des Indischen Ozeans zu entsenden“. Doch auch in diesem Fall würden die europäischen NATO-Partner wenn nicht direkte Teilnehmer, so doch indirekt Komplizen der militaristischen Aktionen des Pentagons werden.

Die Wahl, vor der Westeuropa jetzt steht, ist keineswegs das Dilemma Washington oder Moskau. Es geht vielmehr darum, welcher Politik der Vorzug zu geben ist — einer vernünftigen oder einer unvernünftigen Politik. Die Sowjetunion verlangt im Gegensatz zu Washington keine alternative Entscheidung... Sie stellt vielmehr an ihre westeuropäischen Entspannungspartner die einzige, aber entscheidende Frage: Wollen sie auch in Zukunft den Kurs verfolgen, der sich in Europa und in anderen Weltteilen bewährt hat und für Ost wie West von Vorteil ist? Moskau ist nicht darauf aus, die atlantische „Solidarität“ als solche zu untergraben. Warum auch? Doch der UdSSR ist es keineswegs gleichgültig, worauf diese Solidarität gerichtet ist: auf die Fortführung der Entspannung oder aber auf ein Abgehen von der Défense, auf die Festigung alles Positiven in den Ost-West-Beziehungen oder aber auf deren Revision unter dem Aspekt einer Verstärkung der Konfrontation. In der Sowjetunion hätte man gar nichts dagegen, wenn die USA und Westeuropa ihre Anstrengungen bei der friedlichen Zusammenarbeit mit dem Osten vereinen würden, wenn die atlantische „Solidarität“, die Washington so anstrebt, auch die Möglichkeit umfassen würde, den Zick-Zack-Kurs zu korrigieren.

Gewisse Leute meinen, der derzeitige harte Kurs des Weißen Hauses sei ausschließlich gegen die UdSSR gerichtet. Das zu glauben, wäre in höchstem Maße naiv! Washington sucht die europäischen NATO-Länder gegen die UdSSR und deren Verbündete aufzubringen. So wollen die USA die Gegensätze ausnutzen, wobei sie mal die eine, dann die andere Seite unter Druck setzen.

Zwischen zwei Stühlen sitzen ist natürlich alles andere als bequem, doch wohl immer noch besser als Trittbrettfahrer des Pentagons zu sein.

Wladlen KUSNEZOW

Am 22. März flammten in N'Djamena, der Hauptstadt des zentralafrikanischen Staates Tschad, Kämpfe auf. Sie dauerten einige Tage und forderten Pressemeldungen zufolge mehr als 1000 Menschenleben. Viele Viertel der Hauptstadt wurden zerstört. Tausende ihrer Einwohner obdachlos. Das sind die Folgen der erneuten bewaffneten Auseinandersetzungen in dem Bürgerkrieg, der jetzt schon 13 Jahre lang den Tschad erschüttert.

Warum hat sich ein Volk, das im Unabhängigkeitskampf geschlossen war, jetzt in 11 (!) rivalisierende militärisch-politische Gruppierungen aufgespalten? Wer ist Schuld daran, daß alle Regelungsversuche verfeitelt werden?

Der Tschad ist Ende des 19. Jh. bei der Teilung Zentralafrikas zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland entstanden. Mit seinen 1 284 000 km² ist er größer als Frankreich und Spanien zusammen. Doch der Großteil des Landes ist Wüste und Halbwüste.

Die Kolonialherren zogen im Tschad solche Grenzen, daß dort mehr als 140 Stämme und Stammsgruppen leben, die eine Vielzahl verschiedener Sprachen und Dialekte sprechen.

Welche Möglichkeiten eröffnen sich da im Tschad für jene, die eine Politik des „Teile und Herrsche“ verfolgen. Und sie machen von diesen Möglichkeiten Gebrauch, besonders nachdem Frankreich im August 1960 dem Tschad die Unabhängigkeit gewähren mußte. Die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs sind dort nicht sonderlich groß, obgleich dieses Land Experten zufolge über potentielle Öl- und Uranlager verfügt. Von viel größerem Interesse für das ehemalige Mutterland ist die strategische Lage des Tschad im Zentrum Afrikas. Wie die französische Zeitung „Le Quotidien de Paris“ schreibt, „ist der Tschad eine Hauptachse der Globalpolitik Frankreichs in Afrika“. Und nicht von ungefähr befindet sich gerade dort einer der wichtigsten französischen Militärstützpunkte in Afrika mit ständig mehr als 1000 Fallschirmjägern.

Als die Kolonialadministration abdanken mußte, übergab sie die Macht an ihre Marionette, François Tombalbaye, der den Präsidentenposten erhielt. In den 15 Jahren seiner Herrschaft geschah im Grunde nichts, um den Tschad zu einem tatsächlich unabhängigen Land zu machen, die Volkswirtschaft zu entwickeln und das Leben der afrikanischen Bevölkerung zu verbessern. Tombalbaye schuf ein neokolonialistisches, bis aufs Mark korruptes Regime, das den Haß der

NEUE KÄMPFE IN N'DJAMÉNA

einheimischen Bevölkerung hervorrief. 1966 entstand die Nationale Befreiungsfront des Tschad (FROLINA), die sich das Ziel setzte, „das neokolonialistische Regime zu stürzen“. Der Präsident bat — um die FROLINA niederzuschlagen — um die Hilfe französischer Truppen. Doch auch das rettete sein Regime nicht. Im April 1975 kam es in N'Djaména zu einem Umsturz. Tombalbaye wurde ermordet, und an die Macht kam der Oberste Militärrat unter Brigadegeneral Malloum.

Die neuen Behörden erstrebten verbal die nationale Versöhnung, doch in Wirklichkeit suchte Malloum, wie sein Vorgänger die FROLINA-Armee zu schlagen, ohne jedoch dazu in der Lage zu sein. Um die Offensive des Gegners aufzuhalten, bat er gleichfalls die französischen Truppen um Hilfe — doch auch das bewirkte keinen sichtbaren Erfolg.

Um eine Versöhnung zu erreichen, wurde im August 1978 — nach einem ganzen Jahr Vorarbeit — ein Abkommen, die Grundcharta, veröffentlicht. Das Abkommen unterschrieben der Oberste Militärrat und der Kommandorat der Streitkräfte des Nordens (CCFAN). Seit Entstehung der FROLINA ist es immer wieder zu Spaltungen gekommen, die dazu führten, daß sich bis heute neun Gruppierungen losgelöst haben. Der CCFAN unter Führung Habrés ist eine von ihnen.

Die Grundcharta sah vor, daß der Militärrat die Macht an eine Regierung unter Habré übergibt und Malloum Staatschef bleibt.

Doch Habré und Malloum gelang es nicht, Frieden zu schaffen. Wegen ihrer Differenzen flammten im Februar 1979 erneut Kämpfe auf: Damals kamen Schätzungen zufolge mehr als 10 000 Menschen ums Leben. Dieses Blutbad erschütterte ganz Afrika. Da alle früheren Versuche, im Tschad durch Vermittlung französischer Diplomaten für Frieden zu sorgen, den Bürgerkrieg nicht zu beenden vermochten, schalteten sich die Nachbarstaaten des Tschad ein. Nachdem sie von der OAU dazu beauftragt waren, brieften die Regierungschefs dieser Länder im August 1979 eine Konferenz nach Lagos (Nigeria) ein, auf der man versuchte, die 11 militärisch-politischen Gruppierungen des Tschad zu versöhnen.

Das Abkommen von Lagos sah vor, eine Übergangsregierung der nationalen Einheit zu bilden. Sie sollte innerhalb von 18 Monaten demokratische Wahlen durchführen, die Entmilitarisierung N'Djaménas

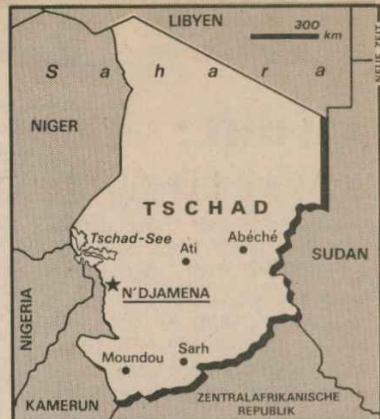
durch den Abzug aller bewaffneten Formierungen, die Freilassung der Kriegsgefangenen durch alle Seiten und vor allem den Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad erreichen. Dem Lagos-Abkommen zufolge „waren alle Seiten darin einig, daß die weitere Anwesenheit französischer Truppen die wirkliche Aussöhnung und Lösung der Tschad-Frage stört.“

Das Abkommen wurde in Afrika befriedigt aufgenommen. Man konstatierte, daß es eine gute Grundlage für die Versöhnung der rivalisierenden Gruppierungen und für die Beendigung des Bürgerkriegs geschaffen hat — zumindest schien das anfangs so. Als die tschadischen Konferenzteilnehmer aus Lagos nach N'Djaména zurückkehrten, wurden sie von einer begeisterten Menschenmenge begrüßt. Die Führer der militärischen Gruppierungen erklärten, sich strikt an das Abkommen halten zu wollen.

Die Übergangsregierung wurde nach langwierigen Verhandlungen am 10. November 1979 gebildet. Ihr Chef wurde Wedeye Goukouni, Führer der einflußreichsten Gruppierung FROLINA — Volksstreitkräfte. Zu seinem Stellvertreter wurde Kamougue ernannt, der Führer einer Gruppierung, die aus Überresten der Regierungsmiliz entstanden ist. Verteidigungsminister wurde der CCFAN-Chef Habré.

Alle rivalisierenden Gruppierungen waren am Lagos-Abkommen beteiligt. Doch die von ihnen gebildete Übergangsregierung hatte die reale Macht nur in der Hauptstadt, wo man mit der Aufstellung einer Militärgendarmerie aus den bewaffneten Formierungen der verschiedenen Gruppen begann, die Goukouni als „Vorboten einer zukünftigen vereinigten Nationalarmee“ bezeichnete. Das übrige Territorium blieb nach wie vor zwischen den Gruppierungen aufgeteilt, deren Beziehungen immer noch feindselig sind — trotz des von ihren Führern erreichten Abkommens.

Am 19. Januar wurde bei einem Treffen der Führer aller Gruppierungen und ihrer Stabschefs beschlossen, die Entmilitarisierung N'Djaménas bis zum Mittag des 5. Februar abzuschließen. Doch in den ersten Februartagen verschlechterte sich die Lage in der Hauptstadt erneut. Entgegen dem Entmilitarisierungsabkommen trafen in der Hauptstadt Verstärkungen für die CCFAN unter Habrés Kommando ein. Das Kräfteverhältnis begann sich zu seinen Gunsten zu



verändern. Da rief Goukouni einen Teil seiner Armee zurück, die er zuvor aus der Hauptstadt abgezogen hatte. Auch die Truppen anderer Gruppierungen kehrten zurück.

Die widersprüchlichen Meldungen erlauben kaum ein Urteil darüber, wer denn der eigentliche Verantwortliche für die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen ist. Für die Beobachter ist es von viel größerem Interesse, daß dieses erneute Aufbrechen des Bürgerkrieges im Tschad mit den Verhandlungen über den Abzug der französischen Truppen gemäß dem Lagos-Abkommen zeitlich zusammenfällt. Kurz vor Beginn der Zusammenstöße vom März in N'Djaména verbreitete die Botschaft des Tschad in Paris ein Kommuniqué, in dem der „Wunsch der Übergangsregierung der nationalen Einheit betont wurde, durch bilaterale Verhandlungen die praktischen Fragen des Abzugs der französischen Truppen zu regeln“.

Frankreichs Reaktion auf diesen „Wunsch“ ist nicht bekannt. Gerade zu diesem Zeitpunkt meldete die französische RechtsPresse, die Lage im Tschad spitzte sich erneut zu und man könne mit einer Neuauflage der Kämpfe vom Februar 1979 rechnen. In N'Djaména, wo nach Unterzeichnung des Lagos-Abkommens die ersten Schritte zu einer Normalisierung eingeleitet wurden, kam es wieder zu Blutvergießen. Natürlich wurde in dieser Lage der Abzug der französischen Soldaten aus dem Tschad verschoben. Seine Führer hatten jetzt wichtigeres zu tun — den bewaffneten Konflikt zu beenden. In der ersten Woche seit Ausbruch der Kämpfe schlossen die rivalisierenden Gruppen wiederholt Waffenstillstandsvereinbarungen. Doch jedesmal wurden diese Vereinbarungen verletzt, bevor sie überhaupt in Kraft traten.

In den Hauptstädten Afrikas meint man, der Waffenstillstand im Tschad könnte nur dann dauerhaft sein, wenn er den Ausgangspunkt für die volle Erfüllung des Lagos-Abkommens bildet.

A. MATWEJEW

JAWOHL!

Eine familiäre Krise, Sympathien für die Frau eines befreundeten Offiziers. Doch damit wurde man fertig, ohne daß eine Ehe zerbrach. All das geht Außenstehende eigentlich nichts an — um so mehr, da sich dies schon vor vier Jahren abspielte.

Warum aber ließen sich bundesdeutsche Blätter darüber aus?

Die Rede war von Bundeswehrgeneral Bastian, dem früheren Kommandeur der 12. Panzerdivision. Er hat den Zorn des Verteidigungsministeriums auf sich gezogen, als er öffentlich seine Ablehnung des NATO-Beschlusses bekundete, neue Atomraketen in der Bundesrepublik zu stationieren, und feststellte, daß das sowjetische Militärpotential defensiven Charakters ist.

Daß man dem General diese „Ketzerei“ nicht verzeihen würde, war von vornherein klar. Doch daß die Treibjagd auf ihn derart schmutzige Formen annimmt, hatte wohl kaum jemand selbst vom Bonner Verteidigungsministerium erwartet.

Nachdem man Bastian öffentlich geschockt und strafversetzt hatte, versuchte man, gegen ihn auch seine Frau einzusetzen, die gleichfalls für das Verteidigungsministerium tätig ist. In einem offiziellen Brief wurde ihr be-

deutet, daß sie sich, wenn sie ihre Tätigkeit nicht verlieren wolle, von ihrem Mann distanzieren solle. Als das Erpressungsmanöver wirkungslos blieb, wurde die „Verletzung der moralischen Normen“, in der Bundeswehr ein „Dienstvergehen“ aufgewärmt. Bastian droht die Entlassung möglicherweise sogar ohne Pensionsansprüche. Die „Süddeutsche Zeitung“ brachte folgende Karikatur: Ein hoher Bundeswehroffizier befiehlt seinem Untergebenen: „In Sachen Bastian fehlt noch ein einwandfreier Diebstahl, verstanden? „Jawohl“, kommt die Antwort...

K. KARAGESIAN

Bonn

Eigenbericht

IM „GNADENHOF“

Tierfreunde haben in vielen Ländern „Gnadenhöfe“ eingerichtet.

Die Tierliebe in allen Ehren — doch gewisse Kreaturen brauchen keinen „Gnadenhof“, da sich ja das Weiße Haus um das Wohlergehen der Seinen kümmert. Und diese rührende Fürsorge kennt keine Grenzen — kann sie ja die ihr Anvertrauten in einem Augenblick von Marokko in die USA, dann nach Pana-



Auf einer Bank

Aus „Paris Match“ (Frankreich)

WESTEUROPAISCHE REGATTA

Die Verlegung der Tagung des Europäischen Rates — der Gipfelkonferenz der EG-Länder —, die für den 31. März in Brüssel angesetzt war, hat erneut schwerwiegende Differenzen gezeigt.

Die Forderung Londons nach einer Kürzung seines „zu hohen“ Beitrags zur EG-Kasse, wogegen Paris

entschieden protestiert, die Weigerung des Europäischen Parlaments, diesen Haushaltsentwurf zu bestätigen, der akute Streit über die Aufkauftypen für Agrarprodukte vor dem Hintergrund der Bauernproteste gegen die EG-Landwirtschaftspolitik — das sind weitaus noch nicht alle EG-internen Streitfragen. Die westeuropäischen „Integrationsverfechter“ paddeln in verschiedene Richtungen.

Zeichnung: W. TSCHAKIRIDIS



VERGESSLICH

Ende März hielt sich BRD-Verteidigungsminister Apel zu einem dreitägigen Besuch in Japan auf. Der Gast geizte nicht mit Appellen, wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf die UdSSR auszuüben, und sprach sich für die Festigung der militärischen Zusammenarbeit BRD-Japan angesichts der „sowjetischen Bedrohung“ aus. Und er fand dankbare Zuhörer. Hat ja nicht von ungefähr zur gleichen Zeit Hosoda, der Leiter des japanischen Verteidigungsamtes, den Absolventen der Militärakademie den Gedanken einer „verstärkten potentiellen Bedrohung“ Japans durch die UdSSR suggeriert.

Allein eine starke Verteidigung und

ma und von der
ischen Insel Conta
Kairo versetzen.
Reiseroute hat
Reza Pahlavi zu

Wenn man gew
in Washington
können man de
seien bedeutende
zialisten geword
mindest wenn es
Milz des Schahs
arme Schah sei
nur ägyptische Ä
ten ihm helfen. L
verschwiegen m
nicht panamaisc
und nicht einen
amerikanische
sondern der Ban
kefeller und Exa
ster Kissinger,
Schah so lieb
treuen, ihm „ei
empfohlen hatte
Ägypten zu geh
schah mit Wissen
ligung des Weiße

Ja, ja — die d
te Milz; Letztendl
ägyptische Ärzte
fern. Eine Au
des Schahs und
ständnisse könnte
„Ansehen“ gewi
treter der Adm
Abbruch tun — u
einem Wahljahr
deshalb hat ma
Schah ein mehr o
ger zuverlässiges
sucht und gefun

gleichgewicht könnten zu einem Westens bei den Verhandlungen der UdSSR und den Ländern führen, tonte Apel und fügte hinzu, er hoffe, Japan werde internationale Rolle zu spielen wissen brauche einen besonderen Perspektivplan. Auf der folgenden Pressekonferenz appellierten sogar an Japaner und Bundesdeutschmilitärischen Bereich voneinander.

Marxisten in der BRD und in Japan in ihren „Studien“ auch die Gefahr vergessen, und zwar wie die Ambitionen für beide Seiten aben.

N. LOSSINSKI

NICHT GEFACKELT...

„Mit Kuba abrechnen“ — so militant benannte die „Koalition für eine demokratische Mehrheit“, die der Demokratischen Partei nahe steht, ihr kürzlich in der US-Presse veröffentlichtes Manifest. Seine Verfasser sind alles andere als originell. Bereits zwei Jahrzehnte über Washington politischen Druck aus und hält an seiner Wirtschaftsblockade fest, ganz zu schweigen von zahlreichen Diversionsakten und Propagandaattacken.

Das Manifest enthält 15 Empfehlungen — darunter auch den Appell, Kuba an seiner Afrikahilfe zu hindern, die Ausheckung von Plänen für eine neue militärische Intervention, die Verbreitung subversiver Schriften und die Anweisung an US-Diplomaten, einen Keil zwischen Kuba und der UdSSR zu treiben.

Alte Hüte? Hier etwas Neues: „Von der Administration organisierte Rundfunksendungen, um auf Kuba regierungsfreindliche Stimmungen zu schüren“. Die „Koalition“ hat sogar schon einen Namen parat — „Radio Free Cuba“.

Bei der Namensgebung hat man offenbar nicht lange gefackelt: Wie viele Jahre strahlt nun das in München stationierte „Radio Free Europe“ seine vorsätzlichen Falschinformationen und Verleumdungen aus. Dadurch und durch seine engen Beziehungen zur CIA hat der berüchtigte Subversionssender für Skandale gesorgt.

Die Verfasser des „Manifests“ wollen dessen ungeachtet ihren subversiven Rundfunksender auf solchem „kulturellen, schöpferischen und professionellen Niveau wie „Radio Free Europe“ haben.

I. CHUSEMI



ALLTAG IN ROM

Das Foto zeigt ein weiteres Opfer der italienischen Neofaschisten — den 30jährigen Koch Lucio Allegretti, der im März „aus Versehen“ ermordet wurde: Banditen hatten ihn für einen Antifaschisten gehalten.

Allein vom Januar bis November 1979 wurden in Italien 1530 Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen und Überfälle verübt. 33 Personen kamen ums Leben, ca. 200 wurden verletzt.

Der „Mord aus Versehen“ hat ein weiteres Mal gezeigt, daß die Behörden nicht in der Lage sind, mit den profaschistischen Gruppierungen und den „Roten Brigaden“ aufzuräumen, denen es gemeinsam darum geht, die Spannungen zu eskalieren.

A. B.

KRIEGSPSYCHOSE

Wie die österreichische „Volksstimme“ meldete, wurde kürzlich eine Gruppe von NATO-Experten damit beauftragt, zu untersuchen, welche Folgen ein atomarer Konflikt für Westeuropa haben würde.

Die Experten ließen sich in ihrem umfassenden Bericht über die entsetzlichen Folgen aus. 250 Millionen Einwohner Westeuropas würden keinen Schutz haben, und viele Millionen würden auf der Stelle umkommen.

Während im ersten Weltkrieg auf je 20 gefallene Soldaten ein Zivilist kam, war dieses Verhältnis im zweiten Weltkrieg 1:1. Bei einem atomaren Konflikt würden auf einen gefallenen Soldaten

Hunderte von Zivilisten kommen.

Doch der Frieden kann bewahrt werden. Man braucht nur das atomare Wettrüsten zu stoppen und die Gefahr eines militärischen Konfliktes für immer abzuwenden. In dem NATO-Papier jedoch wurde diese einzige vernünftige Alternative übergangen. Statt dessen wird vorgeschlagen, sich verstärkt auf einen Atomkrieg vorzubereiten und mehr Geld für den Bunkerbau bereitzustellen — siehe USA.

Die NATO-Forscher mit all ihrer „Objektivität“ wollen nur die Kriegspsychose anheizen — etwas anderes war von ihnen ja auch kaum zu erwarten.

R. KRESTJANINOW

PLANMÄSSIGER TERROR

Eben in jenen Tagen des Jahres 1975, als ein Ausschuß des US-Senats die Geheimoperationen der CIA untersuchte, bereitete der US-Spionagedienst den Mord am Präsidenten von Bangladesch, Mujibur Rahman, vor — das schrieb kürzlich die Zeitschrift „India To-Day“.

Der Terror ist nach wie vor das bevorzugte Instrument der US-Geheimdienste. Ende März warnte die indische Nachrichtenagentur PAI vor in Langley geplanten Terroranschlägen gegen führende Politiker asiatischer Staaten, die nicht nach Washingtons Gusto sind. Einige dieser Operationen standen kurz vor ihrer Verwirklichung. Im Dezember 1979 wurde auf den Philippinen eine von der CIA inspirierte Verschwörung aufgedeckt, bei der der Präsident Marcos und Mitglieder seiner Familie getötet werden sollten.

W. TSCHERNOW

Beitrag zur Modernisierung

Mr. Alex Miller, Präsident einer New Yorker Firma, die Kleinaktionäre betreut, war schrecklich abgehetzt. In den wenigen Tagen seines Aufenthalts in London hatte er mit 600 Kunden zu sprechen — und zudem waren seine Adressen auf dem Stand von vor 30 Jahren. Doch Mr. Miller scheute keine Mühe, um den Kunden die freudige Nachricht höchstpersönlich zu bringen: Aktien, die diese schon seit langem abgeschrieben haben, werden ihnen nicht geringe Dividenden bringen.

Der New Yorker Geschäftsmann suchte Aktionäre der „Shanghai Power“ auf, einen der 1949 in der VR China verstaatlichten Konzerne, deren ausländische Kapitaleinlagen sich Peking kürzlich zu bezahlen erbot. Der Londoner „Financial Times“ zufolge, werden die Pekinger Führer in ihrem Eifer, das Wohlwollen westlicher Geldgeber zu finden, den Aktionären der ehemaligen chinesischen Firmen eine Entschädigung von 80 Mio Dollar zukommen lassen. So hofft man, neues Auslandskapital nach China zu locken.

P. ANDREJEW

HIER ARBEITETE LENIN

LONDON: LESEKARTE A 72453

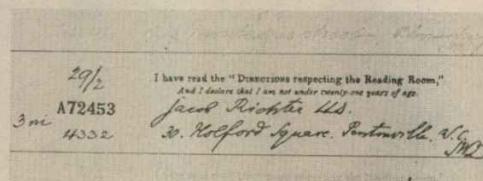
Die Räumlichkeiten in dem bescheidenen kleinen Haus, in dem Lenin 1902 die „Iskra“ redigierte, beschrieb er 11 Jahre später folgendermaßen: „Die englischen Sozialdemokraten mit Quelch an der Spitze stellten bereitwilligst ihre Druckerei zur Verfügung. Quelch selber mußte deswegen etwas zusammenrücken: Für ihn wurde an Stelle des Redakteurzimmers in der Druckerei durch eine dünne Bretterwand eine Ecke abgeteilt. In dieser Ecke hatten ein ganz kleiner Schreibtisch, ein Bücherbord darunter und ein Stuhl Platz. Wenn der Schreiber dieser Zeilen Quelch in seinem ‚Redakteurkabinett‘ besuchte, war für einen zweiten Stuhl schon kein Platz mehr.“

Ich stieg die schmale Holztreppe zum ersten Stock hinauf und stand in diesem kleinen Raum. Hier ist alles so wie vor 78 Jahren: Schreibtisch, Bücherbord, der Ausblick auf die Mauer des Nachbarhauses durch das schmale Fenster, das fast kein Licht hereinläßt. Hier fühlt man sich hineinversetzt in das Milieu, in dem Lenin arbeitete.

Die Briten verstehen es ausgezeichnet, Vergangenes wachzuhalten. Das hier ist kein Museum, sondern ein Stück Leben.

Jetzt beherbergt die damalige Druckerei und Redaktion der „Justice“ und der „Iskra“ eine Bücherei für Arbeiter und für Mitglieder der KP Großbritanniens. Sie ist nicht umfangreich, aber vorzüglich zusammengestellt. Auch sowjetische Schriftsteller sind da. Viele Bücher sind Schenkungen, auch diese. Die Bücherei wird mit kleinen Beiträgen und mit Spenden unterhalten. In dem bescheidenen Lesesaal im Erdgeschoß werden Vorträge und Zusammenkünfte mit prominenten Persönlichkeiten veranstaltet.

Seinerzeit gefielen solche Londoner Lesezimmer für Arbeiter Lenin sehr gut. Er und Nadescha Krupskaia siedelten im April 1902 aus München nach London über, nachdem deutsche und zaristische Polizeispitzel der „Iskra“ auf die Spur gekommen waren. Harry Quelch, der Chefredakteur der fortschrittlichen „Justice“, half, die Herausgabe der „Iskra“ in London in Gang zu bringen. Unter dem Namen Richter mieteten Lenin und seine Frau zwei unmöblierte Zimmer im Zentrum, unweit des Stadtbahnhofs King's Cross Road. In seinen Erinnerungen schreibt Nikolai Alexejew, der damals als Emigrant in London



lebte, die Vermieterin habe über die „allzu schlichte Einrichtung“ gestaunt, die sich ihre Untermieter zulegten. Sie bestand aus Tischen, Stühlen, Betten und Bücherborden. Besonders vermißte sie die Gardinen und den Trauring bei Nadesha Krupskaia. Erst als sie sich überzeugt hatte, daß die Untermieter anständige Leute sind, beruhigte sie sich.

Das Ehepaar ging in seiner Freizeit gern in den Hyde Park oder fuhr nach außerhalb. Besonders gefiel es ihm auf dem Prime Rose Hill. Von dort hat man auch jetzt über die Gärten hinweg einen schönen Ausblick auf London. In nächster Nähe liegt der Friedhof Highgate, auf dem Karl Marx beigesetzt

ist, an dessen Grabe Lenin und seine Frau oft weilten.

Sehr schnell eignete sich Lenin die Umgangssprache an. In Zeitungen suchte er Anzeigen über Versammlungen oder Diskussionen in Arbeitervierteln, wo weniger Aufwand herrschte und sich führende Funktionäre selten sehen ließen. Er kommt, setzt sich in eine der ersten Reihen und hört aufmerksam zu. „Die Anwesenden sind waschechte Sozialisten.“

Der Redner bringt oft Gemeinplätze vor, ergreift aber ein Arbeiter das Wort, so packt er den Stier bei den Hörnern und legt das eigentliche Wesen der kapitalistischen Ordnung bloß“, sagte er.

Sehr bald fand sich Lenin in London zurecht und versetzte alte Londoner mit seiner Fähigkeit in Erstaunen, Wegkürzungen zu finden, wenn er zu Fuß ging. Er kletterte manchmal gern aufs Verdeck eines Londoner Doppelstockbusses und fuhr durch die Straßen dieser Riesenstadt, deren Leben und Kontraste er genau beobachtete. Nadesha Krupskaia schildert in ihren Erinnerungen, wie er beim Anblick der gepflegten Anlagen, berankten Villen und daneben der schmutzigen

BERLIN: DER BERÜHMTESTE LESER

Im Zentrum Berlins, am Bebelplatz, steht ein Haus, das die Berliner wegen seiner Bauart die Kommode nennen. Eine Tafel am Hauptportal besagt folgendes: „Lenin arbeitete im Jahre 1895 in diesem Gebäude. Ehemals Königliche Bibliothek“.

In jenem Jahr reiste Lenin im Auftrag der illegalen marxistischen Zirkel in Rußland zum ersten Mal nach Genf und Paris, um Verbindung mit der Gruppe Befreiung der Arbeit und mit der Arbeiterbewegung Westeuropas aufzunehmen. Auf der Heimreise nahm der junge Revolutionär über sieben Wochen in Berlin Aufenthalt. Hier traf er mit den Führern der deutschen Sozialdemokraten zusammen, wohnte einer Arbeiterversammlung bei und sah sich im Theater Hauptmanns „Weber“ an. Er arbeitete viel in der Königlichen Bibliothek, die jetzt die Deutsche Staatsbibliothek ist.

Unter dem 14. August 1895, Nr. 11 fand sich im Leserregister folgende

Eintragung: „Uljanow, Wladimir Iljitsch, Rechtsanwaltsassistent, Berlin-Moabit, Flensburger Straße 12.“ Die Eintragung war von Lenin gegenzeichnet.

Seine Lesekarte berechtigte ihn zur Benutzung von vier Lesesälen. Dank den Forschungen, die sowjetische Historiker 1925 in Berlin anstellten, sind Einzelheiten über Lenins Arbeit in der Bibliothek bekannt. Er besuchte meistens den Großen Lesesaal. In den fünf Wochen, die der Gast aus Rußland in der Bibliothek arbeitete, benutzte er mindestens zwölf Werke, darunter solche von Marx und Engels und Bücher über die Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland sowie über soziale und wirtschaftliche Fragen, die unter dem Zarismus bestanden. Über „Die heilige Familie“ von Marx und Engels fertigte er ein 36 Seiten langes Konzept an.

Die 1661 gegründete Königliche Bibliothek in Berlin war zu Anfang des

Gassen, in denen Arbeiter hausten, Wäsche aufgehängt war und auf dem Pflaster magere, blasser Kinder spielten, immer wieder sagte: „Two nations!“ — „Zwei Nationen!“ Noch jetzt, nach 78 Jahren, kann man auf dem modernisierten Doppelstockbus durch London fahren und, wenn man zu Fuß geht, die gleichen, wenn nicht noch schlimmere Kontraste feststellen, besonders in den Vierteln, in denen Farbige wohnen.

Die Wohnung der Uljanows alias Richters befand sich nicht weit vom Britischen Museum. Das war bequem, denn Lenin brachte die Vormittage gewöhnlich in einem Lesesaal dieser Buchschatzkammer zu, wo seinerzeit auch Marx gearbeitet hatte.

Ohne einen Lageplan kann man sich im Britischen Museum leicht verirren. Die Säle haben eine Gesamtfläche von 60 000 m². Als Brücke zwischen dem eigentlichen Museum und der Bibliothek dient die Handschriftenabteilung im Erdgeschoß beim Hauptportal. Hier finden sich Schriften in allen westlichen Sprachen, angefangen von griechischen Papyrusrollen aus dem 3. Jahrhundert v. u. Z. bis zu modernen Werken.

Wie das Museum selbst, so wurde auch die Bibliothek im Jahre 1753 gegründet. Anfangs war das die private Büchersammlung von Sir Hans Sloane, einem bekannten Arzt des 18. Jahrhunderts. Jetzt zählt sie über 9 Millionen Bände. Diese nehmen Regale mit einer Gesamtlänge von 110 Meilen ein.

In dem berühmten Hauptlesesaal braucht man eine Sondergenehmigung, um ihn und nur in Begleitung eines Diensthabenden zu betreten. Meine Fragen schreibe ich auf Zettel, man darf dort nicht einmal flüstern. Der Rundsaal ist von einer hohen Kuppel gekrönt. Von der Mitte gehen strahlenförmig 401 Plätze aus. Sie sind bequem, ausreichend getrennt und günstig beleuchtet. In den offen zugänglichen Regalen stehen in bestimmter Ordnung Tausende Nachschlagebücher. Die übrigen Bücher werden auf Bestellung ausgefolgt. Man bekommt sie direkt auf den Tisch geliefert. Jeder Leser hat seinen festen Platz.

Ich schreibe: „Wer darf hier arbeiten?“ Als Antwort bekomme ich eine Aufzählung der Regeln. Für die meisten ist der Lesesaal gesperrt.

Als Einlaßschein dient die Lese-karte, die nicht so einfach zu bekommen ist. Man muß nachweisen, daß man für Forschungen Schriften braucht, die sonst nirgends erhältlich sind. Außerdem muß ein Empfehlungsschreiben und eine Bürgschaft von einer Person beigelegt sein, die eine gewisse Stellung in der Gesellschaft einnimmt. Diese Regeln waren genauso auch 1857, als der Saal eröffnet wurde. Ebenso im April 1902, als Lenin — Jacob Richter — an den Leiter des Britischen Museums ein Gesuch schrieb, ihm eine Lesekarte zum Besuch des Saals ausstellen zu lassen, wo er die Agarfrage studieren wolle. Die beigelegte Empfehlung war vom Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes, Mitchell, ausgestellt. Die Prozedur mußte wiederholt werden,

22. April — 110. Geburtstag W. I. Lenins

weil Mitchells Adresse nicht im Adressbuch stand. Nach einem zweiten Empfehlungsschreiben bekam Lenin vom Direktor des Britischen Museums die Nachricht, er könne die Lese-karte nach Vorweisung dieses Schreibens bei einem Angestellten des Lesesaals bis spätestens in sechs Monaten in Empfang nehmen. Am 29. April 1902 quittierte Lenin unter dem Namen Richter den Empfang der Karte in einem Buch und bekam sie. Die Karte trug die Nummer A 72453.

Ich schreibe: „Könnte ich das Buch einsehen oder noch besser eine Kopie der Seite bekommen?“

Mein Begleiter nickt. Und nun meine letzte Frage: „Welches war Lenins Platz?“ Er nimmt mich bei der Hand und führt mich hin.

J. KNORRE
Eigenbericht

London—Moskau



Die ehemalige Königliche Bibliothek in Berlin, wo Lenin 1895 arbeitete. Jetzt studieren hier Studenten der Humboldt-Universität.

20. Jahrhunderts eine von den führenden Bibliotheken der Welt. Im Jahre 1890 umfaßte sie rund 800 000 Bände. Kurz vor dem ersten Weltkrieg zog sie in den Neubau Unter den Linden um, in dem sie sich noch jetzt befindet.

Frau Friedhilde Krause, die Generaldirektorin der Deutschen Staatsbibliothek, sagte mir folgendes: „Leider ist nichts über die Arbeit Lenins in unserer Bibliothek erhalten geblieben. Im zweiten Weltkrieg gingen viele Bücher verloren, das neue Gebäude und auch

die alte Kommode wurden schwer beschädigt. Das Register, in das Lenin und die Bücher, die er benutzte, eingefangen waren, ist verschwunden.“

Gegen Kriegsende wurden die Bücher aus der Bibliothek fortgeschafft und in verschiedenen Landesgegenden in mehr als 30 Geheimverstecken untergebracht. Als die Kämpfe um Berlin abgeflaut waren, bezogen sowjetische Soldaten vor der Bibliothek Wache, damit die Restbestände nicht entwendet wurden. Am 12. Juni 1945 wurden die Instandsetzungsarbeiten fertig.

Das war eine schwere Zeit. Es fehlte an Wagen zur Beförderung der Bücher, der Baustoffe und des Heizmaterials. Sehr viel haben uns Offiziere der sowjetischen Militärverwaltung geholfen. Sie schalteten sich in die Suche nach den verlorengegangenen Büchern ein, sorgten für ihre Beförderung und für die Verpflegung des Personals.“

Am 1. Oktober 1946 wurde die Bibliothek wiedereröffnet. Es war gelungen, etwa 800 000 Bücher zusammenzubringen. Noch jetzt fehlen aber 1,8 Millionen Bände, die die Amerikaner nach dem Krieg in westdeutschen Verstecken fanden. Sie werden wieder-

rechtlich in der BRD und in Westberlin aufbewahrt.

Jetzt nimmt die Deutsche Staatsbibliothek mit ihren fünf Millionen Bänden wieder ihren Platz unter den führenden Büchereien der Welt ein. Weiter sagte Frau Krause:

„Wir sind stolz darauf, daß Lenin in unserer Bibliothek gearbeitet hat. Seit ihrer Wiederherstellung sammelt sie Werke Lenins und Schriften über ihn und propagiert die Ideen des Marxismus-Leninismus. Lenin hat den Bibliotheken immer große Bedeutung für die Förderung der Wissenschaft und Kultur beigemessen.“

Ich verabschiedete mich, überquerte die Linden und ging die Auffahrt der alten Kommode hinauf, die jetzt den Studenten der Humboldt-Universität eingeräumt ist. Im ersten Stock betrat ich den Lenin-Lesesaal. Dem Eingang gegenüber befindet sich ein großes Buntglasfenster, auf dem in Lebensgröße der berühmteste Leser dieses Saals dargestellt ist.

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Berlin

PERSISCHE MÄRCHEN AUS DEM PENTAGON

Generalleutnant Prof. Wassili PETRENKO

Beim Aufrüsten der USA gilt dem Indik ein besonderes Augenmerk. Dort befinden sich jetzt über 30 Kriegsschiffe der USA mit Atomraketen an Bord. Eine fast 2000 Mann starke Marineinfanterie-Einheit ist dorthin verlegt worden. Regelmäßig wird die Region von strategischen Bombern überflogen. Abgesandte des Pentagon und des Staatsdepartements suchen im Nahen und Mittleren Osten neue Militärläufpunkte und Magazine für Waffen.

Ihr Vorgehen stellt die US-Regierung als eine Antwort auf den iranisch-amerikanischen Konflikt und auf die Geschehnisse in Afghanistan hin. Es ist aber ganz klar, daß sie das alles nur als Vorwand für die Aufstockung der militärischen Präsenz im Raum des Persischen Golfs mit seinen kolossalen Öl-vorkommen benutzt.

Schon lange zerbrechen sich die Pentagon-Strategen den Kopf darüber, wie sie die ölfreichen Gebiete an sich bringen könnten. Schon 1975, lange vor den Geschehnissen im Iran und in Afghanistan, wurde ein Plan aufgestellt, der besagt, daß der Küstenstreifen von Kuwait bis Katar mit Israels Hilfe besetzt werden soll. Der Plan wurde von Schlesinger gebilligt, als er noch Verteidigungsminister war. Im August 1977 sanktionierte Präsident Carter die Aufstellung der Eingreiftruppe, die vor allem für die Besetzung der Ölreviere am Persischen Golf bestimmt ist. Zugeleich wurden an der Harvard-Universität im Auftrag von Brzezinski, dem Sicherheitsberater des Präsidenten, außenpolitische Schemata erarbeitet, in denen untersucht wird, wie die Öl-schätze des Nahen und Mittleren Ostens unter die Kontrolle der USA gestellt werden könnten.

„Varianten“ eines Einsatzes der Eingreiftruppe wurden in der Presse erörtert. Im Mai v. J. — wir wiederholen: lange vor der Sache mit den amerikanischen Geiseln und der Hilfeleistung sowjetischer Truppen an Afghanistan — brachte die Zeitschrift „Fortune“ einen Artikel von Juan Cameron über fünf

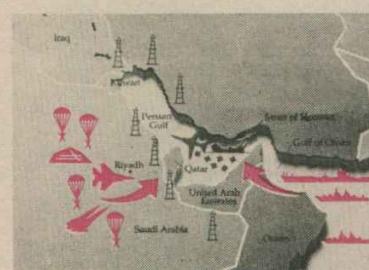
„Situationen“, in denen das Pentagon seine „Stoßkräfte“ im Nahen Osten einsetzen werde.

„Situation“ Nr. 1: bei Unruhen in Saudi-Arabien, die die ununterbrochenen Öllieferungen gefährden könnten. Was tun da die USA? Auf Befehl des Präsidenten alarmiert das Pentagon die



82. Fallschirmjäger- und die 101. Luftlandedivision mit dem Auftrag, „die Unruhen niederzuschlagen“. Zu der Operation werde das Pentagon auch die Flugzeuge heranziehen, die auf den nahen Stützpunkten stationiert sind; ferner die „grünen Barett“, die sich in Vietnam „mit Ruhm bedeckt haben“. Cameron schätzt, alle diese Interventionskräfte würden in höchstens drei Tagen „reagieren“ können.

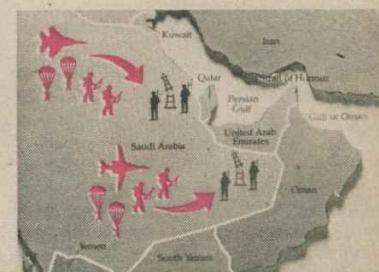
„Situation“ Nr. 2: bei einem „Sperren der Straße von Hormus durch Versenken eines Supertankers in seiner Fahrrinne und durch Verminen; ferner bei Aktio-



nen von Aufständischen in Oman“. In solchen Fällen werde das Pentagon außer der genannten 82. Division die im Indik stationierte Kriegsflotte, die Luftwaffe und Fliegerabwehrtruppen von Stützpunkten in dieser Region aus zum Ein-

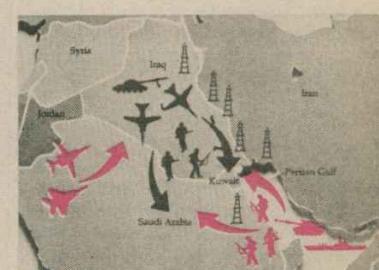
satz bringen. Sie würden die „Rebeln“ aufreiben und an der Küste der Straße von Hormus Häfen und Stützpunkte besetzen, während Minenräumboote und Hubschrauber die Straße von Minen säubern und den Supertanker heben würden.

„Situation“ Nr. 3: bei einer Weigerung Saudi-Arabiens, den USA Öl zu liefern. Die USA würden dann jede Hilfe an Er-Riad einstellen, vor allem die militärische. Da die Armee der Saudis größtenteils amerikanische Waffen habe, solle die Lieferung von Munition, Ersatzteilen und anderem Heeresgut eingestellt werden, was sie, nach Camerons Ansicht, sehr bald schwächen und „ihre Luftwaffe schon in ein paar Wochen einsatzunfähig machen“ werde. Dann beginne die zweite Phase des



„Reagieren“: Die 82. und die 101. Division schlagen mit Unterstützung der Luftwaffe die saudischen Streitkräfte, besetzen sämtliche Ölquellen und gewährleisten eine Wiederaufnahme der Öllieferungen an die USA.

„Situation“ Nr. 4 betrifft einen provokatorischen Einfall des Iraks in Saudi-Arabien oder Kuwait. Das „Reagieren“ des Pentagon beginnt mit „Schlägen der US-Luftwaffe gegen Truppen des Iraks sowie gegen Objekte auf dessen Boden, vor allem Ölreviere“. Dann sollen die genannten beiden Divisionen Truppen und die 6. oder 7. Flotte Marineinfanterie absetzen.



„Situation“ Nr. 5: Ist dieser mal Cameron den „schrecklichsten der Schrecken“ aus: „Die UdSSR besetzt den Irak“



„LEBENSINTERESSEN“ DES ÖL-IMPERIALISMUS

Ruben ANDREASSIAN

und den Iran und führt von dort aus Schläge gegen Saudi-Arabien", wobei sie die Ölreviere an sich reiße. In diesem Fall bringen die USA außer der Eingreiftruppe auch „Panzerdivisionen und andere Streitkräfte zum Einsatz“. Obrigens müßten sie nicht erst eine „sowjetische Offensive“ abwarten, sie könnten die Länder am Golf schon bei Zeiten okkupieren. Dazu werde das Pentagon — so Cameron — nur Klarheit über eine „sowjetische Bedrohung“ zu gewinnen haben.

Alle diese Varianten sind, was die Kriegskunst der USA betrifft, uninteressant. Sie geben aber einen Begriff von den militärischen und politischen Zielen Washingtons in diesem Raum und von den Aufgaben der Eingreiftruppe.

Ebenso wie viele offizielle Vertreter der US-Regierung läßt sich auch Cameron kaltblütig und sachlich über „Details“ des Einsatzes der US-Streitkräfte aus. Nur „vergißt“ er, einen nicht unwichtigen Umstand klarzustellen: Wie es denn mit einer amerikanischen Intervention in souveränen Staaten steht, die Mitglieder der UNO sind. Wie kann sich Washington das „Recht“ anmaßen, über fremde Boden- und Naturschätze zu verfügen? Das Öl in diesem Raum ist nicht amerikanisch, sondern iranisch, kuwaitisch und saudisch. Wer hat die USA ermächtigt, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, nämlich „Unruhen niederzuschlagen“, Regierungen und Streitkräfte von Nahoststaaten zu stützen oder zu vernichten?

„Die Spitzenpolitiker der Länder am Persischen Golf sind jetzt ernsthaft beunruhigt, aber nicht etwa durch den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Sie fühlen sich durch ihn nicht unmittelbar bedroht. Wie sie sagen, errege „das übertriebene Reagieren“ Präsident Carters auf die afghanische Krise und seine völlige Mißachtung der Interessen und Erwartungen der Länder dieser Region wirkliche Besorgnis.“ Diese Äußerung der amerikanischen UPI-Agentur zeugt davon, daß die Völker des Nahen und Mittleren Ostens sich von den USA nicht diktiert lassen und nicht dulden werden, daß ihre Außen- und Innenpolitik in Washington festgelegt wird. Da werden auch die persischen Märchen des Pentagons von einer „sowjetischen Bedrohung“ nichts nützen. ■

Um die von Washington betriebene Steigerung der Militärmacht im Persischen Golf zu rechtfertigen, wiederholt die USA-Presse einmal übers andere, daß in diesem Raum 60% der prospektierten Erdölvorräte der kapitalistischen Welt (etwa 50 Md. t, darunter 23 Md. t in Saudi-Arabien) konzentriert sind. Die Förderung macht 40% der gesamten Weltförderung (1979: 1,07 Md. t, darunter 473 Mio t in Saudi-Arabien), die Ausfuhr fast zwei Drittel des Erdölexports der Welt aus (ca. 1 Md. t, davon entfallen etwa 450 Mio t wiederum auf Saudi-Arabien). Diese ganze Menge wird über die Straße von Hormus (zwischen dem Persischen Golf und dem Indischen Ozean) transportiert. Alle 15 Minuten passiert ein Großtanker die Straße.

Natürlich ist das dortige Erdöl für die meisten westeuropäischen Länder und Japan lebenswichtig, deckt es doch fast zwei Drittel ihres Bedarfs. Mit Ausnahme von England und Norwegen haben diese Länder praktisch kein eigenes Erdöl. Deshalb reagieren sie recht nervös auf jede Zuspitzung der Lage am Persischen Golf. Ihr Streben nach einer friedlichen Beilegung der dort entstehenden Konflikte und zu einer Vermittler ausschließenden, direkten Anknüpfung der Beziehungen zu den Ländern am Persischen Golf ist zu verstehen.

Die USA dagegen haben keine „lebenswichtige“ Abhängigkeit vom Ölimport aus dieser Region. Sie führen über 100 Mio t im Jahr von dort ein, aber das sind nur etwa 12% des Ölverbrauchs der USA. Entgegen den ständigen Versicherungen, das Erdöl aus Saudi-Arabien sei von enormer Bedeutung für ihre Wirtschaft, haben die USA 1978 von dort nur 56,5 Mio t, d. h. nur einen geringen Teil des saudiarabischen Exports, eingeführt. Nichtsdestoweniger drohen die USA-Massenmedien mit allem erdenklichen Unglück, falls die Öllieferungen aus dem Persischen Golf gestört werden: Das müsse die Verteuerung und Rationierung von Benzin, Höchstgeschwindigkeitsgebote für Autofahrer, tiefer Winter- und höhere Sommertemperaturen in den Häusern sowie eine Erhöhung der Inflationsrate im Lande um 2,5% im Jahr nach sich ziehen. All das ist für ein aus-

gesprochenes Autofahrerland wie die USA natürlich sehr ungünstig, wenn auch noch bei weitem keine Katastrophe. Überdies nimmt die Inflation in den USA auch bei störungsfreien Öllieferungen aus Saudi-Arabien zu.

Wichtiger ist, daß die von der USA-Presse publizierten Berechnungen nichts als Spekulation sind. Niemand beabsichtigt, die USA um ihren Ölimport zu bringen, wenn Washington selbst nicht das eine oder das andere Land zu einem so äußersten Mittel wie dem Embargo zwingt. Wir wollen hier an folgendes erinnern: Die Araber verhängten ein Embargo über die USA, als diese im Oktoberkrieg 1973 mit Israel verbündet waren, und Iran verweigerte den USA das Erdöl Ende 1979, nach der eindeutig provokatorischen offiziellen Einladung des gestürzten Schahs und nach der Einfrierung der iranischen Guthaben in den USA-Banken auf Beschuß Washingtons. Heute wollen die arabischen Länder, wie der Generalsekretär der Arabischen Liga Chadli Klibi am 11. Januar erklärte, ihr Erdöl nicht als Druckmittel gegen den Westen anwenden.

Worum handelt es sich also? Um die Erdölpositionen des USA-Imperialismus insgesamt. Den Ölmonopolen dieses Landes gehören bisher noch 40% des Aramco-Kapitals (auf besagte Ölgesellschaft entfallen über 90% der Ölförderung in Saudi-Arabien). Faktisch kontrollieren sie den Absatz des saudiarabischen Erdöls zu 80%; große Menge davon kaufen sie bei den anderen Exporteuren dieses Raums. Dadurch können sie einen wesentlichen Anteil des Ölimports vieler kapitalistischer Staaten unter ihrer Kontrolle halten und obendrein Riesenprofite erzielen.

Die USA-Monopole sind damit zufrieden, daß die Regierung Saudi-Arabien, die seit langem eng mit Washington liiert ist, in den letzten Jahren den Ölpreis niedriger festlegt als einige andere OPEC-Staaten. Vom 1. Juli bis zum 31. Oktober 1979 verkauften die Saudiaraber ihr Erdöl zu 18 Dollar je Barrel (1 Barrel = 159 l), während die anderen Exporteure den Preis mit 23,5 Dollar festlegten. Im November und Dezember betragen die Preise 24 bzw. 28,5 Dollar. Wie die „New York Times“ vom 30. Januar bezeugt,

kaufen die Aramco-Monopole im vorigen Jahr in Saudi-Arabien je 7,5 Mio Barrel täglich. Die einfachste Rechnung ergibt: Im zweiten Halbjahr 1979 allein bezahlten sie für das Erdöl 7 137 500 000 Dollar weniger, als sie auf dem Weltmarkt hätten zahlen müssen. Selbstverständlich setzten sie es zu Weltpreisen ab und erzielten schwindelerregende Profite. Über diese Praktiken sagte der Erdölminister Saudi-Arabiens Yamani am 5. März, daß sie „gegenüber den Saudiarabern unfair sind“. Ab 1. Januar setzte Saudi-Arabien seinen Ölpreis auf 26 Dollar je Barrel herauf, aber auch das liegt merklich unter dem Weltpreis.

Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß die Profite der USA-Ölkonzerne in den neun Monaten 1979 gegenüber der gleichen Periode des Vorjahrs viel stärker zunahmen als bei allen anderen Gesellschaften (78% gegenüber 21%). Der gigantische Exxon-Konzern, der in der Aramco führend ist, gab zu, daß die Zunahme der Gewinne auf größere Eingänge aus den Geschäften im Ausland zurückgeht. Natürlich bereicherten sich die Ölkonzerte auch am Preisanstieg bei den Erdölprodukten in den USA selbst und an den Spekulationen mit Erdöl im Sommer und Herbst v. J. in Rotterdam, wo sie das Erdöl über dritte Firmen zu 45 Dollar je Barrel verkauften. Und doch ist die Hauptquelle ihrer Extra-profite der Weiterverkauf des saudiarabischen Erdöls.

Deshalb wirkt das Weiße Haus auf maximale Ölförderung in Saudi-Arabien hin. Auf Washingtons Betreiben erhöhte dieses die Förderung im vorigen Jahr von 410 auf 473 Mio t.

Die USA verfolgen im Persischen Golf ein weiteres Ziel. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie ihre Kriegsschiffe dicht an die schmale Einfahrt in die Straße von Hormus verlegt haben, um die arabischen und iranischen Erdöllieferungen für alle anderen Länder zu überwachen, so die eigenen Positionen in der kapitalistischen Welt zu verstärken und die Rivalen niederrücken zu lassen. Auch eine andere Variante wird durchgespielt. Wenn Washington westeuropäische Staaten und Japan auffordert, ihre Kriegsschiffe in diesen Raum zu entsenden, bezweckt es damit, sie in den Konflikt einzubziehen, denn damit ließe sich der Druck auf die Iraner und Araber verstärken; zugleich könnten die Versuche der Rivalen, ihre Positionen auf Kosten der USA zu festigen, durchkreuzt werden.

Sind die USA auf einen so breitangelegten Ölimport wirklich angewiesen? Warum steigerten sie in den

BIOGRAPHISCHES



Julius Chan wurde 1939 auf dem Archipel Tanga (Papua-Neuguinea) geboren (sein Vater war Chinese, seine Mutter stammte von Neuguinea). Er studierte in Australien und arbeitete nach Rückkehr nach Papua-Neuguinea in einer Absatzgenossenschaft. Später gründete er ein eigenes Handelsunternehmen in Rabaul. Heute ist er Teilhaber mehrerer Gesellschaften.

1968 wurde J. Chan in

MINISTERPRÄSIDENT VON PAPUA-NEUGUINEA

JULIUS CHAN

das House of Assembly (Legislativrat von Papua-Neuguinea, bestand bis zur Gewährung der Unabhängigkeit) gewählt. 1970 gehörte er zu den Initiatoren der Gründung der People's Progress Party (PPP) und steht ihr seitdem vor. Die Partei vertritt die Interessen der einheimischen Bourgeoisie und setzt sich dafür ein, ausländisches Kapital für das Land zu gewinnen. Bei den Wahlen 1977 erhielt die PPP im Parlament 22 von 109 Sitzen.

Zwischen 1972 und der Ausrufung der Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea 1975 und dann 1975–1977 war J. Chan Finanzminister in einer Koalitionsregierung der Partei Pangu Paty und der PPP. 1977–1978 war er

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft. Im November 1978 trat seine Partei aus der Regierungskoalition aus. Am 11. März 1980 wählte das Parlament J. Chan zum Ministerpräsidenten. Die neue Regierung setzt sich aus Mitgliedern der PPP, der United Party und aus Unabhängigen zusammen.

Als Mitglied einer australischen Delegation wirkte J. Chan an einigen UNO-Organen mit und vertrat Papua-Neuguinea im Vorstand der Asiatischen Entwicklungsbank. Als Ministerpräsident erklärte er, in der Außenpolitik werde seine Regierung die Zusammenarbeit mit Ländern ausbauen, die für sein Land „von Interesse sind“.

70er Jahren den Ölimport aus dem Ausland (über 400 Mio t Erdöl und Erdölprodukte im Jahr), bis sein Anteil an ihrem Verbrauch von 23% auf 50% stieg? Diese ganze Einfuhr kostete das Land 1978 gut 50 Md. Dollar, was ein Drittel aller Importausgaben ausmachte.

Sind die Ölverkäufe in den USA vielleicht gering oder beinahe erschöpft? Keineswegs. Formal sind die prospektierten Vorkommen in den 70er Jahren von 5 Md. auf 4 Md. t zurückgegangen; doch muß man die gewaltigen potentiellen Vorräte am Kontinentalschelf und auf Alaska berücksichtigen, die nach Ansicht von Geologen mindestens dreimal so groß sind wie die prospektierten. Die Regierung hält einen bedeutenden Teil des Schelfgebiets in der nationalen Reserve und untersagt dort jegliche aktive Prospektion. Indessen schränken die Monopole die laufende Förderung ein, denn auf dem Binnenmarkt besteht noch immer die Ölpreiskontrolle, was ihre Profite begrenzt. Diese Kontrolle soll erst im Herbst 1981 aufgehoben werden. Inzwischen haben die USA die niedrigsten Preise für Erdölprodukte in der kapitalistischen Welt, und

das ist der Treibstoffeinsparung keineswegs zuträglich.

Anders gesagt, hält es der staatsmonopolistische USA-Kapitalismus für vorteilhafter, große Mengen des teuren ausländischen Erdöls einzuführen und den Ölverbrauch im Lande auf einem sehr hohen Stand aufrechtzuerhalten, als die eigenen strategischen Ölreserven aufzubrauchen. Die USA ziehen es vor, an fremden Erdölvorräten Raubbau zu treiben, und zwingen die Entwicklungsländer dazu, ihren einzigen Nationalreichtum zu Preisen abzusetzen, die von der Inflation laufend angehoben werden. Darüber hinaus erklären die herrschenden USA-Kreise, diese fremden Reichtümer seien für die USA-Wirtschaft „lebenswichtig“. Unter diesem Vorwand wollen sie diese Reichtümer unter Kontrolle nehmen und die Völker der Erdölländer knechten. Aber die patriotischen demokratischen Kräfte Irans und der arabischen Länder sind fest entschlossen, ihre Unabhängigkeit und ihre Verfügungsgewalt über die eigenen Bodenschätze zu behaupten. Das entspricht ihren wirklichen Lebensinteressen.

DER TOD IM RING

Das Fernsehen hielt alles bis ins kleinste Detail fest: die tobende Menge, die das sichere Ende kommen sah, und das Grauen des Menschen, den alle aufgegeben hatten: die Schiedsrichter, die Ärzte und sogar sein eigener Manager. Er war allein, obwohl er im überfüllten Saal erschlagen worden war. Die TV-Kamera kann schohnungslos sein, und die Zeitlupenaufnahmen, die in den Tagen danach mehrmals liefen, waren in ihrer Nüchternheit beinahe unerträglich.

Sie sind es wohl auch gewesen, die den Anstoß zu der eigentlich nicht üblichen Untersuchung gaben — ein Mord im Ring gilt sonst als etwas Alltägliches, ja Erlaubtes. Schließlich fallen ihm ja im Jahresdurchschnitt zehn Profiboxer anheim. Seit 1945 waren es 337.

Den Regeln entsprechend erklärte der Vorsitzende der New Yorker Sportkommission schon im November v. J., einen Tag nach der Tragödie im Madison Square Garden, der Presse: „Alles hatte seine Richtigkeit, es war ein tragischer Vorfall, Schuld hat niemand.“

Der Schiedsrichter äußerte sich ebenso kategorisch und kaltschnauzig:

„Jeder Boxer bekommt mal eine Verletzung. Wenn man jedesmal bei einem sauberen Schlag den Kampf abbrechen wollte, dann könnten wir überhaupt einpacken.“

Die TV-Aufnahmen besagten jedoch etwas anderes, man kam nicht um sie herum. Die Boxer Willie Classen und Wilford Scypion standen bis zur vorletzten, zur neunten Runde ungefähr gleich. Ganz am Ende konnte Classen drei wuchtige Schläge an den Kopf nicht abwehren. Der Schiedsrichter zählte, wie es sich gehört, bis acht, und gleich darauf kam das Schlüsseichen für die Runde.

Classen brauchte sieben Sekunden, um sich nach Beginn der zehnten Runde vom Stuhl zu erheben. Er tat nur drei unsichere Schritte und hob nicht einmal die Arme zur Abwehr. Nach zwei Schlägen an den Kopf war alles zu Ende. Fünf Tage später starb er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, an einem Bluterguß im Gehirn.

Vor der Untersuchungskommission sagte der Neuropathologe Bennett Derby, nachdem er die Aufnahmen gesehen hatte:

„In der neunten Runde sah ich genau, wann der Kampf eingestellt werden mußte. In der zehnten wurde der Mann vor meinen Augen erschlagen. Das alles wäre vermeidbar gewesen.“

Classen war keine Berühmtheit. In Puerto Rico gebürtig, wuchs er in der südlichen Bronx auf, die nicht einmal mit den Elendsquartieren von Harlem verglichen werden kann. Zu boxen fing er auf den Wunsch seiner Mutter an, die den Sohn vor dem Einfluß der Straße bewahren wollte. Als Profi trat er auch in internationalen Boxkämpfen an. Existieren konnte er vom Sport aber nicht, deshalb war er tagsüber in einem Warenhaus Wachmann. Die Wenigen, die lohnende Kontrakte bekommen, dienen den Managern als Köder für viele Jungen, die vor nichts zurück scheuen, bloß um berühmt und reich zu werden.

Das Organisatorische wird durch diese Bereitschaft verbilligt und vereinfacht, und dies so weit, daß die geltenden Regeln den Boxern vor Verletzungen und sogar vor dem Tod keinen Schutz gewähren. Die Regeln selbst sind äußerst dehnbar. Im Staate New York gilt ein Kampf als beendet, wenn der Schiedsrichter bis acht gezählt hat und der Boxer zwar auf den Beinen, aber groggy ist. Nach der Pause muß er nach einem Gongzeichen, das 10 Sekunden vor Beginn der neuen Runde gegeben wird, aus seiner Ecke kommen und in die Mitte des Rings treten. Auch das geschah nicht. Scypion stand Classen nicht weit von dessen Ecke gegenüber.

Das alles sind schwere Verstöße gegen die Regeln, über deren Einhaltung der Ringrichter zu wachen hat. Die Ausbildung eines Schiedsrichters ist aber ganz einfach. Nach kurzer Unterweisung wird er in einem kleinen Club bei einem Boxkampf eingesetzt. Dann noch zweimal, und er bekommt seine Zulassung.

„Ich wußte, daß er verletzt war, aber nicht, wie schwer. Ich glaube nicht, daß ich den Kampf einstellen durfte“, sagte bei der Untersuchung Classens Manager, Marco Minuto.

Nach den Regeln kann er das jederzeit tun und braucht es nur dem Ringrichter zu sagen. Hat Minuto also gelogen? Der Manager hat in den meisten Fällen nichts mit Sport zu tun, er ist Geschäftsmann, Rechtsanwalt oder Grundstücksmakler. Er bekommt ein

Drittel von den Einnahmen des Sportlers. Minuto besitzt eine Imbißstube, er hat einen früher mit Classen geschlossenen Kontrakt für 2500 Dollar gekauft (wovon 1300 Dollar Schulden Classens bei seinem früheren Manager ausmachten).

Nach Ansicht der Direktion des Madison Square Garden entspricht die Hälfte der Manager „nicht einmal den geringsten Anforderungen“. Sie sind es aber nach den geltenden Bestimmungen geworden.

Und wo waren schließlich die Ärzte? Die Geschichte wiederholt sich bei ihnen fast unverändert. An den Wettkämpfen verdienen sie nicht viel, und man verlangt dementsprechend auch nicht viel von ihnen. Sie brauchen sich weder darauf zu spezialisieren noch sonst vorzubereiten. Von den beiden Ärzten, die anwesend waren, war der eine ein Urologe, der andere ein Kinderarzt. Keiner hatte auch nur allgemeine Anweisungen erhalten.

Die Boxkämpfe im Madison Square Garden, die für die Zeit der Untersuchung des tödlich ausgegangenen Falls eingestellt wurden, sind erst Ende Januar wieder aufgenommen worden. Man hat neue Regeln eingeführt. Jetzt müssen einem Boxkampf zwei Ärzte, in jeder Ecke einer, beiwohnen. In der Nähe des Gebäudes muß ein Krankenwagen parken. Nach einem Knockout muß der Boxer nicht mehr 30, sondern 45 Tage aussetzen. Auch ist versprochen worden, die Eignung Tausender von Managern und Sekundanten im Staate New York zu prüfen. Die beiden Sekundanten, Classens Manager und der Ringrichter dürfen ein halbes Jahr nicht fungieren. Das ist so gut wie alles.

„Dabei kommen moralische und ethische Fragen auf“, sagte der stellvertretende Medizinalinspektor der Stadt. „Die Boxer kommen immer aus den unteren sozialen und wirtschaftlichen Schichten. Man lockt sie in den Ring, damit sie sich für Geld gegenseitig die Köpfe einschlagen.“

Vom geldlichen Standpunkt aus ist ein eingeschlagener Kopf viel teurer als ein nichteingeschlagener. Der Drang, möglichst schnell „Dollars zu machen“, hat den Sport ebenso gewaltig wie die Literatur und den Film „sexy“ gemacht.

In diesem Jahr haben schon mehrere Boxer den Tod gefunden. Es ist immer das gleiche: Bluterguß im Gehirn. Einer war erst 13 Jahre alt. Er war kein Profi, sondern versprach erst, einer zu werden. Er starb einige Tage, nachdem er zum Juniorenchampion erklärt worden war.

J. GUDKOW
Eigenbericht

New York

DIE REICHEN REICHER, DIE ARMEN ÄRMER

Drei Mythen über die Multis

Die Hebel der imperialistischen Politik sind jetzt jedermann sichtbar. Im Persischen Golf ist eine amerikanische Kriegsflotte zusammengezogen worden. Eine Eingreiftruppe ist aufgestellt. Abgesandte Washingtons suchen in „Instabilitätsgebieten“ nach Stützpunkten. Täglich kommen neue Nachrichten über das subversive Treiben der CIA in Afghanistan und im Iran. Das sind aber nur die krassesten Erscheinungsformen der neokolonialistischen Politik, die hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Ungleichheit und Ausbeutung beruht.

Selbstverständlich wurzeln viele Probleme der unabhängigen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in ihrer kolonialen Vergangenheit. Aber die jetzige Zurückgebliebenheit der meisten frei gewordenen Staaten führt nicht nur von der früheren, sondern auch von der jetzigen Politik des Imperialismus her. Hinter dem streitbaren Gehaben Washingtons stecken die Interessen der multinationalen Konzerne oder kurz Multis.

Es gibt einige Mythen über die Multis, die ihre Preissänger den Völkern der Entwicklungsländer einhämtern wollen.

1. Mythe. „Gerade die multinationalen Konzerne mit ihren immensen Mitteln sind imstande, den Entwicklungsländern zum allgemeinen Vorwärtskommen zu verhelfen.“ Bei ihrem enormen wirtschaftlichen und technischen Potential könnten sie den Entwicklungsländern tatsächlich beim Werden ihrer nationalen Wirtschaft unter die Arme greifen. Das haben sie aber nie getan und beabsichtigen es allem Anschein auch gar nicht.

Multi-Hilfe

Zeichnungen aus „Le Monde“
(Frankreich)



2. Mythe. „Damit, daß die multinationalen Konzerne den Entwicklungsländern Kapital zur Verfügung stellen, erweisen sie ihnen eine große Wohltat.“ Die Multis nisten sich in der Wirtschaft der Länder, die sich vom Kolonialismus befreit haben, in der Tat immer mehr ein. Von 1967 bis 1975 wuchsen ihre Direktinvestitionen in der dritten Welt auf das 2,3fache an. Allein im Jahre 1978 steigerten US-Monopole ihre Investitionen in Lateinamerika um 20% (größtenteils in Brasilien und Mexiko) auf insgesamt 10 Md. Dollar. Schon Mitte der 70er Jahre hatten die Konzerne in Brasilien die Hälfte der Produktion von Chemikalien und drei Fünftel des Stahlausstoßes in der Hand. Ihnen gehörten sämtliche führenden Betriebe des Kraftwagenbaus, der Gummi- und der pharmazeutischen Industrie.

Die Tatsachen zeigen, daß sich die Multis für Investitionen in erster Linie solche Entwicklungsländer aussuchen, die möglichst reich sind, viele Naturschätze und relativ geschulte Arbeitskräfte haben. Der Anteil ihrer Direktinvestitionen in Ländern mit einem Bruttonsozialprodukt unter 200 Dollar pro Kopf der Bevölkerung beträgt knapp 15%. Gegen Mitte der 70er Jahre lagen etwa 36% ihrer Investitionen in den OPEC- und den Ländern mit niedriger Kapitalsteuerung, 40% in zehn anderen verhältnismäßig entwickelten Staaten. Wenn die ärmsten der unterentwickelten Länder jetzt feststellen, daß sie noch ärmer werden, so hängt das nicht zuletzt mit der Politik der Multis zusammen.

Durch Investitionen hauptsächlich in der extractiven Industrie erhärten die Multis die einseitige Spezialisierung der ehemaligen Kolonien. Letztthin lassen sie allerdings in Entwicklungsländern immer häufiger Betriebe und sogar ganze Branchen der verarbeitenden Industrie entstehen, deren Erzeugnisse sind aber fast ausschließlich für das Ausland bestimmt. Mit anderen Worten werden diese Betriebe kein organischer Bestandteil der Wirtschaft des



Landes, in dem sie sich befinden, und ihre Gewinne tragen nicht zu einem Wohlstand der einheimischen Bevölkerung bei.

Gewöhnlich nehmen die Multis auf Empfehlungen aus den Wirtschaftsplänen der jungen Staaten für die Verteilung der Investitionen auf Branchen und Landesgebiete fast gar keine Rücksicht. Im Erstarken des staatlichen Wirtschaftssektors sehen sie eine Gefahr für ihr unkontrolliertes Schalten und Walten und bereiten den staatlichen Gesellschaften allerlei Schwierigkeiten. Sie verdrängen auch das einheimische Privatkapital, wenn sie es als Konkurrenz ansehen.

Wir sagten schon, wie schnell die Investitionen der Multis in den Entwicklungsländern in ihrer Gesamtheit anwachsen. Sie prahlen selbst gern mit den diesbezüglichen Zahlen. Die Sache hat aber eine Kehrseite, über die sie sich lieber ausschweigen: Die Gesamtsumme der Kapitalausfuhr nach den Entwicklungsländern mache z. B., laut Angaben der UNO, Mitte der 70er Jahre nur ein Drittel der von dort ins Ausland fließenden Summen aus. Der größte Teil ging an die Multis. Also nützen sie mit der Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte und Naturschätze nur sich selbst.

3. Mythe. „Die multinationalen Konzerne liefern den Entwicklungsländern modernes Know-how.“ In Wirklichkeit hintertreiben gerade sie, daß den jungen Staaten ihre Forderung nach leichteren Ankaufsbedingungen für moderne Technik und Technologie erfüllt wird. In diesen Staaten spricht man schon von einem technologischen Kolonialismus. Die Multis üben ihn raffiniert in ganz verschiedenen Formen aus, z. B. weitgehend mittels sogenannter Vereinbarungspakete. Dabei wird die Überlassung einer Technologie von allerlei zusätzlichen Vergünstigungen für die Multis abhängig gemacht: in der Besteuerung, im Handel usw. Meistens verramschen diese an die Entwicklungsländer relativ veraltete Technik und Technologie. Auf diese Weise schlagen sie mehrere Fliegen mit einer Klappe. Die aus-

rangierten Dinge bringen noch etwas ein, die Multis gewinnen regionale Märkte, aus den Entwicklungsländern wird viel Geld für Warenzeichen und Patente herausgepumpt, und da die Technologie in den Betrieben der Multis moderner als in den einheimischen ist, sind diese im Konkurrenzkampf die Unterlegenen.

Kein Wunder, daß auf dem 6. Gipfel der Nichtpaktgebundenen vom vergangenen September in Havanna nachdrücklich gefordert wurde, daß der Plünderungspolitik der Multis ein Ende gemacht wird.

Mit deren Habgier erklären sich weitgehend die gefährlichen militärisch-politischen, militaristischen Beschlüsse, die Washington und die NATO in letzter Zeit fassen. An ihr liegt es vor allem auch, daß beim sogenannten Nord-Süd-Dialog die kapitalistischen Industriestaaten und die Entwicklungsländer wie Stocktaube aufeinander einreden.

Das Programm für einen Umbau der Weltwirtschaftsbeziehungen im Sinne der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung oder, was dasselbe ist, für die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wurde von den Entwicklungsländern schon 1974 vorgebracht. Es enthielt einige Hauptforderungen und -ziele: daß ihre industrielle Entwicklung unterstützt wird, daß ihr Anteil an der industriellen Produktion der Welt bis zum Jahre 2000 25% erreicht, daß man ihnen neue Technik und Technologie zu wesentlich leichteren (und den schwächtentwickelten zu besonders günstigen) Bedingungen überläßt und daß Staatsorgane die Kontrolle über das Gebaren der Multis übernehmen.

Die Generalkonferenz der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) von Ende Januar, Anfang Februar d. J. in Delhi bestätigte dieses Programm zur Gänze. Sie mußte aber zu ihrem Leidwesen feststellen, daß der Anteil der Entwicklungsländer an der industriellen Produktion der Welt 1979 unter 9% lag und daß auch andere Ziele nicht erreicht worden sind.

Das Problem, wie die Zurückgebliebenheit der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien überwunden werden soll, ist also nach wie vor aktuell. Seine Lösung stößt auf große Hindernisse. Die Multis richten immer neue auf, denn sie wollen ein Fortbestehen der Zustände, bei denen die Reichen reicher und die Armen noch ärmer werden.

So schwierig dieses politische und wirtschaftliche Rechenexample der

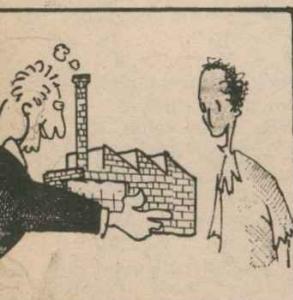
modernen Welt auch ist, es ist lösbar. Außer dem Bestreben der Entwicklungsländer selbst, sich von der kolonialen oder neokolonialen Abhängigkeit frei zu machen, gibt es noch einen Faktor, der das begünstigt: das Bestehen der sozialistischen Ländergemeinschaft. Sie bemüht sich mit ihrer Politik unablässiger darum, die Länder zu unterstützen, die sich vom Kolonialismus frei gemacht haben, und wirklich gleichberechtigte, für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen anzubauen. Die sozialistischen Staaten unterstützen tatkräftig die Forderung der Entwicklungsländer, die weltwirtschaftlichen Beziehungen zu demokratisieren. Sie setzen sich energisch für eine Behebung jeder wie immer gearteten politischen und sozialen Diskriminierung ein, dafür, daß die Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten strikt befolgt und die weltwirtschaftlichen Beziehungen gerecht und demokratisch gestaltet werden.

Unter diesen Umständen rechnen die Entwicklungsländer, die nicht ganz mit den Multis brechen wollen, darauf, deren Habgier einen Dämpfer aufsetzen zu können.

Auf der kürzlichen UNIDO-Konferenz in Delhi bestätigten die sozialistischen Länder in einer gemeinsamen Erklärung nochmals, daß sie bereit sind, ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den jungen Staaten auszudehnen, um deren Industrialisierung zu fördern und ihnen eine rationelle, viele Branchen umfassende nationale Wirtschaft aufzubauen zu helfen, ohne die die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit nicht überwunden und eine wirkliche Unabhängigkeit nicht gewährleistet werden kann. (Drei Viertel der sowjetischen wirtschaftlichen und technischen Hilfe an die Entwicklungsländer werden zur Förderung der Industrie und der Energie, darunter 37% für die Metallurgie, verwendet.)

Natürlich ist die Zukunft Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit dem Kampf gegen den Imperialismus nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich verbunden. Der konsequente Kurs der sozialistischen Ländergemeinschaft darauf, die Entspannung zu konsolidieren, die internationalen Spannungen zu beheben und das Wettrüsten einzudämmen und abzuhalten, hängt direkt mit dem Problem zusammen, den frei gewordenen Staaten über ihre Zurückgebliebenheit hinwegzuhelpen. Deshalb wird die Zusammenarbeit der sozialistischen Ländergemeinschaft mit den Entwicklungsländern zweifellos wachsen und erstarken.

G. BASCHIROWA



SPRACHE EINER GROSSEN KULTUR

Fedot FILIN

Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Niemand weiß genau, wie viele Sprachen es auf der Erde gibt. Am häufigsten wird von 3000 gesprochen, obwohl diese Zahl sehr an nähernd ist. Das kommt daher, daß es nicht selten schwierig ist, genau zwischen einer Sprache und einem Dialekt zu unterscheiden, und daß die Linguisten noch nicht alle kennen. Jede lebendige Sprache hat gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung und Vervollkommnung. Ebenso wie es keine „von Natur aus“ höheren oder niederen Rassen und Völkerstaaten gibt (das predigen die Anhänger von Rassismus und der Apartheid bis heute), gibt es auch keine „vollwertigen“ bzw. „minderwertigen“ Sprachen (obwohl auch dies in der bürgerlichen Presse bisweilen diskutiert wird). Der Entwicklungsgrad einer Sprache hängt nicht von ihren „angeborenen“ Möglichkeiten ab (so etwas besteht nicht), sondern von den konkret historischen Lebensbedingungen der Träger dieser Sprache. Ihrer Struktur nach sind die Sprachen in der Welt sehr unterschiedlich. Aber die formale Struktur ist nicht dazu da, um die einen Sprachen in den Vordergrund, die anderen aber in den Hintergrund zu rücken. Das einzige und wichtigste Kriterium für die Vollkommenheit einer Sprache ist das Vermögen, in ihr alle von der Menschheit gesammelten Kenntnisse auszudrücken. Der Fortschritt einer Sprache ist unloslich mit der Geschichte ihrer Schöpfer und Träger verbunden.

Bekanntlich verlief und verläuft die Entwicklungsgeschichte der Menschheit ungleichmäßig. Dafür bestehen viele Gründe. Gewisse ethnische Einheiten stehen auch heute auf dem Niveau der Steinzeit (Stämme in schwerzugänglichen tropischen Wäldern und im Gebirge), andere sind in die höchste Phase der Zivilisation getreten und bauen die kommunistische Gesellschaft auf.

Die einen Sprachen werden gegenwärtig von Hunderten Millionen, andere von einigen Hundert oder noch weniger Personen gesprochen (von den ersten gibt es nur einige wenige, von den zweiteren dagegen viele). Gewisse Sprachen sind Mittel des zwischen-, ja sogar internationalen Verkehrs, andere dagegen dienen nur dem eigenen Stamm, der eigenen Völkerstaat oder Nation. Folglich sind die sozialen Rollen der Sprachen unterschiedlich. Das hat die Geschichte mit sich gebracht.

Zu den Sprachen von gewaltiger sozialer Bedeutung gehört Russisch.

Diese Sprache wurde von allen Völkern der vielsprachigen UdSSR als das Mittel des zwischennationalen Verkehrs ausgewählt. Laut Angaben der Volkszählung von 1979 sprechen etwa 215 Millionen Personen Russisch, d. h. die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der UdSSR. Es werden sich nur wenige Sowjetbürger finden, die das Russische überhaupt nicht verstehen.

Die UNO erkannte das Russische offiziell als eine ihrer Arbeitssprachen an. So hört man Russisch als Mittel des internationalen Verkehrs bei internationalen Verhandlungen, auf wissenschaftlichen und sonstigen internationalen Kongressen und Konferenzen. Im Ausland nimmt die Anzahl der Menschen stark zu, die Russisch lernen. In den befreundeten sozialistischen Ländern wird Russisch in der Schule unterrichtet. In den kapitalistischen und den Entwicklungsländern erwachte das Interesse für die russische Sprache besonders nach dem Start der ersten Sputniks, nach dem Weltraumflug Juri Gagarins und der anderen sowjetischen Kosmonauten. Auf allen Kontinenten wird in immer mehr Schulen, Lehrgängen und Zirkeln Russisch unterrichtet.

Viele Fachleute im Ausland erklären, daß sie nicht mit der Entwicklung Schritt halten können, wenn sie nicht wissenschaftliche und technische Schriften aus der UdSSR lesen. Sehr viele Menschen im Ausland fühlen sich von der außerordentlich reichen vorrevolutionären und sowjetischen Literatur angezogen und möchten sie im Original lesen. Tausende ausländische Studenten und Fachkräfte lernen jährlich Russisch an sowjetischen Hochschulen und anderen Einrichtungen. In Moskau besteht das Puschkin-Institut für russische Sprache, an dem Russischlehrer aus verschiedenen Ländern ausgebildet werden. In Paris wurde die Internationale Assoziation von Lehrern der russischen Sprache und Literatur gegründet. Ihr gehören Organisationen aus vielen Ländern Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas und Australiens an. Die Assoziation fördert die Verbreitung der Russischkenntnisse und die Vervollkommnung des Russischunterrichts. Es erscheint die methodische Zeitschrift „Russisch im Ausland“; zahlreiche Lehrmaterialien werden herausgegeben, ausländische Übersetzer russischer Belletristik kommen zusammen, usw.

Wie viele Menschen der Erde be-



nutzen so oder anders das Russische (sprechen, mit oder ohne Wörterbuch lesen, in Funk und Fernsehen, in Familie und Betrieb hören)? Eine genaue Antwort auf diese Frage erscheint unmöglich. Und doch wurde in der UNESCO vor einigen Jahren geschätzt: mindestens eine halbe Milliarde. In ihrer Verbreitung als Fremdsprache steht das Russische nur dem Englischen nach. Zweifellos werden mit dem weiteren Wachstum des internationalen Ansehens der UdSSR immer mehr Menschen im Ausland es als notwendig empfinden, Russisch zu beherrschen.

Warum spielt Russisch diese große Rolle? Ein historischer Zufall? Natürlich nicht. Schon im alten Russland bestand eine außerordentlich reiche Literatur, sowohl eigene als auch übersetzte. Man denke an „Das Lied von der Heerfahrt Igors“, an „Die Erzählung von den schweren Jahren“, die „Russkaja Prawda“ und vieles andere. In diesen Werken wurde die eigene hohe Kultur durch byzantinische, altslawische und andere Schriften von erstrangiger Bedeutung für jene Zeit bereichert. Das Altrussische übernahm zahlreiche Komponenten des Altslawischen und des Griechischen (der byzantinischen Zeit) und verarbeitete sie im Einklang mit den eigenen Entwicklungsgesetzen. Die damals begründeten Traditionen blieben erhalten und wurden später weiter gepflegt. Alexander Puschkin bemerkte treffend: „Als Sprachmaterial hat das Altrussische einen unbestreitbaren Vorzug gegenüber allen europäischen Sprachen: Sein Schicksal war außerordentlich glücklich. Im 11. Jahrhundert eröffnete die altgriechische Sprache ihm mit einemmal seinen Wortschatz, einen wirklichen Schatz von Harmonie, bescherte ihm die Gesetze ihrer wohldurchdachten Grammatik, ihre schönen Wendungen und die majestätische Ordnung der Sprache; kurz, sie adoptierte das Altrussische und ersparte ihm so die langwierigen Vervollkommnungen durch die Zeit. Schon an sich klang- und ausdrucksstark, entnahm das Altrussische ihr die Biegsamkeit und Geschlossenheit. Die Umgangssprache des Volkes mußte sich notwendig von der Schriftsprache trennen; später

aber näherten sie sich, und das ist das Element, das uns gegeben ist, um unsere Gedanken mitzuteilen.“

Im 14. Jahrhundert schließt Moskau zersplitterte Fürstentümer um sich zusammen. Es entsteht ein zentralisierter russischer Staat, mit vielen Völkern.

Führend war aber die großrussische Völkerschaft mit ihrer Sprache, die sich aus dem Altrussischen entwickelt hatte. In diesem Staat blühten eine eigenständige Kultur und Literatur auf. Im 18. Jahrhundert, in der Zeit einer Wende, kamen zu dem, was bereits gesammelt worden war, zahlreiche Wörter aus den west-europäischen Sprachen hinzu als Bezeichnungen für viele Begriffe hoher Zivilisation.

Das 19. Jahrhundert war die Zeit eines beispiellosen Aufschwungs der russischen Literatur in allen ihren Gattungen, die Zeit der weltbekannten Klassiker Puschkin, Lermontow, Gogol, Turgenew, Nekrasow, Dostojewski, Tolstoi, Tschechow. Es formten sich ein wissenschaftlicher, ein publizistischer Stil und andere Stilarten. Die russische Sprache entwickelte sich zu einem geschlossenen System, einem nuancierten Mittel des zwischenmenschlichen Verkehrs. Auch hervorragende ausländische Kulturträger erkannten den Reichtum und die Schönheit der russischen Sprache an. Zu ihnen gehörten auch die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus Karl Marx und Friedrich Engels, die Russisch lernten, um die von ihnen benötigten Schriften im Original lesen zu können. Ende des 19. Jahrhunderts begann der große Führer des Proletariats Wladimir Lenin zu schreiben. Die Leninsche Epoche in der Geschichte der russischen Sprache bedeutete, daß in ihr eine Terminologie und andere Ausdrucksmittel für die

fortschrittlichste Philosophie und Ideologie geschaffen wurden. Diese wurden zur Anleitung im revolutionären Kampf und beim Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaft. Russisch ist die Sprache der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Parteitage der KPdSU, der Beschlüsse von Partei und Regierung, der Verfassung der UdSSR. Der Begründer der proletarischen Literatur Maxim Gorki und viele andere sowjetische Klassiker schrieben und schreiben in Russisch.

Ins Russische werden Werke von Dichtern, Wissenschaftlern, Politikern und Kulturschaffenden aller Nationalitäten und Völkern der UdSSR übertragen. Dank diesem Umstand wird das Schaffen der zahlreichen Nationalitäten, das in den Republiken und Gebieten des Landes immer größere Ausmaße annimmt, zum Gemeingut des ganzen Sowjetvolkes, ja aller Völker der Welt. Russisch ist die vermittelnde Sprache, die Sprache der Verständigung, Freundschaft und Brüderlichkeit aller Völker der Sowjetunion.

Es ist noch folgendes in Betracht zu ziehen: Im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution enthalten zahlreiche Veröffentlichungen anderer Länder Informationen, die wir für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur brauchen. Eine große Rolle spielen hierbei Übersetzungen. Die meisten Übersetzungen in der Welt sind die ins Russische. Es vermittelt eine Riesenmenge von Erkenntnissen aller Wissenszweige. Der Wortschatz vergrößert sich stürmisch. In dem 17bändigen akademischen „Wörterbuch der russischen Schriftsprache der Gegenwart“ sind über 120 000 geläufige Wörter und Hunderttausende Bedeutungen und Bedeutungswerte dieser Wörter aufgeführt. In Vor-

bereitung befindet sich eine zweite Ausgabe dieses Wörterbuchs, bereits mit mindestens 150 000 Stichwörtern. Dabei besteht neben den allgemein gebräuchlichen Wörtern noch eine spezielle Terminologie, deren Umfang nicht zu erfassen ist.

Russisch ist eine Sprache der Weltkultur. In der UdSSR wird sie ausschließlich freiwillig verbreitet, die Sowjetbürger fühlen sich zu ihr hingezogen und verstehen, daß die zahlreichen Nationalitäten und Völkern eine gemeinsame Sprache für ihre gegenseitigen Verbindungen brauchen und daß Russisch die Kenntnisse des Sowjetvolkes und der ganzen Menschheit vermittelt. Unsere Feinde behaupten, in der UdSSR werde eine Politik der Russifizierung, der Verdrängung der anderen nationalen Sprachen durchgeführt. Das entbehrt jeder Grundlage. In der UdSSR wird alles getan, um diese Sprachen und Kulturen zu entwickeln. In den Jahren der Sowjetmacht erhielten 50 Sprachen erstmalig ein Schriftbild, die Sprachen mit alten Schrifttraditionen verbreiteten sich ungemein und erweiterten ihre Funktionen. Die Aufgabe der leninistischen Nationalitätenpolitik auf dem Gebiet der Sprache besteht darin, eine harmonische Zweisprachigkeit herbeizuführen, damit jeder Sowjetbürger die Sprache des zwischennationalen Verkehrs beherrscht, ohne seine Muttersprache aufzugeben. Das Nebeneinanderbestehen des Russischen und der Sprachen der anderen Nationalitäten bereichert alle Sprachen und fördert ihre eigenen Entwicklungsmöglichkeiten. Das ist nur im Sozialismus möglich geworden, da alle Nationen, die großen und die kleinen, in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind, auch im Hinblick auf ihre Sprache.

GRAPHIK AUS DER BRD



In Moskau ist eine Ausstellung moderner bundesdeutscher Graphik eröffnet worden. Die Veranstalter sind der Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und die Gesellschaft Sowjetunion — Bundesrepublik Deutschland unter Mitarbeit der Hessisch-Rheinländischen Gesellschaft sowie der Lufthansa, der die ausgestellte Sammlung gehört.

Die Lufthansa ist seit vielen Jahren ein Partner der Aeroflot. Maschinen beider Gesellschaften ver-

kehren zwischen Moskau und der Bundesrepublik, und während der Ausstellung ist noch eine Linie eingelegt, u. zw. zwischen Leningrad und Frankfurt a. M.

Die ausgestellten Arbeiten stammen aus den letzten beiden Jahrzehnten und waren bereits in Wien, London, Helsinki, Athen, Rio de Janeiro, Tokio und vielen anderen Städten. In Moskau sind 130 Blätter von 54 Graphikern zu sehen.

Unser Bild: Im Ausstellungssaal

Foto:
A. MOTSCHALIN

VOM LEBEN LERNEN

Jewgeni KORSCHUNOW

Der Sänger und Komponist Marcel Khalifi, ein Bekannter von mir, lud mich einmal zur Erstaufführung des Films „Wir sind alle für die Heimat“ ein. Der Film handelt von der Tragödie der Bewohner Südlibaniens, das einer ununterbrochenen Aggression des israelischen Militärklängels ausgesetzt ist. Die Regie führte Maroun Bagdadi, und die Musik dazu komponierte Khalifi, dessen Lieder die libanesischen Patrioten zum Kampf anspornen.

In der fortschrittlichen und liberalen Presse wurden in Rezensionen der Kunstwert, die Wahrheitstreue, die Menschlichkeit und der Patriotismus des Filmwerks hervorgehoben. Die Rechtspresse schwieg sich aus. Was hätte sie auch gegen die auf Tatsachen beruhende Aussage, mit der die Rechten der Kollaboration mit den Feinden des libanesischen Volkes angeklagt werden, vorbringen können?

Vor einiger Zeit wurde noch ein Film von Bagdadi erstaufgeführt. Der Titel lautete „Choukhada“, und das Thema ist der Märtyrertod libanesischer Kommunisten im Kampf gegen die einheimische Reaktion und die israelischen Aggressoren. Auch dieser Film hatte großen Erfolg.

Nein, auf der Hamra, der Hauptstraße von Beirut, wo pompöse Kinos die Erzeugnisse Hollywoods und westeuropäischer Producer darbieten, wurden Bagdadi's Filme nicht aufgeführt. Man sieht sie in politischen Versammlungen, auf Kundgebungen, in Colleges und Universitäten, in den Räumlichkeiten der fortschrittlichen Parteien, in Dorfversammlungen und in den Kampfstellungen der nationalpatriotischen Streitkräfte. Kein Eintrittsgeld wird erhoben. Der Regisseur und seine kleine Gruppe brauchen keinen Kassenerfolg. Sie wollen mit den Ausdrucksmitteln ihrer Kunst die hohen Ideen propagieren, denen sie ihr Leben geweiht haben.

Ich traf mich mit Bagdadi in einem kleinen Café auf der Mazra, einer Straße im Zentrum des Beiruter Westens, der unter Kontrolle der Regierung, der panarabischen Friedensstreitmacht und der nationalpatriotischen Kräfte steht. Im Osten Beiruts, wo Bagdadi geboren ist und wo seine Familie lebt, hat er als fortschrittlicher Regisseur nichts

zu suchen. Dort haben die Rechten das Heft in der Hand.

Während wir unter dem Sonnendach Kaffee tranken und uns unterhielten, wurden wir mehrmals unterbrochen. Alle Augenblicke trat jemand heran, um Bagdadi zu begrüßen. In Beirut hat er sehr viele Freunde und Bekannte. Ich erkundige mich, wie es ihm geht und was er macht. Er antwortete lebhaft.

Er ist jetzt 29 und schon sechs Jahre beim Film. Geboren wurde er in einer wohlhabenden bürgerlichen, liberal eingestellten Familie in Achrafie, dem christlichen Viertel Beiruts. Als Israel 1967 seine arabischen Nachbarn überfiel, war er 18.

„Damals habe ich mir über vieles Gedanken gemacht“, sagte er. „Ich suchte nach Antworten auf Fragen, die mich quälten. Warum hatten die Araber eine Niederlage erlitten? Warum wurden Hunderttausende Palästinenser aus ihren heimatlichen Ländern vertrieben? Ich fing an, mich für panarabische Fragen und solche der Palästinenser zu interessieren und mich an der fortschrittlichen Jugendbewegung zu beteiligen. So habe ich mir meine Anschauungen gebildet.“

Später studierte er an der Sorbonne politische Wissenschaften und begeisterte sich für das Filmen.

„Ich hätte in Paris bleiben und dort filmen können“, fährt er fort. „Aber ich erkannte, daß ich nach Beirut, nach dem Libanon zurück muß. Damals war Beirut ein Amüsierzentrum für reiche Araber des ganzen Nahen Ostens. Sie präbten hier, schafften sich kostspielige Bethäuschen an und warfen in den Spielkasinos mit Millionen um sich. Auch viele Libanesen, die sich an den Gästen bereichernten, kümmerten sich nicht um die wichtigen sozialen und politischen Probleme, die mit jedem Jahr akuter wurden und das Land schließlich in den erbitterten Bürgerkrieg und in die jetzige innerpolitische Krise stürzten.“

Bei seiner Begabung hätte Bagdadi in Paris wahrscheinlich Karriere gemacht. Dennoch entschloß er sich, dort alles stehen und liegen zu lassen, wie er sagt, eine Liebe, Freunde und Hoffnungen auf Erfolg.

„Wie Sie ja wissen, hat der Libanon keine eigene Filmindustrie“, sagt er. „Dafür werden fast alle ägyptischen Filme für Geld gemacht, das

in den Kairoer Studios von libanesischen Unternehmern investiert worden ist, die ihr Kapital überall, bloß nicht im eigenen Land auszugeben bereit sind. Alles oder fast alles, was unsere Gruppe herstellt, macht sie für ihr eigenes Geld.“

Der erste Film Bagdadis und seiner Kollegen hieß „Beirut, o Beirut!“ und war ein Spielfilm über fünf Menschen, die sich in der Atmosphäre der heraufziehenden sozialen und politischen Krise zurechtzufinden suchen, beim „Gastmahl während der Pest“, in einer Stadt, wo ein toller Luxus mit einem tiefen Elend kontrastiert, wo alles käuflich ist und kaum jemand an den morgigen Tag zu denken scheint. Bagdadi wollte seinen Film als Warnung vor dem nahen Sturm aufgefaßt wissen. Er brachte ihn 1975 heraus, kurz vor dem Ausbruch des blutigen Bürgerkriegs, und der junge Regisseur wurde mit einem Schlag im In- und Ausland bekannt.

Dann kam es zur libanesischen Tragödie. Bagdadis Gruppe zauderte keine Sekunde, sich für die richtige Seite der Barrikade zu entscheiden. Fast 15 Dokumentarfilme stellte sie her, und diese begeisterten die nationalpatriotischen Streitkräfte und die Palästinensische Widerstandsbe wegung zum Kampf. Für seinen besten damaligen Film hält der Regisseur eine Schilderung der Tragödie seiner Stadt, betitelt „Zum Anden-

Ebenso wie viele andere Einwohner von Tyr ist auch dieser Junge obdachlos geworden. — Der Regisseur Maroun Bagdadi hat in seinen Filmen das Leid des libanesischen Volkes veranschaulicht. Diese Filme sind ein Appell, den Exzessen der israelischen Aggressoren und der einheimischen Reaktion ein Ende zu bereiten.

Fotochronik TASS



ken an Beirut". Es folgte der satirische Dokumentarfilm „Im Süden nichts Neues“ über den Terror der Rechtsmilizen, dem südlibanesischen Bauern und palästinensischen Flüchtlingen zum Opfer fielen. Dann kam der Film „Kfar Kala“, so benannt nach einem Dorf im Südlibanon, das von den Rechtsmilizen besetzt wurde. Die Gruppe machte die Aufnahmen dazu in dem Dorf vor der Nase der Okkupanten. Ich werfe ein, daß das doch gefährlich war, und Bagdadi nickt.

„Wir sind ja auch Christen, und die Rechten glaubten, wir gehören zu ihnen, anders könnten sie es sich von uns als Christen wohl nicht vorstellen.“

Bagdadi und seine Kollegen haben auch offizielle Anerkennung gefunden. Kaum war der Bürgerkrieg zu Ende, da wurden sie von der Regierung beauftragt, einen Film über Michael Nuaike zu drehen, einen bedeutenden libanesischen Dichter und Denker, der in Rußland studierte und von der russischen Kultur tief beeindruckt war. Der Auftrag wurde sehr gut ausgeführt.

Mit dem dafür erhaltenen Geld konnte sich die Gruppe endlich eine eigene Filmkamera und Apparate für Tonaufzeichnungen anschaffen. Vorher hatte sie das alles ausleihen müssen.

„Welcher Ihrer Filme gefällt Ihnen selbst am besten?“ frage ich.

„Einer, den ich noch nicht gemacht habe.“

„Und was für einer wird das sein?“

Er denkt ein Weilchen nach und antwortet:

„Einer über den Bürgerkrieg, über die Tragödie eines Menschen, der aus der Wirklichkeit in eine Traumwelt fliehen wollte und bei dem alles scheitert. Das Drehbuch habe ich schon geschrieben. Der Film soll tragisch und komisch, lyrisch und sarkastisch werden. Die Zentralgestalt soll ein Libanese sein, der seinen naiven Traum für Wirklichkeit hält und ein fürchterliches Erwachen erleben muß. Sicher wissen Sie schon, daß wir Libanesen anders als andere Araber sind. Seit 30 Jahren wird vom Kampf gegen den Zionismus und die israelische Aggression geredet. Wir Libanesen haben am allerwenigsten darüber gesprochen, haben aber die ganze Last des Widerstandes gegen die Aggressoren auf uns geladen. Das soll in meinem Film auch vorkommen. Und noch eins: Ich bin kein Theoretiker, ich meine, der Künstler muß vor allem vom Leben lernen. Den Sinn des Lebens aber sehe ich darin, dem eigenen Volk zu dienen.“

Beirut

„NEUE ZEIT“

14.80

LESOCHO

INSEL IM MEER DES RASSISMUS

Maxim KNJASKOW

In Maputo (Moçambique) lernte ich seinerzeit einen Emigranten aus der RSA namens Thomas Mbonga kennen. Einmal waren wir zusammen in der Universitätsbibliothek. Da fiel mein Blick auf eine Landkarte von Lesotho, und ich sah sie mir genauer an. Thomas bemerkte es und fragte unvermittelt:

„Glaubst du auch an ein Land der Verheißung?“

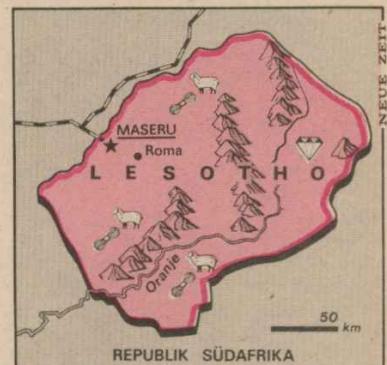
„Ich glaube an keine Märchen. Warum fragst du?“

„Als Kind glaubte ich daran. Ich lebte damals in der RSA, und mein Großvater, ein Zuluältester, pflegte nach Westen zu weisen und zu sagen: „Dort, hinter den Bergen, liegt ein Wunderland, Tommy. Da fließen große Ströme, wächst saftiges hohes Gras, und Steine aus den Bergen schützen den Menschen vor Unwetter. Viele Völker haben in jenen Bergen Schutz vor feindlichen Überfällen gefunden, und das Land hat niemandem die gastliche Aufnahme versagt. Es ist das Land der Verheißung. Wenn du einmal in Gefahr kommst, fliehe dorthin, da wirst du die Rettung finden.“

„Du hast das Märchen also auch nicht geglaubt? Sonst wärst du doch dem Rat deines Großvaters gefolgt.“

„Ja, aber aus einem anderen Grunde. Lesotho ist wirklich ein wunderschönes Land, man nennt es sogar die afrikanische Schweiz. Da gibt es schneedeckte Berggipfel und sanfte Hügel mit immergrünen Sträuchern. Brausende Wasserfälle bilden zahlreiche Flüsse und Seen. Auf den Bergpfaden kann man noch Reitern in Nationaltracht — buntwolligen Überwürfen und kegelförmigen Hüten — begegnen. Ein wahres Touristenparadies. Den Landesbewohnern sind die Naturschönheiten aber weniger wichtig, sie haben viel wirtschaftliche, soziale und politische Probleme.“

Die Basuto, von denen Lesotho jetzt größtenteils bevölkert ist, sollen, wie die Geschichte besagt, im 15. Jahrhundert aus Zentralafrika gekommen sein. Hinter den hohen Bergen fanden auch andere Stämme vor Überfällen streitbarer Nachbarn Zuflucht. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts gelang es dem jungen, energischen Bakwena-Häuptling Moshoeshé, nachdem er zum



Führer aller Basuto erklärt worden war, alle dort siedelnden Stämme gegen einen drohenden Einfall der Briten und Buren zu vereinen. Das war der Auftakt zum Entstehen des Königreichs Lesotho.

Der junge Staat blieb aber nicht lange unabhängig. Während des Kampfes zwischen den Briten und den Buren um Südafrika hatte Moshoeshé nur die Wahl zwischen einer britischen und einer burischen Kolonialisierung. Er zog die Schutzherrschaft Großbritanniens vor, und 1868 wurde Lesotho unter dem Namen Basutoland britisches Treuhandschaftsgebiet. Fast 100 Jahre lang stand das Land unter britischer Kontrolle. Erst 1966 errang sein Volk die nationale Befreiung und die Möglichkeit, selbst über sein Geschick zu bestimmen.

Jetzt ist Lesotho eine konstitutionelle Monarchie (das Staatsoberhaupt ist König Moshoeshé II.). Die Hauptstadt ist Maseru mit 30 000 Einwohnern.

Politisch selbständig, ist Lesotho wirtschaftlich sehr von der RSA abhängig, in die es eingesprungen ist. Es steht in einer Zollunion mit ihr. Vom Außenhandel entfallen 80% auf die RSA. In deren Gruben und Minen arbeiten ca. 200 000 Lesothoer — ganz Lesotho hat nur 1,2 Millionen Einwohner. Ihre Geldüberweisungen bilden einen großen Teil der Landeseinkünfte. Sie machten 1978 bei einem Bruttonsozialprodukt im Werte von 140 Mio Rand rund 40 Mio Rand (ca. 49 Mio Dollar) aus. Das ist natürlich eine große Hilfe für viele Familien, aber durch die Beschäftigung fast der Hälfte aller

arbeitsfähigen Männer im Ausland werden die einheimische Industrie und Landwirtschaft zweifellos in ihrer Entwicklung gehemmt.

Die Wirtschaft basiert auf der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelbedarf des Landes wird durch sie aber nicht vollständig gedeckt.

Eine Überlieferung besagt, die Götter hätten einst zu den Basutohäuptlingen gesagt: „Da das Land wenig urbaren Boden hat, muß er allen gehören, damit es allen gut gehe.“ In der Tat gibt es in Lesotho keinen Großgrundbesitz. Laut Gesetz ist der Grund und Boden Volkseigentum und als solches dem König anvertraut. Er darf nicht verkauft und gekauft werden. Die Stammeshäuptlinge verteilen ihn unter die Männer und die Witwen. Die Parzellen werden als Weide- und Ackerland benutzt. Viele liegen in den Bergen und Gebirgsausläufern und messen durchschnittlich nicht mehr als 2,5–3 ha. Dennoch könnten die Erträge reich sein, wenn man den Bauern die modernen Ackerbautechniken beibringen und ihnen Düngemittel sowie hochwertiges Saatgut liefern würde. Das Land hat aber zu wenig Agronomen und kann es sich vorläufig nicht leisten, welche aus dem Ausland kommen zu lassen.

Auch allerlei Vorurteile und Aberglauben sind dem Vorwärtskommen der Landwirtschaft hinderlich. So glaubt man z. B., man dürfe die Felder erst bestellen, wenn in den Bergen der ganze Schnee weggetaut ist, obwohl der Ackerbau unter seinem Vorhandensein nicht leiden würde.

Deshalb produziert die Landwirtschaft wenig für den Markt, und um die Städter zu ernähren, führt man Nahrungsmittel ein, größtenteils aus der RSA.

Etwa 75% der im Gebirge lebenden Familien halten Vieh. Im Lande gibt es 500 000 Rinder, 1,5 Mio Schafe und 900 000 Ziegen. Nach einer Tradition gilt das Vieh aber nicht als Einnahmequelle, sondern als Attribut des Reichtums und Ansehens. Dennoch sind Schafwolle und das unverarbeitete Haar der Angoraziegen (Mohair) der wichtigste Exportartikel. Mit dem Mohairertrag nimmt Lesotho übrigens den dritten Platz in der kapitalistischen Welt ein.

Wie aus Erklärungen offizieller Persönlichkeiten hervorgeht, ist sich

die Landesführung darüber klar, daß die verstreuten kleinen Bauernanwesen mit der Zeit nicht Schritt halten können, daß es schwer ist, sie zu modernisieren und zur Warenproduktion zu befähigen. Einen Ausweg sieht man in der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, großer Wirtschaften, die der Staat finanziell, technisch und agrotechnisch unterstützen soll.

Die Regierung, an deren Spitze seit der Ausrufung der Unabhängigkeit Leabua Jonathan steht, hat, um die Bauern beim Ausbau der Warenproduktion und des Absatzes zu unterstützen, zwei staatliche Körperschaften gegründet: die Produce Marketing und die Livestock Marketing Corp. Die Agitation für den Zusammenschluß zu Genossenschaften kommt in Gang. Im dritten Fünfjahrrplan für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, der von 1980 bis 1984 incl. läuft, sind Wasser- und Wegebauarbeiten in verschiedenen Gebieten und andere Maßnahmen zur Förderung der Agrarproduktion vorgesehen. Das Land soll sich mehr selbst mit Nahrungsmitteln versorgen, um weniger von der RSA abzuhanzen.

Auch werden Schritte zur Schaffung einer eigenen, wenn anfangs auch nur bescheidenen industriellen Basis unternommen. Außer den ausländischen Kapital gehörenden Unternehmen zur Diamantengewinnung bestehen jetzt nur kleine Fabriken für Metallwaren, Haushaltssachen, Möbel, Teppiche und für die Wolleverarbeitung. Ein weiterer Ausbau der Produktion ist vor allem im staatlichen Sektor geplant. Unter staatlicher Kontrolle stehen bereits die Binnenluftfahrt, der kommerzielle Kraftverkehr, die Lesotho Tourist Corp. und die Lesotho-Bank. Immer mehr Fachkräfte werden herangeschult. In Afrika zeichnet sich Lesotho dadurch aus, daß 70% der Landesbewohner lesen und schreiben können. Seit 1963 besteht in Roma eine Universität.

Trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes von der RSA bewahrt die Regierung Jonathan dem rassistischen Nachbarn gegenüber eine grundsätzliche Stellung. Obwohl Lesotho stark unter Druck gesetzt wird, hat es die Forderung der Rassisten abgelehnt, die „Unabhängigkeit“ der Transkei und anderer solcher Reservationen für Afrikaner anzuerkennen. Ebenso den Plan Pretorias, unter seiner eigenen Ägide eine „Staatengemeinschaft Südafri-

kas“ zu bilden. Jonathan nannte das Projekt ausgesprochen rassistisch, Lesotho wolle nichts damit zu tun haben.

Über dessen Unnachgiebigkeit ist Pretoria außer sich. Um es einzuschüchtern und zu „bestrafen“, blockiert Pretoria Lesotho und verübt an seiner Grenze brutale Provokationen. Wie gemeldet wurde, ist Lesotho von der RSA aus beschossen worden.

Vergebens aber versucht die RSA, Lesotho ins Fahrwasser ihrer Politik zu bugsieren. Dessen Regierung betreibt eine völlig selbständige Außenpolitik, fußend auf der Nicht-paktgebundenheit und der Zusammenarbeit mit allen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung.

Jonathan empfing Anfang März eine Abordnung des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der UdSSR und erklärte, mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR im Februar d. J. habe ein wichtiger neuer Abschnitt in der Geschichte des unabhängigen Lesothos begonnen. Er sei überzeugt, daß die Zusammenarbeit der beiden Länder helfen wird, die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Königreichs zu konsolidieren.

Bezeichnend ist, daß England und die USA mehrmals Demarchen unternommen haben, um die Regierung Lesothos zu der Ansicht zu bekehren, daß die Aufnahme von Kontakt zur UdSSR „unzeitgemäß und unratsam“ sei, sie werde die Lage im ganzen Süden Afrikas destabilisieren. Auch Versuche sind nicht ausgeblieben, diesen Schritt mit der aus der Luft gegriffenen „afghanischen Frage“ in Zusammenhang zu bringen. Jonathan sagte dazu folgendes: „Wir haben alle diese Anmaßungen zurückgewiesen und erklärt, daß es das souveräne Recht Lesothos ist, zu entscheiden, mit wem es staatliche Verbindungen aufnehmen soll, und daß die Geschehnisse in Afghanistan nicht das geringste damit zu tun haben.“

Das Sowjetvolk sympathisiert mit dem kleinen mutigen Volk, das sich gegen die Versuche behauptet, es von seinem selbstgewählten Weg abzubringen. Hier ist man überzeugt, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und dem fernen Königreich Lesotho im beiderseitigen Interesse liegt.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Im vergangenen Oktober erklärte die UdSSR, daß sie ihre Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa von sich aus abbauen wird. Obwohl sich die Lage in Europa verschärft hat, hält sie an ihrem Versprechen fest. Das ist zweifellos klug. Warum sollten Sie aber nicht weitergehen und auf die Beteiligung am Wettrüsten ganz verzichten? Dann sähen sich die NATO-Staaten der Notwendigkeit gegenüber, das gleiche zu tun.

Chris ANDERSEN
Malmö, Schweden



Es diskutiert
der Verantwortliche
Sekretär der
NZ-Redaktion
Sergej
GOLJAKOW

Mich als Sowjetbürger freut es natürlich, wie Sie den Beschuß der UdSSR beurteilen, im Laufe eines Jahres 20 000 Mann sowie tausend Panzer und andere Kampftechnik aus der DDR zurückzunehmen. Ebenso, daß Sie erkannt haben, daß die UdSSR durch Taten nochmals ihren guten Willen gezeigt hat, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen.

Nun finden Sie aber, wir sollten noch weiter gehen; die Tatsache, daß die UdSSR von sich aus abrüstet, könne die NATO-Staaten veranlassen, ein Gleichtes zu tun. Das klingt verlockend, ist aber völlig unrealistisch. Bedenken Sie doch folgendes:

Die UdSSR und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft setzen sich schon immer konsequent dafür ein, daß das Wettrüsten eingeschränkt und eingestellt wird und daß die Staaten abrüsten. Darin haben wir immer die beste Garantie gegen einen neuen Weltkrieg sowie einen gangbaren Weg dazu gesehen, alle unsere materiellen und geistigen Ressourcen restlos für konstruktive Zwecke zu benutzen. Die Hauptaufgabe unserer Gesellschaft ist es ja, den Volkswohlstand unebläsig zu heben.

Zum Unterschied von den Staaten des Westens haben die sozialistischen Länder keine Klassen und keine Einzelpersonen, die sich an der Rüstungsproduktion bereichern könnten. Wir sind für militärische Entspannung. Nach unserer festen Überzeugung ist die Abrüstung notwendig und objektiv möglich, jedoch unter einer unerlässlichen Voraussetzung: daß das Problem des Rüstungsbaus auf Gegenseitigkeit gelöst und

dabei die gleiche Sicherheit beider Seiten gewahrt wird. Einen anderen Weg gibt es nicht, u. zw. aus folgendem Grunde:

Die sozialistischen Länder wissen genau, daß die Imperialisten deshalb ihren Willen berücksichtigen müssen, weil die UdSSR imstande ist, ihre Interessen zu wahren. In den Nachkriegsjahren bildete sich zwischen den NATO-Ländern und den Warschauer Vertragsstaaten eine Parität der Rüstungen und Streitkräfte heraus. Wir schlagen vor, von dieser Parität ausgehend, uns auf ihre beiderseitige Einschränkung bis zur vollen Einstellung jeder materiellen Kriegsvorbereitung zu einigen. Statt auf diesen Vorschlag einzugehen, geben einflußreiche Kräfte in den USA und an der NATO-Spitze die Hoffnung nicht auf, vorstoßen, das jetzige Kräfteverhältnis umwerfen und der Welt damit ihren Willen aufzutragen zu können.

Wahrscheinlich wissen Sie, wie weit Washington in den Monaten seit dem Beschuß der UdSSR, einen Teil ihrer Truppen aus der DDR abzuziehen, mit seiner Rüstungskalation gegangen ist. Der Etat des Pentagons hat wieder Rekordhöhe erreicht. Mehreren Ländern Westeuropas ist der Beschuß aufge-

zwungen worden, bei sich neue amerikanische Atomraketen systeme zu stationieren. Die USA haben interkontinentale MX-Raketen in ihr Rüstzeug aufgenommen.

Können wir der anwachsenden Streitmacht der anderen Seite unbewaffnet gegenüberstehen? Können wir uns darauf verlassen, daß sie auf unsere Initiative eingehen wird?

Wollten die sozialistischen Länder von sich aus abrüsten und dadurch dem Pentagon und der NATO die ihnen so erwünschte Überlegenheit verschaffen, dann würden diese Länder nicht nur ihre eigenen Sicherheitsinteressen preisgeben. Ein solcher Schritt hätte für den Weltfrieden nicht wiedergutzumachende Folgen. Die Verteidigungsmacht der sozialistischen Länder hält ja die Aggressivität der „Falken“ im Zaum.

Nicht wir haben das Wettrüsten angefangen, es widerspricht dem Wesen der sozialistischen Ordnung. Verfolgt man Jahr für Jahr die Nachkriegsgeschichte, so überzeugt man sich leicht davon, daß die UdSSR jedes Mal nur als Antwort auf gefährliche militaristische Aktionen des Westens energische Maßnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit getroffen hat.



Wie haben die USA den Militärlstützpunkt Guantánamo auf Kuba bekommen, und warum räumen sie das fremde Gebiet nicht?

W. JEFIMOW
Nowosibirsk, RSFSR

Die USA nötigten Kuba einen Knechtschaftsvertrag über die Pacht dieses Stützpunktes schon 1901 auf, als es nach dem spanisch-kubanischen Krieg von US-Truppen besetzt war. Das Pachtabkommen wurde im Februar 1903 von dem damaligen Marionettenpräsidenten Kubas Estrada Palma und von dem US-Präsidenten Theodore Roosevelt, dem Urheber der Politik des „großen Knüppels“, unterzeichnet. Im Dezember des gleichen Jahres wurde der Stützpunkt offiziell den USA übergeben. Im weiteren hat er bei der Unterjochung Kubas durch den nordamerikanischen Imperialismus eine große Rolle gespielt.

Jetzt ist der Marinestützpunkt Guantánamo eine der größten Basen der USA auf der westlichen Halbkugel. Er nimmt die gleichnamige Bucht und ein anstoßendes Gebiet von 116,5 km² ein. Dort befinden sich ein Ausbildungszentrum für 2000 Leudernacken, Treibstoff- und Mu-

nitionsdepots, ein unterirdisches Brennstoffmagazin sowie Flugplätze für Maschinen der Luftwaffe und Kriegsmarine. Der Stützpunkt hat 7000 Mann Personal. Hinzu kommen 3000–5000 Matrosen von den dort stationierten Kriegsschiffen.

Von der Base geht eine ständige Kriegsgefahr für Kuba aus. In den aggressiven Plänen der USA ist sie nicht nur als Brückenkopf für Sabotage- und Wühlakte gegen Kuba vermerkt. Sie ist außerdem ein Stützpunkt für den imperialistischen Kampf gegen die nationale Freiheitsbewegung in anderen Ländern der Karibik und Mittelamerikas.

Die Regierung Kubas fordert die Rückerstattung Guantánamos an seinen rechtmäßigen Besitzer, das kubanische Volk. Unter groblicher Verletzung der Souveränität Kubas und des Völkerrechts weigern sich die USA hartnäckig, dieser berechtigten Forderung nachzukommen.

PS

Wahlkampf mit Alligator



Für den Wahlkampf der Kandidaten für die US-Präsidentenschaft spenden nicht nur die Konzerne. Von einer anderen Geldquelle berichtet die „Newsweek“. Die Häuptlinge des Indianerstamms der Seminolen (Florida) versprachen für Jimmy Carters Wahlkampf 5000 Dollar. Als Carters Abgesandte McAuliffe und Foley hinkamen, um die Spende in Empfang zu nehmen, wurde ihnen die Bedingung gestellt, bei einem Fest der Indianer sich dadurch zu bewähren, daß sie einen drei Meter langen Alligator satteln, besteigen und ihm so auf die Gurgel drücken, daß er den Rachen aufreißt. Falls es mißlänge, müßten sie Beine machen, natürlich ohne die Spende. Da sie nicht mit leeren Händen zurückkommen wollten, nahmen sie es mit dem Tier auf und — siegten.

Wie man in Ägypten reich wird

Das ist ganz einfach. Der Zeitung „Al-Ahrar“ zufolge braucht man nur etwas Geld für die Fahrt in das Gebiet Shubra el Kheima (Provinz Qalyubiya) und zum Pachten einer kleinen staatlichen Parzelle, was sehr billig ist. Da stellt man z. B. einen Kiosk mit Erfrischungsgetränken auf. Später baut man an derselben Stelle ein Spielkino oder ein Restaurant und schnappt sich dabei ein möglichst großes Stück anstoßendes Land. Man ris-

kert nicht viel, schlimmstens wird einem auch für das Mehr Pacht abverlangt, sie ist aber, wie gesagt, spottbillig. So machen es viele. Sie haben sich schon für 6 Mio ägyptische Pfund staatliches Land angeeignet, ein besonders Pfiffiger sogar eine staatliche Brücke über einen Bewässerungskanal, die er dann für 23 000 Pfund verkaufte.

Wetten oder nicht wetten...



Ein Skandal beim italienischen Profifußball! Rechtsanwalt Giorgi hat 27 Fußballer der Oberliga und 6 der 2. Liga angezeigt. Sie lassen sich gehörig dafür schmieren, daß sie keine Tore schießen. Dafür bekommen sie zwischen 10 und 30 Mio Lire, bei Abmachungen mit Mannschaftskameraden noch mehr. Es bestehen nämlich illegale Totos, wo auf die Mannschaften hohe Einsätze gemacht werden. Gauner sollen untereinander ja ehrlich sein, aber bei diesen Totos kommt allerhand vor. Der Kaufmann Crociani klagt z. B., die Fußballer hätten ihn ruiniert: „Viele von diesen Kerlen haben mein Geld genommen und dann gespielt, wie sie wollten.“

Die gekränkste Leberwurst

In Hollywood war ein Film mit dem Titel „Hebung der Titanic“ fertiggestellt worden. Es handelt sich um das 1912 infolge

eines Zusammenstoßes mit einem Eisberg gesunkene Schiff. Der Handlung nach muß es gehoben werden, weil es ein Byzantium genanntes Mineral an Bord hat, mit dem sich die USA vor einem Atombangriff der „tückischen Russen“ retten könnten. Natürlich wollen aber auch die Russen das Schiff an sich bringen, und es kommt zu einem erbitterten Kampf. Nachdem Admiral Cooney, Chef der amerikanischen Marineinformation, eine Szene gesehen hatte, bemängelte er folgendes: „Warum sehen bei euch Hollywoodern die Russen immer besser als wir aus?“ Dazu sagte der Befragte: „Der Admiral meint, die Russen sollten immer als täppische Bären dargestellt werden.“

Flotte Omas

Richter vom Frankfurter Landgericht (BRD) flogen nach Australien, um mit Vera Tood-Hays (62) und Florice Bessire (64) zu sprechen, die dort eine 14jährige Haftstrafe für den Versuch verbüßen, 2 t Haschisch in Australien einzuschmuggeln, u. zw. im doppelten Boden ihres Wohnwagens, mit dem sie als angebliche Touristinnen aus Stuttgart abfuhren. Sie erreichten Pakistan, verluden den Haschisch, reisten nach Bombay weiter und von dort per Schiff nach Australien. Die „Haschisch-

Großmütter“, wie die Presse sie nennt, waren Botinen einer internationalen Bande von Rauschgifthändlern, die sich in der BRD niedergelassen hatte.

So ein Jammer!



Im Britischen Museum ist eine Ausstellung von Kunstwerken der Wikinger gut besucht. Sie zeugt von ihrem Kunstsinn und Können. Ein Mr. Lesbridge aus Twickenham bedauert aber in einer Zuschrift an die „Times“, daß die Wikinger jetzt so feinsinnig dastehen. Er schreibt: „Mein Ahne ist der Wikingerhäuptling Ragnar Losbrog, genannt Lederhose. Im 9. Jahrhundert zog er plündernd und Frauen schändend an der Küste von Northumberland entlang. Seine beiden Söhne Ungar und Ubba taten das Gleiche. Jetzt heißt es, die Wikinger seien viel ziviler gewesen. Was soll ich meinen Kindern sagen? Sie waren ja so stolz auf ihre wüsten Ahnen.“

Zeichnungen:
V. Trintschenko

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Schlüssel zu Lektion 8

Übung 2: 1) Если бы я знал об этом раньше, ничего бы не произошло. 2) Если бы ты пришел вовремя, мы бы сделали всю работу. 3) Если бы он написал статью неделю назад, ее бы уже опубликовали. 4) Если бы это было незначительное событие, его бы не обсуждали так долго в печати.

Übung 3: Как свидетельствуют демографы: общая становка осложнилась; дать работу населению; заинтересовать: предложить.

**Der Handelsweg
von Nordeuropa in die Levante
führt über Schiffs Routen der
ESTNISCHEN REEDEREI**

von Hamburg, Rotterdam, Antwerpen,
fakultativ Dunkerque
nach Piräus, Iskenderun,
Latakia, fakultativ Beirut

zweimal pro Monat!

BALTEVANT



SCHIFFE VON 1720—4400 BRT SPEZIELL FÜR KLEINGUTFRACHTEN



SCANLEVANT

von Arhus, Norwegen,
Dunkerque, Rouen,
nach Piräus, Iskenderun,
Latakia, Beirut

jeden Monat!

Auskunft erteilt die

Estnische Reederei



Unsere Anschrift: UdSSR, Tallinn
Boulevard Estonia 3/5
Telegrämmanschrift: Morlot,

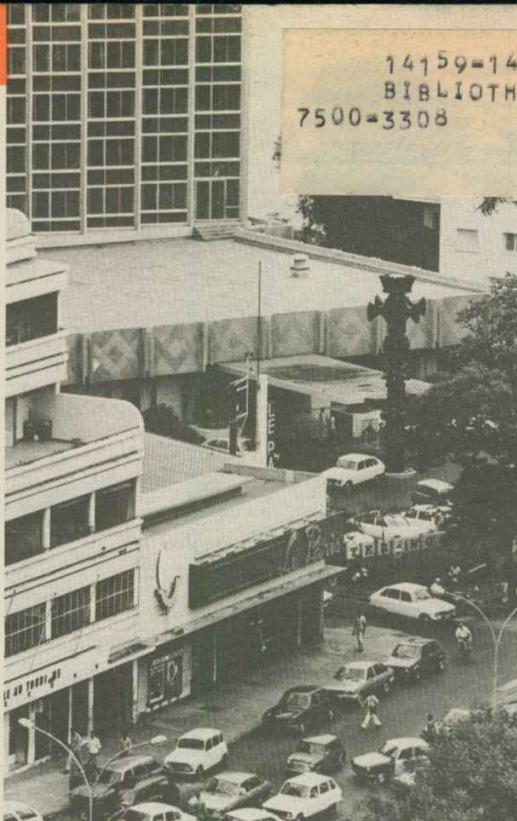
Tellex: 173123

Tallinn

Fast 100 Jahre lang hat das Volk von Senegal gegen die französischen Kolonialherren gekämpft — bis 1960 in Dakar die grün-gelb-rote Flagge des unabhängigen Senegal gehisst wurde.

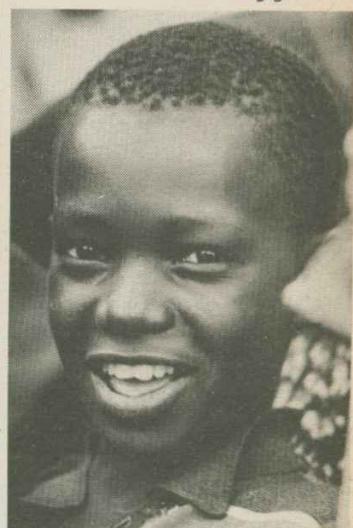
Seitdem haben sich positive wirtschaftliche und soziale Veränderungen vollzogen. Doch Folgen der Kolonialherrschaft lasten immer noch auf der Infrastruktur des Landes. Grundlage der Wirtschaft ist der Agrarsektor, in dem fast drei Viertel der fünf Millionen Einwohner tätig sind. Senegal ist einer der bedeutendsten Erdnußproduzenten.

In letzter Zeit ist man intensiv damit beschäftigt, die reichen Phosphat-, Eisenerz- und Marmorvorkommen zu erschließen. Mit Hilfe sowjetischer Geologen wurden Goldlagerstätten entdeckt.



14159-14 123 678 190
BIBLIOTHEK BEZ
7500-3308 BELS-13-14

Geboren in einem unabhängigen Land



Im Objektiv: SENEGAL



Senegalesische Frauen

Die Regierung der Republik Senegal will das Analphabetentum beseitigen und eigene Fachkräfte ausbilden. Es gibt jetzt zehnmal so viele Mittel-

schüler und dreizehnmal so viele Hochschüler wie vor der Unabhängigkeit.

Russisch-Stunde im sowjetischen Kulturzentrum



Der Hafen von Dakar

So entstehen die berühmten Holzmasken

Ein Viehzuchtbetrieb des Landwirtschafts-instituts

Fotos: TASS-Korrespondent O. Iwanow